

Konzepte der Neuen Rechten zu Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik



DISS-Journal

Sonderheft #6 | April 2023

ZEITSCHRIFT DES DUISBURGER INSTITUTS FÜR SPRACH- UND SOZIALFORSCHUNG

Projekt:

Metapolitik und Weltanschauung.

Konzepte und Debatten der Neuen Rechten zu Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik

Projektbericht

Von Helmut Kellershohn, Andrea Becker, Laura Schlöter, Martin Dietzsch

IMPRESSUM

DISS-Journal
ISSN 2701-3081

Duisburger Institut für Sprach-
und Sozialforschung (DISS)
Siegstr. 15, 47051 Duisburg

Tel.: 0203/20249
Fax: 0203/287881

info@diss-duisburg.de
www.diss-duisburg.de
Blog: www.disskursiv.de

REDAKTION

Martin Dietzsch

AUTOR:INNEN

Helmut Kellershohn
Andrea Becker
Laura Schlöter

BERATUNG

Regina Wamper

LAYOUT

Guido Arnold

Online-Version unter:
www.diss-duisburg.de/online-bibliothek/alle-ausgaben

Schutzgebühr: 4 EUR
kostenfrei für Mitglieder des DISS-Förderkreises

Die 6. Sonderausgabe des DISS-Journals resümiert Ergebnisse eines Projektes, das von Mitarbeiter:innen des DISS in der Zeit vom November 2020 bis zum Juni 2022 durchgeführt wurde. Gegenstand des Projekts war die Haltung der Neuen Rechten zu Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik unter Einschluss der in jüngster Zeit immer relevanter werdenden Klimapolitik. Zwischenergebnisse wurden in der 4. Sonderausgabe des DISS-Journals im August 2021 veröffentlicht. Das Projekt wurde dankenswerterweise vom *Ministerium für Kultur und Wissenschaft NRW* gefördert und war in die Wissenschafts und Praxiscommunity des Netzwerks *CoRE-NRW* (Connecting Research on Extremism NRW, Koordinator: Maurice Döring) eingebunden.

Inhalt

4	Die Haltung der Neuen Rechten zu Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik – Einführung	1
8	Methodisches Vorgehen: Die Erstellung des Textkorpus	2
10	Das völkisch autoritär-liberale Hegemonieprojekt	3
16	Das völkisch-nationalsoziale Hegemonieprojekt	4
18	Völkischer ‚Antikapitalismus‘	
21	Fazit: Die beiden Hegemonieprojekte im Vergleich	5
23	Ideengeschichtliche Bezüge und Kontinuitätslinien	6
26	Themenfeld Mittelstandspolitik: Der Mittelstands-Diskurs in Medien der Neuen Rechten	7
26	Vorüberlegungen	
29	Medienspezifische Auswertungen zum Thema ‚Mittelstand‘	
34	Themenfeld Klimapolitik	8
35	Medienspezifische Auswertungen	
40	Medienübergreifende Auswertungen	
46	Literaturverzeichnis	



Die Haltung der Neuen Rechten zu Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik Einführung¹

1. NEUE RECHTE

Wenn von der Neuen Rechten die Rede ist, muss betont werden, dass es nicht *die* Neue Rechte gibt. Es handelt sich um eine Pluralität von „Intellektuellen-Assoziationen“, die sich um Projekte organisieren wie Zeitungen, Zeitschriften, Verlage, Denkfabriken, Basisgruppen, Internetportale, die ihrerseits in unterschiedlicher Dichte und Qualität miteinander vernetzt sein können. In der politikwissenschaftlichen Forschung wird z.B. unterschieden zwischen einer national-revolutionären Strömung, die in den 1970er und 1980er Jahren das Bild der Neuen Rechten bestimmte, und einer jung-konservativen Strömung, die seit Beginn der 1990er Jahre dominant wurde und sich mit dem Auftreten der AfD in zwei Hauptfraktionen spaltete, die sich zum einen um die *Junge Freiheit* und zum anderen um das *Institut für Staatspolitik* gruppieren. Den gemeinsamen Bezugspunkt dieser Strömungen sah der Rechtsextremismus-Forscher Armin Pfahl-Traughber in dem Rekurs auf das „Gedankengut der Konservativen Revolution“ und damit auf die „Intellektuellen, die als Vertreter eines ‚antidemokratischen Denkens in der Weimarer Republik‘ (Kurt Sontheimer) gelten“ (Pfahl-Traughber 1998, S. 161f.). Zudem verwies er auf „ideologische Anknüpfungspunkte“ an die „intellektuellen

Sympathisanten und Wegbereiter des italienischen Faschismus“ (ebd.), man könnte ergänzen, des romanischen Faschismus generell. Der zweite gemeinsame Bezugspunkt sei strategischer Natur, womit er auf das von der französischen Nouvelle Droite adaptierte Konzept der Metapolitik bzw. einer „Kulturrevolution von rechts“, so der Titel eines wirkmächtigen Buches von Alain de Benoist, anspielte.

2. METAPOLITIK

Der Begriff der Metapolitik (in Analogie zum Begriff Metaphysik geprägt) stammt zwar schon aus dem 18. Jahrhundert, machte allerdings erst Karriere im Zusammenhang der Gramsci-Rezeption² etwa bei besagtem de Benoist („Gramscismus von rechts“). Vereinfacht gesagt bewegt sich Metapolitik im Gegensatz zur Realpolitik auf der Ebene des Grundsätzlichen und versucht, „die prinzipiellen Zielsetzungen zu bestimmen“ (Mann 2008, S. 56) und deren Legitimität zu klären (z.B. Bild des Menschen, ordnungspolitische Vorstellungen etc.) Sie thematisiert politische Fragen in der Perspektive einer idealerweise „zusammenhängende[n] Weltanschauung“ (Benoist 2001, S. 400), die allererst politischem Handeln Sinn verleihen soll. Auf diesem Feld sucht

1 Die einführenden Überlegungen zum DISS-Projekt „Metapolitik und Weltanschauung. Konzepte und Debatten der Neuen Rechten zu Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik“ wurden auf einer Internet-Veranstaltung des CoRE-Netzwerks für Rechtsextremismusforschung am 1. Juni 2021 erstmals vorgetragen (vgl. https://www.bicc.de/uploads/tx_bicctools/CoRE-NRW_Projekt%C3%A4sentationen_Dokumentation.pdf) und nach einer ersten Publikation in der 4. Sonderausgabe des DISS-Journals (August 2021) für die vorliegende Veröffentlichung überarbeitet bzw. ergänzt.

2 Von einer Gramsci-Rezeption im eigentlichen Sinne kann man nicht sprechen. Benoist bezog seine Gramsci-Kenntnisse aus der Sekundärliteratur und deutete Gramsci in seinem Sinne um.

die Neue Rechte durch eine Revolutionierung der in einer Gesellschaft vorherrschenden Überzeugungen (daher „Kulturrevolution“) hegemonial zu werden, um damit die Voraussetzungen zu schaffen für die zukünftige Eroberung der politischen Macht durch eine politische Bewegung.

Metapolitik darf allerdings, so Karlheinz Weißmann, keine „Ausflucht“ etwa in Form einer unverbindlichen Kulturkritik sein, sondern muss auch den Regeln der Politik als einer „Kunst des Möglichen“ (Weißmann 2007, S. 87) Rechnung tragen. Realpolitik trifft Entscheidungen immer unter den gegebenen Bedingungen, berücksichtigt die gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse, macht Kompromisse. Auch der Metapolitiker muss also sagen können, welche politischen Entscheidungen und Entwicklungen in einer konkreten Situation er für (relativ) sinnvoller hält und welche nicht. Insofern ist es durchaus naheliegend, wenn neurechte Intellektuelle gezielt in rechte Parteien hineingehen³ und sich mit Materien beschäftigen, die auf den ersten Blick wenig mit den grundsätzlichen Fragen der Metapolitik zu tun haben scheinen.

3. WELTANSCHAUUNG

Armin Mohler verstand bereits die Konservative Revolution als Versuch, nach dem Verlust der abendländischen Einheit von „Antike und Christentum“ im nunmehr angebrochenen „Interregnum“ nach einer neuen – weltanschaulichen – Einheit zu suchen (Mohler 1950, S. 25). Bei Weltanschauung handelt es sich im Sinne Mohlers nicht um reine Erkenntnis, sondern um die „Ausgestaltung“ vorausgesetzter „Leitbilder“ (ebd.),⁴ die in der gesellschaftlich-politischen Realität zur Geltung gebracht werden sollen. Im Kern geht es aber nicht um Leitbilder, die einer demokratischen, einer offenen Gesellschaft verpflichtet sind („Leitkultur“), sondern um die Erneuerung der Nation an sich, und das „Leitbild“, dessen sich die Neue Rechte bedient, ist das Konzept des *völkischen Nationalismus* als Gegenkonzept zum bürgerlich-konstitutionellen Begriff der Nation in der Tradition der Französischen Revolution.

Das DISS hat in mehreren Studien das Konzept des völkischen Nationalismus beschrieben und im Sinne eines Idealtypus der Analyse neurechter und extrem rechter Publikationen zugrunde gelegt (vgl. u.a. Kellershohn 2013). Zu den

Kernelementen gehört, ausgehend von einem Verständnis von Volk als Abstammungsgemeinschaft, die Konstruktion der Nation auf der Basis ethnischer Homogenität, die Vorrangstellung der Nation beziehungsweise Volksgemeinschaft gegenüber den Individuen (Antiliberalismus), ein autoritäres Staatsverständnis mitsamt Elite- und/oder Führerkult (Bejahung von Hierarchie, Antiegalitarismus), die Heroisierung des national-identitären, dienstbaren und opferbereiten Bürgers/Volksgenossen, ein dichotomisches Freund-Feind-Denken („innerstaatliche Feinderklärung“), ein biopolitisches Verständnis des „Völkskörpers“ und der Primat der Außenpolitik, basierend auf der Idee des nationalen Machtstaates und geopolitischen Imperativen verpflichtet. Der völkische Nationalismus ist dabei als ein strömungsübergreifendes, die gesamte Rechte und speziell auch die Neue Rechte prägendes ideologisches Gebilde zu verstehen, unterliegt also durchaus unterschiedlichen Konkretionen und Variationen, wobei nicht zuletzt die jeweiligen strategischen Optionen und Zielsetzungen sowie die Zielgruppen eine wichtige Rolle spielen.

4. NETZWERKE

Aus dem völkischen Nationalismus als idealtypischem Konzept lassen sich nicht zwingend bestimmte Positionierungen zu aktuellen gesellschaftlichen und politischen Fragen, z.B. Klimaschutzpolitik, „Corona-Krise“ oder Rentenpolitik, ableiten. Vielmehr lassen sich in der Neuen Rechten (aber auch in der gesamten extremen Rechten) unterschiedliche und durchaus auch divergierende *Applikationen* des völkischen Nationalismus feststellen, die wiederum mit den unterschiedlichen Profilen einzelner Fraktionen zusammenhängen. Die Beschreibung dieser Profile ist daher notwendige Voraussetzung für die Klärung besagter Applikationsverhältnisse.

Vorhin wurde schon auf zwei Hauptfraktionen bzw. Netzwerke hingewiesen⁵, dazu sind zwei weitere von Bedeutung:

1. Das **Junge Freiheit – Netzwerk**: Dazu gehören die Wochenzeitung *Junge Freiheit* (das „Mutterschiff“ der Neuen Rechten) mit online-Auftritt und Schriftenreihe, die Zeitschrift CATO, die Bibliothek des Konservatismus (mit der Schriftenreihe *Agenda*).

3 Das taten Nationalrevolutionäre, die die neue Ära von Voigt in der NPD mitprägten, und Jungkonservative, die mit z.T. gegensätzlichen Positionen den „Kampf zweier Linien“ in der AfD beeinflussten.

4 „Kennzeichnend für die Weltanschauung ist, daß in ihr Denken, Fühlen und Wollen nicht mehr reinlich voneinander geschieden werden können, [...]. Das Denken nimmt werkzeughafte Züge an: es scheint nur noch der Ausgestaltung von vornherein feststehender Leitbilder zu dienen. Und diese wiederum scheinen nur da zu sein, um innerhalb der Wirklichkeit bestimmte Ziele zu erreichen.“ (Mohler 1950, 25)

5 Um Missverständnissen vorzubeugen: Nicht jeder Autor und nicht jede Autorin, der/die in den im Folgenden aufgelisteten Medien schreibt, gehört zur Neuen Rechten bzw. ist als völkischer Nationalist zu betrachten.



2. Das **IfS (Institut für Staatspolitik) – Netzwerk**: Dazu gehören die Zeitschrift *Sezession* (mit online-Auftritt), der Verlag *Antaios*, der Verein Journalismus und Wissenschaft mit den Zeitschrift *Recherche D*, das Magazin *Compact*, das rechtsökologische Magazin *Die Kehre*, die „NGO“ Ein Prozent, die Identitäre Bewegung, Zentrum Automobil und die Pegida-Führungsgruppe.
3. Das Netzwerk des **Jungeuropa Verlags**, das zwar eng mit dem IfS verbunden ist, aber durch seine „eurofaschistische“ Orientierung⁶ und eine spezielle Querfront-Strategie (ähnlich auch die *Compact*-Gruppe) hervorsteicht.
4. Das Netzwerk um die Zeitschrift **eigentlich frei**, die eine Sonderrolle einnimmt, weil sie eine im Vergleich zur sonstigen Neuen Rechten ausgesprochen antietatistische und teils extrem marktliberale Haltung (libertär, „anarchokapitalistisch“) und diese mit wert- und nationalkonservativen Positionen verbindet. Inhaltliche und personelle Bezüge zum Wirtschaftsteil der *Jungen Freiheit* lassen sich feststellen.

Beachtenswert sind zudem das NPD-Magazin *Deutsche Stimme* und die Zeitschrift „Zuerst!“ sowie Einzelpersonen (Wissenschaftler, Publizisten), die sich zwar auch in dem hier skizzierten Feld bewegen oder Berührungspunkte aufweisen, aber durchaus auch als eigenständige ‚Größen‘ betrachtet werden müssen, wie etwa der mittlerweile verstorbene Rolf Peter Sieferle. Ähnliches gilt für bestimmte Stiftungen, Thinktanks oder Internet-Plattformen, von denen Einflüsse auf die Neue Rechte ausgehen, ohne dass sie mit der Neuen Rechten gleichgesetzt werden sollten. So ergibt sich insgesamt, bildhaft gesprochen, ein Kreis von Kreisen, wobei der innere Kreis den Strömungen der Neuen Rechten vorbehalten ist, während die anderen Kreise nach dem Prinzip von Nähe und Distanz angeordnet wären.

5. DIFFERENTIALDIAGNOSTIK

Aufgrund von Vorarbeiten des DISS (vgl. Becker et al. 2019; Kellershohn 2019) konnten bereits mehrere Konzepte bzw. Stränge in der Debatte um Wirtschafts- und Sozialpolitik identifiziert werden, die weiter – intensiv wie extensiv – ver-

folgt und auf der Basis des untersuchten Materials um weitere Stränge ergänzt wurden.

Inhaltlich gesehen erstreckt sich das gesamte Spektrum zwischen einerseits verschiedenen Varianten eines *national* ausgerichteten Neoliberalismus (Ordoliberalismus, Libertarismus) und andererseits den Varianten eines ‚Antikapitalismus von rechts‘ bzw. einer nationalsozialen Programmatik. Einen Begriff von Stefan Breuer aufgreifend handelt es sich hier um eine *Differentialdiagnose* (vgl. Breuer 2008), deren Ziel es ist, die divergierenden Applikationen des völkischen Nationalismus auf das Feld der Wirtschafts- und Sozialpolitik nachzuvollziehen: einerseits bezogen auf elaborierte Ausarbeitungen „konzeptiver Ideologen“ der Neuen Rechten,⁷ andererseits bezogen auf die eher tagespolitisch motivierte Publizistik unter besonderer Berücksichtigung der Themenfelder „Sozialstaat/Sozialpolitik“, „Mittelstandspolitik“ und „Klimapolitik“⁸. Der ideengeschichtliche Rückbezug der Neuen Rechten auf die Konservative Revolution machte es zudem erforderlich, die begrifflichen und argumentativen Anleihen sowie deren gegenwartsbezogene Modifikation durch die Neue Rechte aufzuzeigen.

6. DIVERGIERENDE HEGEMONIEPROJEKTE

Bei aller Vielfalt erweist sich für die Strukturierung des neu-rechten Diskurses zur Wirtschafts- und Sozialpolitik der Begriff des „Hegemonieprojekts“ als hilfreich. Nach Buckel et al. (2012, S. 20) lassen sich „gesellschaftliche Auseinandersetzungen und Kräfteverhältnisse“ mit dem konflikthafte Gegeneinander von Hegemonieprojekten analysieren. Hegemonieprojekte sind politische Projekte gesellschaftlicher Akteure, die, um die Hegemonie im „integralen Staat“ (Gramsci) zu erringen, eine relativ kohärente Programmatik entwickeln müssen, die die Durchsetzung der eigenen Ziele (deren Verallgemeinerung) über die Einbindung anderer Projekte per Kompromiss und Konsens ermöglicht. Hegemonieprojekte sind von dorthin immer Bündnisprojekte, die sich in empirischen Such- und Aushandlungsprozessen unter sich immer wieder verändernden historischen und gesellschaftlichen Bedingungen, d.h. nicht zentral geplant und gesteuert, herauskristallisieren. Sie können nicht rein ökonomistisch angelegt sein, sondern müssen die Vielfalt der Problemlagen und Kräfteverhältnisse in den disparaten sozialen Feldern berücksichtigen. Eine wichtige Rolle spielen Intellektuelle. Gramsci charakterisiert die sog. or-

6 Gemeint ist die Orientierung an Denkern der Zwischen- und Nachkriegszeit, die einen „europäischen (sozialistischen) Faschismus“ propagierten, wie z.B. Pierre Drieu la Rochelle.

7 Der Begriff des „konzeptiven Ideologen“ (Marx) bezieht sich hier auf die führenden „organischen Intellektuellen“ (Gramsci) der Neuen Rechten. Zu Beginn des Projekts stand beispielsweise die Auseinandersetzung mit Benedikt Kaisers Buch „Solidarischer Patriotismus. Die soziale Frage von rechts“ (Schnellroda: Antaios 2020) und Markus Kralls „Die Bürgerliche Revolution. Wie wir unsere Freiheit und unsere Werte erhalten“ (Stuttgart: LangenMüller 2020).

8 „Klimapolitik“ verstanden als ökonomisch-ökologisches Querschnittsthema.

ganischen Intellektuellen als Konstrukteure, Organisatoren und permanente Überzeuger im politischen Kampf. Für die Einbettung von Ideen in eine halbwegs kohärente ideologische Formation und politische Programmatik, für die Umsetzung dieser Programmatik in eine erfolversprechende politische Praxis, für die Ausformulierung und Anpassung strategischer Optionen unter je gegebenen Bedingungen sind sie von großer Bedeutung.

Aus einer gesellschaftlich *minoritären* Position heraus bemüht sich seit langem auch die Neue Rechte um die Entfaltung eines Hegemonieprojekts in Bezug auf das Feld der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Drängender wurde dies mit der Ausweitung und Vertiefung der Europäischen Union, der Bildung der Eurozone und den Krisenprozessen seit 2007/08 (Banken- und Finanzkrise, Eurokrise, Griechenland) sowie – reaktiv – der Bildung der AfD als Resonanzraum neurechter Einflussbemühungen. Tatsächlich können seit der Spaltung der jungkonservativen „geistigen Opposition“ (Weißmann 2018, 154) im Jahr 2014 (vgl. Kellershohn 2016) in der Frage, wie man sich auf die AfD zu beziehen habe, zwei übergreifende und in sich disparate Hegemonieprojekte identifiziert werden, die sich in spezifischer Weise unterscheiden und deren Konkurrenz sich in einem „Kampf zweier Linien“ (vgl. Kellershohn 2017; Eberhardt und Fried-

rich 2019) innerhalb der AfD widerspiegelte. Zu betonen ist, dass diese Ausdifferenzierung vor dem Hintergrund geteilter weltanschaulicher Prämissen und Axiome stattfindet, auch wenn diese im Einzelnen durchaus unterschiedlich interpretiert werden können. Zwischen dem völkischen Nationalismus als ideologischem Bezugssystem und wirtschafts- und sozialpolitischen Konzepten besteht, wie bereits oben erwähnt, kein direkter Ableitungszusammenhang, wohl aber konturieren die Ideologeme des völkischen Nationalismus die jeweiligen Konzepte.

Im Folgenden werden – nach einigen Ausführungen zu Methodik und Vorgehensweise des Projekts von Andrea Becker – die beiden Hegemonieprojekte von Helmut Kellershohn vorgestellt: zum einen das völkisch autoritär-liberale Hegemonieprojekt (abgekürzt: völkisch-neoliberales Hegemonieprojekt), zum anderen das völkisch nationalsoziale Hegemonieprojekt. (Wie sich die oben gelisteten Zeitschriftenprojekte auf die beiden Hegemonieprojekte *cum grano salis* verteilen, ist dem Schaubild am Ende dieser Einführung zu entnehmen.) Anschließend skizziert Laura Schlöter den „Mittelstandsdiskurs in Medien der Neuen Rechten“ und Andrea Becker stellt in zwei Beiträgen Ergebnisse ihrer Auseinandersetzung mit klimapolitischen Diskursen der Neuen Rechten vor.

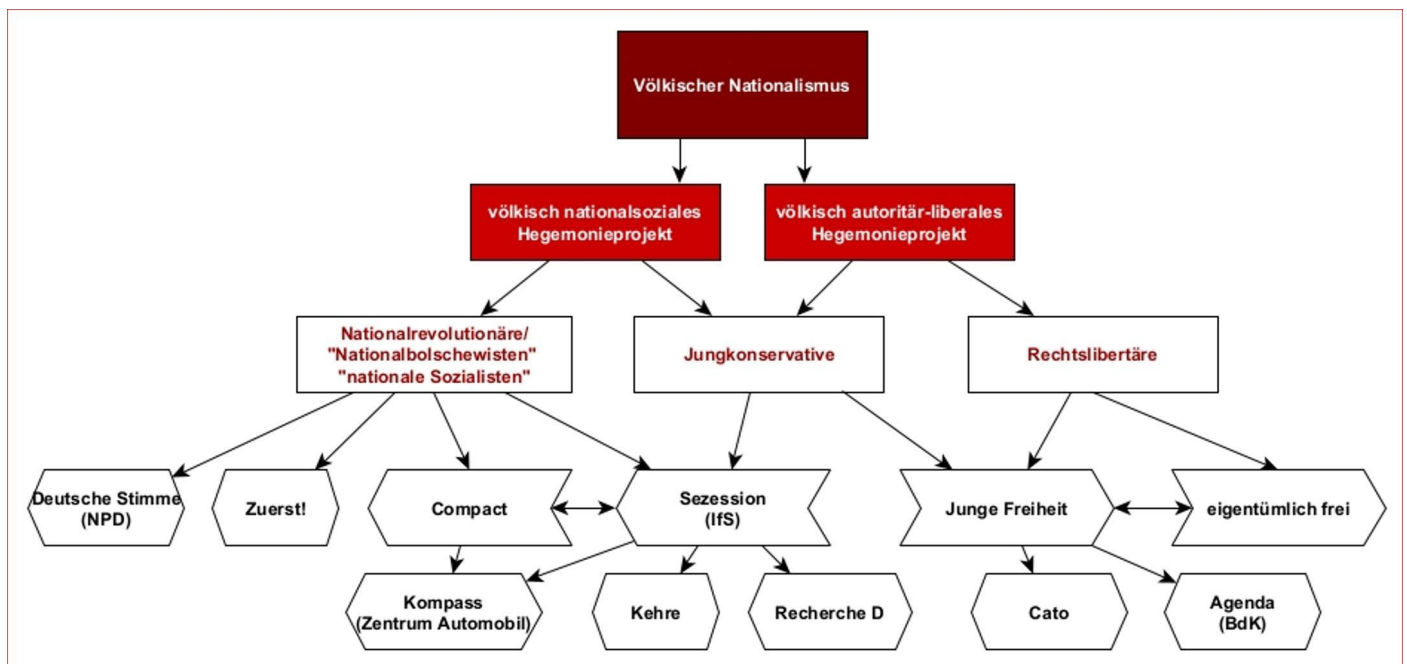


Abbildung 1: Strömungsschema

Erläuterung: (1.) Die Bezeichnungen „Nationalrevolutionäre“, „Jungkonservative“ und „Rechtslibertäre“ beziehen sich auf die Hauptgruppen der Neuen Rechten. Die Bezeichnung „Nationalbolschewisten“ steht hier weniger für eine Gruppe, als vielmehr für eine spezielle politische Orientierung, die sich durch die bereits in der Weimarer Republik bekannte „Ostorientierung“ (Anlehnung an Russland) auszeichnet. Die Bezeichnung „nationale Sozialisten“ markiert den Übergang in das neonationalsozialistische Feld, das im Projekt nicht näher untersucht wurde. (2.) Durch die Spaltung der Jungkonservativen 2014 in zwei Lager (Institut für Staatspolitik, IfS, und Junge Freiheit) verteilt sich diese Hauptgruppe auf beide Hegemonieprojekte, ohne dass immer klare Grenzen gezogen werden können. So beruft sich etwa die Zeitschrift Recherche D auch auf die Klassiker des Neoliberalismus. (3.) Die rechtsökologische Zeitschrift Die Kehre aus dem Umfeld des Instituts für Staatspolitik verfolgt einen Wachstum ablehnenden und damit in der Tendenz völkisch- ,antikapitalistischen‘ Kurs.



Methodisches Vorgehen: Die Erstellung des Textkorpus

Neben grundlegenden programmatischen Schriften beruht die empirische Basis des Projekts auf der Sichtung, Erschließung und Analyse der Sozial- und Wirtschaftspublizistik in den Medien der Neuen Rechten ab dem Jahr 2016 bis einschließlich des ersten Quartals 2020.⁹ Der Untersuchungszeitraum umschließt als bedeutsame realpolitische Ereignisse die Abstimmung zum Brexit und die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten sowie die Bundestagswahl 2017 und die Wahl zum Europäischen Parlament 2019. Er beginnt auf dem Höhepunkt der großen Migrationsbewegungen der Jahre 2015/2016, umfasst die breite klimapolitische Mobilisierung des Jahres 2019 und endet mit Beginn der Corona-Krise des Jahres 2020. Die Medienauswahl für den zu erstellenden Textkorpus wurde im Forschungsantrag begründet und in der ersten Phase der Projektarbeit durch das Forschungsteam modifiziert (s. oben).

Folgende Zeitschriften wurden als Materialgrundlage für den zu erstellenden Medienkorpus ausgewählt: Junge Freiheit (ca. 225 Ausgaben im Beobachtungszeitraum), Compact (52 Ausgaben plus Sonderhefte), Deutsche Stimme (48 Ausgaben), Eigentümlich Frei (43 Ausgaben); Sezession (25 Ausgaben), Recherche D (9 Ausgaben), Cato (14 Ausgaben), Die Kehre (3 Ausgaben), Zuerst! (44 Ausgaben). Dieser höchst umfangreichen Fundus musste in einem ersten Aufbereitungsschritt auf die Ebene konkreter Untersuchungseinheiten (Einzeltexte) reduziert werden (Taddicken 2019). Aufgrund ihrer besonderen Bedeutung als Leitmedium der (jungkonservativen) Neuen Rechten entschied sich das Forschungsteam in der ersten Erhebungsphase für eine Vollerhebung aller Artikel des Wirtschaftsteils der Jungen

Freiheit sowie für eine ergänzende vollständige Sichtung des JF-Ressorts „Forum“. Alle anderen Publikationen wurden jeweils händisch durchgearbeitet und alle einschlägigen, wirtschafts- und sozialpolitische Themen betreffenden Texte einzeln bibliografiert. Als technische Infrastruktur wurde hierzu mittels der Wissensmanagementsoftware Citavi ein cloudbasiertes Literaturprojekt angelegt, in das die ausgewählten Artikel in digitalisierter Form eingepflegt wurden. In dieser Phase wurde jeder einzelne Text im Sinne einer induktiven Kategorienbildung nach Mayring mit inhaltserschließenden, durch die Beurteilung von Titeln, Untertiteln und Gesamteindruck gewonnenen Schlagwörtern codiert (vgl. Mayring und Fenzl 2019, S. 640). Am Ende stand ein Medienkorpus von rund 1.900 vorläufig erschlossenen Titeln.

Dieser Medienkorpus wurde in einer anschließenden Konsolidierungsphase durch eine nochmalige Sichtung auf bibliografisch korrekte Erfassung und inhaltlich richtige Codierung kontrolliert. Jeder einzelne Titel wurde dabei von mindestens zwei Bearbeiterinnen und mindestens zwei Mal kontrolliert, so dass die Reliabilität und Validität der inhaltlichen Erschließung durch Intra- und Intercoder-Übereinstimmung erhöht werden konnten. In dieser Phase der Auseinandersetzung fiel die oben angesprochene Entscheidung, gezielt die Themenfelder „Sozialstaat“, „Mittelstandspolitik“ und „Klimapolitik“ vorrangig in den Fokus der Untersuchung zu nehmen.

Diese thematische Schwerpunktsetzung musste bei der anschließenden zweiten Erhebungsphase berücksichtigt wer-

⁹ Die beiden erst im Beobachtungszeitraum neu entstandenen und in wenigen Ausgaben vorliegenden Publikationen *Recherche D* (zeitweise eingestellt) und *Die Kehre* wurden bis ins zweite Halbjahr 2020 ausgewertet.

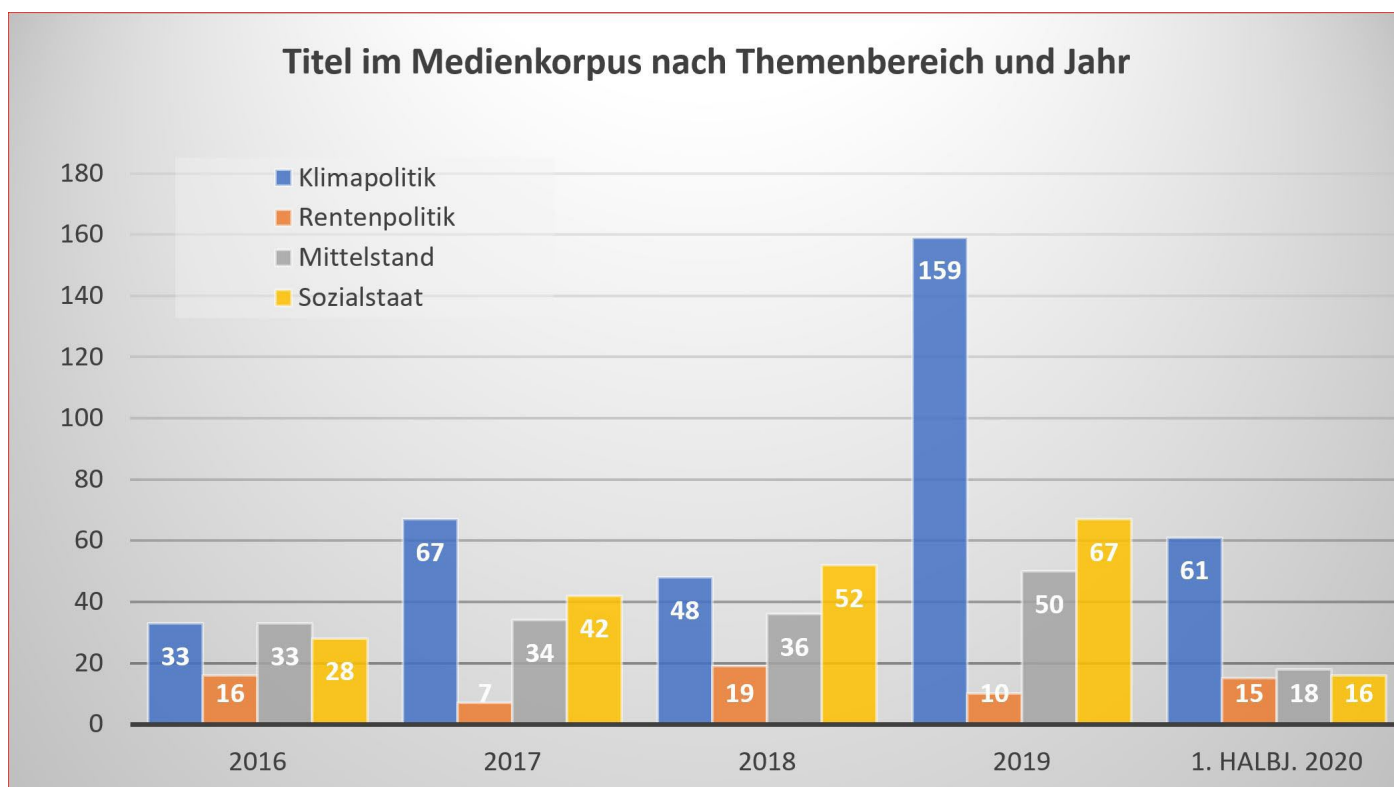


Abbildung 2: Titel zu ausgewählten Themenbereichen im Untersuchungszeitraum

den. Hierzu wurden die digitalisiert vorliegenden Medien (alle Zeitschriften außer Cato und Zuerst!) mit Hilfe der Software dtsearch einer Volltextsuche anhand themenrelevanter Suchbegriffe¹⁰ bis zur jeweiligen Sättigung des Themenkomplexes, d.h. bis zu dem Zeitpunkt, an dem durch neue Suchbegriffe keine neuen Titel mehr ausgehoben wurden, unterzogen. Alle so gefundenen Artikel wurden in die bereits erstellte Citavi-Literaturdatenbank eingepflegt, codiert und nachkontrolliert. Der Medienkorpus wuchs dadurch auf rund 2400 inhaltlich ersterschlossene Einzeltitel an. Eine solche Datenmenge erfordert eine theoriegeleitete Reduktion des Materials.

Zu diesem Zweck begann parallel dazu die erste analytische Auswertung und Bearbeitung ausgewählter Themenbereiche. Eine quantitative Auswertung der als zentral identifizierten Themenfelder untermauert die Annahme der wachsenden Bedeutung von wirtschafts- und sozialpolitischen Debatten in den Medien der Neuen Rechten, der nur zum

Teil durch das Hinzukommen neuer Publikationsorgane zu erklären ist (siehe Abbildung 1). Insbesondere das Querschnittsthema Klimapolitik erfährt im Beobachtungszeitraum einen explosionsartigen Zuwachs. Das Codiersystem wurde in dieser Untersuchungsphase sukzessive durch die Identifikation von Einzeldiskursen verfeinert. Jeder Einzeltitel der zentralen Themenbereiche Sozialstaat (darunter als Unterthemen u. a. Rentenpolitik, Grundeinkommen), Mittelstandspolitik, Klimapolitik wurde dazu gelesen, mit einer Kurzzusammenfassung versehen und im Sinne einer diskursanalytischen Strukturanalyse entsprechend differenziert neu codiert (vgl. Jäger 2015, S. 95ff.). So wurden die einzelnen Themenbereiche in eine Vielzahl von Unterthemen ausdifferenziert, die jeweils eine erste Annäherung an die in den Untersuchungseinheiten auffindbaren Diskursfragmente darstellen und die Basis für die im weiteren Projektverlauf durchzuführenden Diskursanalysen darstellten.

10 Für das Themenfeld „Klimapolitik“ beispielsweise wurden folgende Suchbegriffe verwendet: *Klimawandel, IPCC, EIKE, Klimaflüchtling*, Energiewende, EEG, Windenergie, Solarenergie, Klimakonferenz*, Klimaabkommen, Dekarbonisierung und Kohle** sowie *Große Transformation und Green (New) Deal*



Das völkisch autoritär-liberale Hegemonieprojekt

Das erste Hegemonieprojekt positionierte sich im Kontext der von Buckel et al. (2012) konstatierten „Auflösung eines einheitlichen [neoliberalen; H.K.] Hegemonieprojekts“ (ebd., S. 31) in der Eurokrise in der Nähe „national-neoliberaler[r] Strategien“ (ebd., S. 34), die sich gegen jede Form proeuropäischer Krisenlösungen (Eurobonds, expansive Geldpolitik der EZB) wandten, getragen etwa von Teilen der FDP und Vertretern einer orthodox-ordoliberalen Schule (z.B. Ifo-Institut). Grundsätzlicher als diese präferiert das neuere Hegemonieprojekt, das sich in der Hauptsache um den jungkonservativen Kreis der *Jungen Freiheit* gruppiert, marktwirtschaftliche Lösungen im Rahmen einer weitgehenden Renationalisierung der Währungs-, Finanz- und Wirtschaftspolitik, ohne den Austritt aus der EU direkt zu fordern, und einer Polemik gegen den „bevormundende[n] Umverteilungsstaat“ (Paulwitz 2012). Die eigentliche Differenz wird durch die völkische Grenzziehung gesetzt, indem eine *relative* ethnische Homogenität der Nation postuliert wird.

Karlheinz Weißmann, konzeptiver Ideologe der *Jungen Freiheit* und der Zeitschrift CATO sowie Kuratoriumsvorsitzender der Desiderius Erasmus-Stiftung der AfD, hat unlängst in einem programmatischen Text (Weißmann 2020) auf die ideengeschichtlichen Hintergründe des Projekts verwiesen. Im Kern geht es um die Bestimmung des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft, genauer um die Grenzen des Staates und staatlichen Handelns gegenüber einer auf Privateigentum an Produktionsmitteln beruhenden kapitalistischen Ökonomie.

Weißmann lenkt die Aufmerksamkeit auf einen der Gründungstexte des deutschen Neoliberalismus resp. Ordoliberalismus. Gemeint ist der Redebeitrag Alexander Rüstows auf der Tagung des Vereins für Sozialpolitik 1932, die dem

Thema „Deutschland und die Weltkrise“ gewidmet war. Im Hintergrund steht freilich Carl Schmitts Theorie des „totalen Staates“, auf die Rüstow ausdrücklich verweist.

Rüstow plädiert in seiner Rede (Boese 1932, S. 62–69) mit Blick auf die Bewältigung der Weltwirtschaftskrise erstens für einen „neue[n] Liberalismus“ (ebd., S. 69). In seinen Ausführungen verbindet er drei Gedankengänge: Erstens grenzt er liberale Wirtschaftspolitik einerseits gegen den klassischen Manchesterliberalismus, andererseits gegen einen reaktiven, status quo-fixierten und sich zugleich überdehnenden Staatsinterventionismus ab. Als dritten Weg schlägt er einen „liberale[n] Interventionismus“ (ebd., 65) vor. Die Figur des dritten Weges wird nach 1945/9 von den Ordoliberalen wieder aufgegriffen werden: freie oder soziale Marktwirtschaft als Mitte zwischen Kapitalismus und Kommunismus (vgl. Röpke 1942, S. 43; 1944, S. 69ff.).

Zweitens fragt er nach den staatspolitischen Bedingungen des liberalen Interventionismus bzw. einer liberalen Wirtschaftspolitik. Diese sieht er zum einen in einer strikten Trennung von Staat und Gesellschaft/Wirtschaft und in der Ausbildung eines starken und neutralen Staates, der wie eine „objektive Käseglocke“ (O. H. von der Gablentz) über dem Pluralismus gesellschaftlicher Interessengruppen „schwebt“ und seine Handlungen am „höheren Ganzen“ (ebd., S. 68) orientiert.

Drittens thematisiert Rüstow das Grundproblem kapitalistischer Gesellschaften, nämlich die Gewährleistung sozialer Kohärenz bei gleichzeitiger Konkurrenz. Sein Lösungsvorschlag besteht zum einen darin, die Wirtschaftssubjekte als Staatsbürger auf einen moralischen Holismus zu verpflichten, indem sie staatliche Maßnahmen auch dann akzeptieren, wenn sie ihren Privatinteressen widersprechen. Zum

anderen ist für ihn die entscheidende Ebene der Integration die des Staates bzw. die einer Verfassung, die das Übergreifen des gesellschaftlichen Pluralismus auf staatliche Maßnahmen – vor allem durch die Parteien – verhindert.¹¹ 1932 wäre dies die Entscheidung für ein vom Reichstag unabhängiges Präsidialsystem gewesen. Rüstow selbst präferierte eine Kanzlerdiktatur auf Zeit (Ptak 2004, S. 38).

Carl Schmitt, auf den sich Rüstow in seiner Rede zustimmend bezieht, definiert diesen Staat in seinem etwas später gehaltenen Vortrag vor dem Langnam-Verein¹² im November 1932 (vgl. Schmitt 1932/1995) als „qualitativ totalen Staat“ und unterscheidet diesen von einem „quantitativ totalen Staat“. Letzterer ist

„ein Staat, der sich unterschiedslos auf alle Sachgebiete, alle Sphären des menschlichen Daseins begibt, der überhaupt keine staatsfreie Sphäre mehr kennt, weil er überhaupt nichts mehr unterscheiden kann. Er ist total in einem rein quantitativen Sinne, im Sinne des bloßen Volumens, nicht der Intensität und der politischen Energie. [...] Diese Totalität im Sinne des Volumens ist das Gegenteil von Kraft und Stärke.“ (Ebd., S. 74f.)

Die Ursache der Schwäche: Zwischen Staat und Gesellschaft hat sich eine „Mehrzahl totaler Parteien“ etabliert, die sich das „Monopol der Politik“ angeeignet haben und – da es sich um ein „festes durchorganisiertes Mehrparteiensystem“ handelt – ein „Polypol“¹³ bilden. Die Funktionsweise dieses Polypols (oder Kartells) beruht laut Schmitt zum einen auf der Monopolisierung der „politischen Vermittlung“, d.h. die Parteien organisieren die Interessen der Bürger und deren „Umschaltung [...] in den Staatswillen“. Zum anderen beherrschen sie über die „Aufstellung der Kandidatenliste“ und damit den Zugang zum Parlament den Staat und machen „ihn zum Objekt ihrer Kompromisse“. Die Institutionen der Verfassung würden dadurch „verfälscht“, der Staat zum „Ausbeutungsobjekt“ organisierter Interessen degradiert (ebd., S. 75). Dies, die Ausbildung des „totalen Partei-

enstaates“ (ebd., S. 79) bzw. des pluralistischen Staates, führe „zu jener merkwürdigen quantitativen unterschiedslosen Ausdehnung des Staates auf alle Gebiete“ (ebd., S. 75).

Demgegenüber sei der *qualitativ totale Staat* dadurch gekennzeichnet, dass er „echte[r] Staat“, ein „besonders starker Staat“ sei. Dieser Staat verfüge alleine und „ausschließlich“ (ebd., S. 74) über die „Machtmittel, die er zu seiner politischen Herrschaft“ brauche, insbesondere die „militär-technischen Machtmittel“ (ebd., S. 73) und die Techniken der „Massenbeeinflussung“ (ebd., S. 74); er stütze sich auf „Heer und Beamtentum“, die sich durch „Unparteilichkeit und Staatsgesinnung“ (ebd., S. 79) auszeichnen sollten; und – mit Blick auf die damaligen deutschen Verhältnisse – sollte es ihm gelingen, „das einzige legale Machtinstrument des echten Notfalles, das er heute noch hat, nämlich den Artikel 48“ (ebd., S. 78), zur Geltung zu bringen, womit Schmitt einmal mehr die staaterhaltende Rolle des vom Parlament unabhängigen Reichspräsidenten („Hüter der Verfassung“) hervorhebt. Verfügt der Staat über all diese Machtmittel, vermag er „in seinem Innern keinerlei staatsfeindliche, staatshemmende oder staatszerspaltende Kräfte aufkommen“ zu lassen. Er lässt es nicht zu, dass „seine Macht unter irgendwelchen Stichworten, Liberalismus, Rechtsstaat oder wie man es nennen will, untergraben“ wird. Schlussendlich: „Er kann Freund und Feind unterscheiden.“ (ebd., S. 74)¹⁴ Als Feind verstand Schmitt in der Situation von 1932 vor allem Kommunisten und Nationalsozialisten (denen sich Schmitt freilich nach 1933 als „Kronjurist“ zur Verfügung stellte), sodann aber auch die reformistische Arbeiterbewegung. Denn in der Rede vor den Herren des Langnam-Vereins kritisierte Schmitt insbesondere die Idee einer „Wirtschaftsdemokratie“, die in den letzten Jahren der Weimarer Republik die wirtschaftspolitische Programmatik der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften prägte. Schmitt sieht hier eine unzulässige „Vermischung von Wirtschaft und Politik“, eine ‚unsachliche‘ Politisierung der Wirtschaft durch den „quantitativ totalen Staat“. Sie sei der Versuch, „mit Hilfe politischer Macht sich wirtschaftliche Macht im Staate anzueignen, und dann mit Hilfe der so gewonnenen wirt-

11 Nach 1945/9 suchen sowohl Wilhelm Röpke als auch Rüstow, mittlerweile deutlich kulturpessimistisch eingestellt, Integration und Kohärenz auf der Ebene kleiner Gemeinschaften wie Familien, Kirchengemeinden oder Vereinen. „Wenn wir uns“, so Rüstow zu der von ihm propagierten *Vitalpolitik*, „für die – soziale – Marktwirtschaft und ihre Leistungskonkurrenz entscheiden, so müssen wir doch zugeben, daß diese Konkurrenz, unbeschadet ihrer gewichtigen sonstigen Vorzüge, immerhin von sich aus keine aktive Integrationskraft darstellt“. Gefordert sei für den „Sozialbereich“ ein „immer dichtere[s] Netz und Gewebe lebendiger Bindungen“, um ein „Optimum an Integration“ zu erreichen. Vgl. Rüstow 1957, S. 229, S. 238. Zu Rüstows *Vitalpolitik* und Röpkes „Strukturpolitik“ vgl. Biebricher und Ptak 2020, S. 58–67.

12 Der sog. Langnam-Verein war ein Interessenverband der Schwerindustrie im Ruhrgebiet.

13 Diesen Begriff wählt Schmitt im Januar 1933 in einem Artikel, der die Argumentation seines Vortrages fortführt (vgl. Schmitt 1933/1994, S. 215).

14 Schmitt knüpft hier an den im August 1932 in zweiter Auflage erschienenen „Begriff des Politischen“ an. Gegenüber der ersten Auflage (1927) hat Schmitt in diesem Buch einige Erweiterungen vorgenommen, u.a. Passagen über den Bürgerkrieg eingefügt und die Freund-Feind-Erklärung um eine innenpolitische Komponente („innerstaatliche Feinderklärung“) erweitert. vgl. Schmitt 1932/2002.



schaftlichen Macht wiederum seine politische Macht zu verstärken“. Getreu seiner Unterscheidung von staatlicher und staatsfreier Sphäre betrachtet er „die Sphäre des freien, individuellen Unternehmers“ als „reine Privatsphäre“, davon getrennt die wirtschaftlichen Unternehmungen im staatlichen Bereich, die nur dieser organisieren könne. Daneben gebe es aber noch einen Zwischenbereich, der „nichtstaatlich, aber öffentlich“ sei. Gemeint ist damit die „wirtschaftliche Selbstverwaltung“, also der Bereich, in dem „von den Trägern dieser Wirtschaft“ – dazu gehören nicht die Gewerkschaften – die gemeinschaftlichen Belange „organisiert und verwaltet“ werden (ebd., S. 80). Auch dieser Bereich müsse staatsfrei gehalten werden. Dass die ‚Entpolitisierung‘ der Wirtschaft auf Kosten der Gewerkschaften und der Arbeiterklasse geht, demonstriert Schmitt den Herren vom Langnam-Verein hier nachdrücklich.

Hermann Heller, der sozialdemokratische Antipode Schmitts, hat darauf mit einem Artikel reagiert, der allerdings erst 1933 unter dem Titel „Autoritärer Liberalismus“ erschien (Heller 1933/1971). Hierin kritisierte er die antidemokratische Grundlage des anvisierten starken Staates: Schmitt habe sich schon seit Jahren darum bemüht, „die demokratische zugunsten der diktatorischen Staatsgewalt herabzusetzen“. Und er verwies bewusst auf den Zusammenhang der Ausführungen Schmitts mit dem „neoliberalen“ Konzept der Ökonomen wie Rüstow oder Walter Eucken (vgl. Eucken 1932). Das Programm des autoritären Liberalismus charakterisierte er resümierend wie folgt: „Rückzug des autoritären Staates aus der Sozialpolitik [und] Entstaatlichung der Wirtschaft [...]. Autoritär und stark muß solcher Staat sein, weil, nach Schmitts durchaus glaubwürdiger Versicherung, nur er die übertriebenen Verbindungen zwischen Staat und Wirtschaft zu lösen vermag. Sicherlich! Denn in demokratischen Formen würde das Volk diesen neoliberalen Staat nicht lange ertragen.“ (Heller 1933/1971, S. 652f.)

Folgt man diesen ideengeschichtlichen Hintergründen und folgt man der Kritik Hermann Hellers kann man das angesprochene jungkonservative Hegemonieprojekt als ein autoritär-liberales definieren. Bezieht man die völkisch-nationale Komponente mit ein, muss man präziser von einem Projekt eines **völkisch-autoritären Liberalismus** sprechen oder – vereinfacht – von einem Projekt eines völkischen Neoliberalismus. Zwei Erläuterungen sind an dieser Stelle angebracht: Erstens beruht dieses Projekt auf einer Aufspaltung des klassischen Liberalismus in seine ökonomischen, politischen und kulturellen Komponenten und einer Abspaltung der beiden letzteren, die in eine Ent- oder Illiberalisierung bürgerlich-demokratischer Verhältnisse einmündet.

Im Namen einer Kritik des kulturellen Verfalls (Dekadenz) und unter Berufung auf eine realistische Weltsicht, die auf die *nicht-ökonomistischen* Elemente des Hegemonieprojekts abhebt, richtet sich Weißmann gegen „den Egalitarismus des Bildungswesens, den Ausbau der Sozialfürsorge, das Wuchern der Staatsquote, den Geburtenschwund, die Masseneinwanderung, den Einfluß des Islam, die Vergötzung der Dritten Welt, den kollektiven Selbsthaß der Deutschen, der Europäer, des Westens, der alten weißen Männer“ sowie gegen den angeblich herrschenden „Relativismus, den Multikulturalismus, die Wirkung von Political Correctness, den Feminismus, den Abbau der Inneren Sicherheit“ (Weißmann 2020, S. 18). Weißmann reproduziert hier, *positiv* gewendet, wesentliche Elemente des völkischen Nationalismus wie die ethnische und kulturelle Homogenität, den Antiegalitarismus, nationale Identität oder die biopolitische Sorge um den Erhalt des ‚Volkskörpers‘ (Geschlechterverhältnisse, Geburtenrate). Sie schließen im Prinzip eine liberal und pluralistisch verfasste Gesellschaft und Kultur aus.

Den Hebel der Veränderung sieht Weißmann in einem illiberalen Staatsprojekt, einem Um- oder Neubau des Staates, der auf der Linie der ordoliberalen Idee eines Schiedsrichter-Staates, eines neutralen und starken Staates, eines im Sinne Schmitts „qualitativ-totalen Staates“, der „seine Handlungsfreiheit bewahrt und – in weiser Selbstbeschränkung – den Bürger vor seiner fiskalischen, pädagogischen, religiösen Zudringlichkeit“ (ebd., 19) und in dieser vor allem fiskalischen und sozialpolitischen Hinsicht ein „schlanker“ Staat sein sollte.¹⁵ In diesem Zusammenhang ist an ein früheres Interview Weißmanns zu erinnern (vgl. Weißmann 2009). Dort angesprochen auf die Möglichkeit eines Elitenwechsels im Falle eines Systemzusammenbruchs äußert sich Weißmann dahingehend, dass er sich einen solchen „Austausch“ auch „innerhalb des Verfassungssystems“ vorstellen könne. Die Verfassung, das Grundgesetz sei nämlich „die Verfassung des deutschen Volkes“ und kein „rein technisches Verfahren, um ein multikulturelles Etwas zusammenzuhalten“. Gegen eine solche, seiner Meinung nach verfassungsfeindliche Auffassung würde er die Verfassung verteidigen. Wer aber sind ihm zufolge die Verfassungsfeinde? „Die Verfassung befindet sich faktisch in der Gefangenschaft der Linken und Liberalen. Ich würde eher *um* die Verfassung kämpfen und nicht *gegen* sie.“ Die Befreiung der Verfassung aus dieser „Gefangenschaft“ würde freilich nicht viel übriglassen von der Verfassung des Grundgesetzes und eine „innerstaatliche Feinderklärung“ erfordern, die nichts anderes als die Anrufung des Bürgerkriegs beinhaltet und einer Konstellation Vorschub leistet, in der auch bonapartistische Lösungen möglich werden.¹⁶

15 Das Schlankheitsmotiv, gerichtet gegen den Staat als „Milchkuh“, findet sich prominent bei Ernst Forsthoff, Arnold Gehlen und Wolfgang Schäuble („Und der Zukunft zugewandt“, 1994) sowie im AfD-Grundsatzprogramm von 2016.

16 Weißmann erinnert in *Wer ist rechts?* z.B. an de Gaulle und dessen Staatsstreich, mit dem er die Fünfte Republik begründete (Weißmann 2020, S. 25). Als mythisches Vorbild gilt ihm Marshall Willi Kane in Fred Zinnemanns „Zwölf Uhr mittags“ (1952).



BÜNDNISPARTNER: EIGENTÜMLICH FREI

Fasst man das Hegemonieprojekt des völkisch-autoritären Liberalismus in eine Formel, so könnte sie wie folgt lauten: **Marktwirtschaft plus autoritärer Staat plus völkischer Nationalismus**. Es mag auf den ersten Blick verwundern, wenn dieses Projekt Unterstützung aus einer ideologischen Richtung findet, die von anderen neurechten Fraktionen als ausgesprochen ‚staatsfeindlich‘ angesehen werden. Gemeint ist der Kreis um die rechtslibertäre Zeitschrift *eigentümlich frei* (ef), die lange Zeit einigen Einfluss in Teilen der FDP hatte. Der FDP-Bundestagsabgeordnete Frank Schäffler beispielsweise, ausgewiesener Kritiker des Euro und des staatlichen Geldmonopols, war bis Ende 2015, als sich *eigentümlich frei* auf die AfD umorientierte, regelmäßiger Autor der Zeitschrift. Das Mitglied des Redaktionsbeirats Erich Weede, emeritierter Soziologie-Professor, schreibt sowohl für den Wirtschaftsteil der FAZ als auch die *Junge Freiheit*. Gleiches gilt für Thorsten Polleit (Ludwig von Mises Institut Deutschland, Chefökonom der Degussa Goldhandel) und Michael von Prollius (Leiter des Wissenschaftskreises bei der Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft). Der Herausgeber und Chefredakteur André F. Lichtschlag erhielt 2009 den Gerhard-Löwenthal-Preis für Journalisten von der Förderung Konservative Bildung und Forschung und der *Jungen Freiheit*.

Lichtschlag nimmt in *eigentümlich frei* die Position eines „Radikallibertären“ ein, d.h. er markiert eine Position, die sich einerseits gegen den – aus seiner Sicht – in der Neuen Rechten verbreiteten Etatismus wendet, andererseits aber wesentliche wertkonservative Essentials teilt. In einem früheren Artikel in der Zeitschrift *Sezession* wendet er sich gegen „Bürokraten, Staatsfans, Umwelthysteriker, Männerhasser und Antifaschos“, gegen „Bürokratie, political correctness und Staatsallmacht, gegen Feminismus, Gesinnungsterror und Ästhetisierung des Banalen und Durchschnittlichen“ und plädiert demgegenüber „für Zukunftsfreude, Freiheit, persönliche Verantwortung und Unternehmertum“ (*Sezession* 3/2003, S. 37). Und in einem Grundsatzartikel „Warum eigentlich frei“ (Juli 2013) umreißt er den programmatischen Kern seiner Zeitschrift: „Eigentum – das ist der Schlüssel zur Freiheit. Um Eigentum und Freiheit dreht sich in *eigentümlich frei* vieles. Denn Menschen unterscheiden sich in ihrer Vorstellung vom Glück. Erst mit seinem Eigentum kann jeder tun und lassen, was er für richtig hält, ganz eigentlich und freisinnig – wofür die Buchstaben ef auch stehen.“

Diese radikal besitzindividualistische Position gehört zu den Basisideologemen des Anarchokapitalismus, der ideengeschichtlich auf Ludwig von Mises und vor allem den US-amerikanischen Ökonomen Murray Rothbard zurückgeht. Susan Love Brown definiert den Anarchokapitalismus wie folgt:

„Der Anarchokapitalismus ist eine Form des Anarchismus, dessen Hauptgrundsatz darin besteht, dass der freie Markt, ungehindert von staatlichen Eingriffen, alle gesellschaftlichen Funktionen koordinieren kann, die derzeit vom Staat wahrgenommen werden, einschließlich der Systeme der Justiz und der nationalen Verteidigung. Anarchokapitalisten glauben, dass ein System des Privateigentums, das auf individuellen Rechten beruht, das einzige moralische System ist – ein System, das einen freien Markt oder totale Freiwilligkeit bei allen Transaktionen voraussetzt.“ (Brown 1997, S. 99)

In die Sprache des Alltagsverständes übersetzt antwortet Lichtschlag in einem Interview auf die Frage „Wie praktiziert man Anarchokapitalismus?“:

„Wir alle tun das jeden Tag, ohne dass es den meisten bewusst ist. Sie tun es, wenn Sie beim Bäcker ein Brötchen kaufen. Sie haben das Geld, der Bäcker hat das Brötchen. Ihnen ist in dem Augenblick das Brötchen wichtiger als das Geld, dem Bäcker ist das Geld lieber als das Brötchen. Jeder Handel erzeugt eine Win-Win-Situation für beide Seiten. Das ist doch genial! Freiwillige Tauschhandlungen, die für beide Seiten einen Wohlstandsgewinn erzeugen – das Wunder des Kapitalismus!“ (Lichtschlag 2017a, S. 119f.)

Was Lichtschlag hier als quasi-magischen Akt missversteht, beruht auf einem fehlenden Begriff von Kapitalismus. Er bleibt bei den „einfachsten ökonomischen Verhältnissen“ (Marx), den Austauschverhältnissen, die lediglich die Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft darstellen, stehen, „die selbständig gefaßt reine Abstraktionen sind; die aber in der Wirklichkeit durch die tiefsten Gegensätze vermittelt sind und nur eine Seite darstellen, worin deren Ausdruck vermischt ist“ (Marx 1974, S. 159). So erscheinen auf der Ebene des Warenaustausches, die Lichtschlag mit freier Marktwirtschaft = Kapitalismus identifiziert, alle Beteiligten als freie Privateigentümer, die sie auch sind. Es wird aber „nicht gesehen, daß schon in der einfachen Bestimmung des Tauscherts [der Ware] und des Geldes der Gegensatz von Arbeitslohn und Kapital etc. latent enthalten sind“ (ebd.). In Ansehung der Verhältnisse, unter denen produziert wird, sind nämlich die einen, weil sie nicht über die nötigen (Produktions-)Mittel verfügen, lediglich Eigentümer einer spezifischen Ware, nämlich ihrer Arbeitskraft, die sie auf dem Arbeitsmarkt den Eigentümern von Produktionsmitteln (Kapitaleigentümer) gegen Geld/Lohn anbieten (müssen). Die Kapitaleigentümer hingegen setzen Produktionsmittel und Arbeitskräfte ein, um ihre vorgeschossene Geldsumme als Kapital zu verwerten, d.h. eine höhere Summe Geldes als zuvor zu ‚erwirtschaften‘ und dann zu reinvestieren, um den ganzen Prozess von neuem zu beginnen und Kapital fortwährend zu akkumulieren. Wenn also auf der Ebene der Warenzirkulation es so erscheint, als ob Güter durch die



eigene Arbeit und ihren Austausch als Waren angeeignet werden, so zeigt sich auf einer tieferen Ebene der Analyse, dass der Produktionsprozess als Kapitalverwertungsprozess auf der „Trennung von Arbeit und Eigentum“ beruht, so dass Arbeit bedeutet, „fremdes Eigentum [zu] schaffen“, und Eigentum (an Produktionsmitteln) bedeutet, „fremde Arbeit [zu] kommandieren“ (ebd., 148). Freiheit und Gleichheit der Privateigentümer, wovon als quasi-natürliche Verhältnisse ausgegangen wurde, schlagen um in ihr Gegenteil, sachliche Abhängigkeit und soziale Ungleichheit, was aber kein Widerspruch ist, wie Marx gegen Proudhon bemerkt, sondern das eine bedingt das andere.¹⁷

Die Mystifizierung des Austauschprozesses und die Überhöhung der Koordinationsfunktion des Marktes verleiten den Anarchokapitalisten zu einem Angriff auf den „Zwangsmonopolisten“ Staat, dessen Existenz und Wirkmächtigkeit als illegitim unterstellt und mehr oder weniger einer personellen Herrschaft („Staatsprofiteure“) zugerechnet wird. Die Lösung gesellschaftlicher Probleme sieht Lichtschlag jedenfalls nicht im „Etatismus“ (ef 171, S. 3), nicht in der Politik: „Politik ist nicht die Lösung, sondern das Problem.“ (ef 175, S. 3; ef 178, S. 3; ähnlich ef 173, S. 3)¹⁸ Die Lösung liege vielmehr in der „Liebe zur Freiheit und der Achtung vor dem Eigentum“ (ef 177, S. 3).

Lichtschlag macht dies an vier Beispielen deutlich:

1. Zuwanderung: Gegenüber denjenigen Rechten, die auf den Staat setzen („lieber Staat, bitte schließe für uns die Grenze ganz fest zu“, ef 177, S. 3), gibt Lichtschlag zu bedenken, ob man nicht besser die Aufgabe der Grenzsicherung und die innere Sicherheit privatisieren sollte (vgl. ebd.). „Eine Gesellschaft mit weit weniger Staat wäre eben weder grenzenlos noch total dicht, aber jetzt noch öffentliches Eigentum mit all seinen negativen Anreizen wäre in privates Eigentum gewandelt. Und da kommt nicht jeder rein, sondern eben nur der, der dem Eigentümer willkommen ist. Das bedeutet, dass Einwanderer in den Sozialstaat mangels desselben (!) nirgendwo willkommen wären und ihnen auch keine private Unterkunft, nicht einmal eine Straße unentgeltlich zur Verfügung stünde. Auf der anderen Seite aber wären gesuchte Fachkräfte hoch willkommen, wenn der Unternehmer sie einlädt und für sie aufkommt. Wer

zudem ‚Flüchtlingen‘ helfen möchte, könnte dies tun – aber auf eigene Kosten.“ (Ebd.)

2. Privatstädte: Lichtschlag empfiehlt eine „Erkenntnis“ des „Vollblut-Unternehmer[s] Titus Gebel“. Der habe die Idee, „eine kapitalistische und damit nicht politisierte Form des Zusammenlebens als Marktprodukt zu entwickeln“. In einer „Freien Privatstadt“ würden „die Bewohner mit dem Dienstleister eine einklagbare Vertragsbeziehung eingehen, statt sich wie sonst der Willkür durch die politische Obrigkeit auszusetzen“. Das sei „die erfolgversprechendste Strategie für mehr Freiheit seit langer Zeit, eben weil er sein Projekt als nüchtern-profitable Geschäftsidee angeht und nicht (alleine) als Weg zur Weltverbesserung“ (ef 178, S. 3).
3. Freihandel: Lichtschlag grenzt sich von den sog. „Antiglobalisten“ (und im Extremfall „Autarkisten“) ab. Der Freihandel Sorge „wie kein anderes ökonomisches Konzept für Prosperität und Frieden in der Welt“, nämlich „da, wo man ihn lässt“. Allerdings müsse man unterscheiden zwischen einem „politischen“ und dem „ökonomischen ‚Globalismus‘“. Der politische Globalismus führe „durch immer weiter gehende Zentralisierung zum Weltstaat [...], der am Ende der größte Feind freier Märkte und eben freier Menschen [sei]. Denn riesige politische Einheiten neigen dazu, die ökonomische Freiheit vollends zu zerstören, während kleinere politische Einheiten – am besten winzig kleine bis hin zum Verschwinden – auf Freihandel angewiesen sind“ (ef 178, S. 3). Autarkie wäre also keine Lösung, ebenso wenig aber auch der Freihandel propagierende Zwangsmonopolist Staat. Dessen Anhänger (z.B. Frau Clinton) seien „Staatsprofiteure“ und keineswegs „Anhänger der freien Marktwirtschaft und des echten Freihandels“, sondern Anhänger des „politischen Globalismus“.
4. Sozialstaat: Lichtschlag beschließt fast jedes von ihm geschriebene Editorial seiner Zeitschrift mit der Parole „Kein Fußbreit den neosozialistischen Ausbeutern...! Mehr Freiheit“. Wahlweise werden die Ausbeuter „aller Parteien, zuweilen auch aller „Himmelsrichtungen“ – inklusive der „Staatsgläubigen“ (vgl. ef 177, Cover) unter den Neuen Rechten – ins Visier genommen oder ergänzt um die „Feinde [] der Meinungsvielfalt“ oder schlicht die „Hetzer“. Lichtschlag gibt sich in punc-

17 In Ansehung dieses von ihm nicht begriffenen Umschlagprozesses notiert der Hayekianer (und Kritiker des Anarchokapitalismus) Michael v. Prollius, dass die rechtliche „Gleichbehandlung unterschiedlicher Menschen“ keineswegs deren soziale Ungleichheit ausschließt, vielmehr heißt es, vom Standpunkt der Freiheit der Produktionsmittelbesitzer betrachtet: „Wer Freiheit will, muss materielle Ungleichheit begrüßen – nicht nur billigen. Wer (mehr) Gleichheit will, muss Unfreiheit wollen und durchsetzen. Wer Wohlstand will, braucht Freiheit und Ungleichheit.“ (Prollius 2020, S. 12)

18 Und auch nicht in der Gewalt, für die der von Lichtschlag zitierte ef-Autor Andreas Tögel in den „letzten 100 Jahren[n]“ immer die Linke verantwortlich macht: „[...] jeder Ausbruch extremer Gewalt kam ausnahmslos von links. [...] Von den Bolschewiken bis zur NSDAP, von der RAF über die IRA bis zu den Roten Brigaden – allesamt lupenreine Sozis.“ (ef 175, S. 3)

to Sozialstaat radikal. Auf der Usedom-Konferenz der *eigentlich frei* 2015 bezeichnete er den Sozialstaat als „die asozialste Institution, die sich Menschen jemals ausgedacht haben“ (zit. nach Schleusener 2015). Dies nicht nur bezogen auf den „Masseneinwanderung [...] magnetisch anziehend wirkenden Sozialstaat“ (ef 177, S. 3), sondern generell. Sozialstaatliche Politik folge letztlich dem „von Marx und Engels proklamierten sozialistischen Prinzip – nach dem Motto: jedem nicht nach seinen Leistungen, sondern nach seinen ‚Bedürfnissen‘“ (Lichtschlag 2018, S. 12). Daraus folge die „Bestrafung von Leistung und die Belohnung für Nichts“ (ebd.). Letztlich, so Lichtschlag, potenzieren sich die „Fehl-anreize und produzieren so endlich den von Sozialisten lange angestrebten ‚neuen Menschen‘, der bei näherer Betrachtung ein Hausschwein ist“ (ebd., S. 13).¹⁹

Der Anarchokapitalismus zielt in der Tendenz auf eine reine Privateigentümergeinschaft in kleinen Einheiten, die privatrechtlich organisiert sind. Das Ideal ist der „Null-staat“, in der *eigentlich frei* am radikalsten vertreten von Hans-Hermann Hoppe, der „die Notwendigkeit eines Staates, irgendeines Staates, von ‚öffentlichem‘ Eigentum und von Steuern“ (Hoppe 2017, S. 29) grundsätzlich bestreitet und mit Ausnahme von privaten Eigentumsrechten „die Existenz und Rechtfertigbarkeit irgendwelcher sogenannter ‚Menschenrechte‘ oder ‚Bürgerrechte‘ wie ‚Frauenrechte‘, ‚Schwulenrechte‘, ‚Minderheitenrechte‘“ (ebd.) ablehnt. Erforderlich sei für die Privateigentümergeinschaften kulturelle Homogenität, die „Gemeinsamkeit der Kultur: von Sprache, Religion, Brauchtum und Konvention“ (ebd.). Dem würde Lichtschlag zustimmen: Werde der Staat zugunsten kleinräumiger Strukturen zurückgedrängt, würden „natürlich gewachsene Strukturen, die natürlichen Sozialverbän-

de, wieder eine größere Rolle [spielen], zu denen Religion, Tradition und die klassische Familie gehören“ (Lichtschlag 2017a, S. 116f.). Was den „Nullstaat“ anbetrifft, gibt sich Lichtschlag konzilianter, weil in realpolitischer Hinsicht zunächst einmal ein mehr oder weniger an Staat Gegenstand des politischen Kampfes ist. In seinem Bündnisangebot an die *Junge Freiheit*, das er 2003 in einem Interview (JF 31-32/03) unterbreitete, heißt es auf die Frage, wie er es mit der „konservative[n] Sehnsucht nach staatlicher Ordnung“ halte: „Wenn der Staat sich erst einmal auf seine Grundaufgaben Recht und Sicherheit beschränkt und sich aus allen anderen Bereichen zurückzieht, welche Einzelne und traditionelle Sozialverbände, nicht zuletzt die Familie, besser lösen können, dann wird dieser Weg jeder Libertäre gerne mitgehen.“

Das ist zweifellos die Brücke zum jungkonservativen Hegemonieprojekt: Die Idee eines die Marktwirtschaft und die Privateigentümergeinschaft sichernden „Minimalstaates“ trifft sich mit der Idee eines neutralen, starken und schlanken Staates und einer diesbezüglichen Strategie des Umbaus des real existierenden Staates, wobei radikalibertäre Autoren wie Hans-Hermann Hoppe oder Markus Krall (2020) gar mit der Wiedereinführung der Monarchie kokettieren. Die kulturkonservative Betonung von Tradition, Familie und Religion bildet eine wesentliche Gemeinsamkeit. Und während sich Lichtschlag gegenüber völkischen Vorstellungen einer ethnischen Homogenität skeptisch zeigt (Lichtschlag 2017a, S. 125), akzeptiert er trotz allen Lobes für die Kleinräumigkeit die „Nation als Realität“, die sich der Zumutungen der EU und des Euro sowie der „Masseneinwanderung“ erwehren muss.

19 Das Bild der „Verhausschweinung“ geht auf Konrad Lorenz zurück, das dieser bereits 1940 prägte. Vgl. Ernst Ulrich von Weizsäcker: Konrad Lorenz. Biologie als Schicksal – oder die „Verhausschweinung des Menschen“, online unter: <https://gegneranalyse.de/personen/konrad-lorenz/#>. Wilhelm Röpke sprach in die „Gesellschaftskrise der Gegenwart“ (1942) vom „schweifwedelnden Haustier“ und kritisierte am Wohlfahrtsstaat das „Ideal der komfortablen Stallfütterung“ (Röpke 1942, S. 261).



Das völkisch-nationalsoziale Hegemonieprojekt

Buckel et al. (2012) diagnostizieren in ihrer Untersuchung der nationalen Hegemonieprojekte im Kontext der Eurokrise ein weiteres Projekt, das sie, wenngleich zu Missverständnissen einladend, als „national-soziales“ Projekt qualifizieren. Gemeint ist damit eine strategische Orientierung, die „soziale[n] Ausgleich und soziale Umverteilung“ (ebd., S. 26) in den Mittelpunkt stellt und aus Skepsis gegen die Realisierbarkeit einer europäischen Sozialunion die jeweiligen nationalen Sicherheitssysteme präferiert, um „angesichts des bestehenden neoliberalen Globalisierungsdrucks sozialpolitische Errungenschaften zu schützen“ (ebd.). Dieses Hegemonieprojekt ist *nicht* grundsätzlich antieuropäisch gerichtet, sondern versucht, korporatistische Strukturen, die die Basis der „fordistischen Produktions- und Lebensweise“ (ebd.) ausmachen, zu erhalten. Getragen werde das Projekt von „relevanten Teilen der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer*innenschaft“ (ebd.), Teilen der Sozialdemokratie, partiell auch von mittelständischen Unternehmen.

Wie das erste Hegemonieprojekt versucht, an national-neoliberale Strategien ‚anzudocken‘ und diese zu radikalieren und nach rechts zu verschieben, so kann auch das zweite neurechte Hegemonieprojekt als Ansatz verstanden werden, einen „national-sozialen Block“ (Dörre 2018, S. 51) unter völkischen Vorzeichen zu formieren bzw. zur Bildung eines solchen Blocks beizutragen. Den Hintergrund bilden zum

einen die Wahlerfolge der AfD vor allem in Ostdeutschland und die sozialstrukturelle Zusammensetzung ihrer Wählerschaft, in der, obwohl sie insgesamt interklassistisch zusammengesetzt ist, „Arbeiter und Arbeitslose [...] überdurchschnittlich vertreten“ (Decker 2020) sind.²⁰ Zum anderen hat sich im Laufe der Zeit – unter dem Einfluss des „Flügels“ – die AfD immer „mehr zu einer Formation gemausert, die der politischen Linken und den Gewerkschaften die soziale Frage abspenstig machen will“ (Becker et al. 2018, S. 16). Allerdings dominiert in programmatischer Hinsicht auf der Bundes-Ebene immer noch der völkische Neoliberalismus (vgl. Kellershohn 2021b).

Die Hauptakteure des völkisch-nationalsozialen Projekts sind in dem jungkonservativen Kreis um das *Institut für Staatspolitik* (u.a. Götz Kubitschek, Erik Lehnert, Benedikt Kaiser) mit der Zeitschrift *Sezession* und dem nationalrevolutionären bis nationalbolschewistischen Kreis um das *Compact-Magazin* (Jürgen Elsässer). Es gibt enge Bezüge zu den Resten der Identitären Bewegung (u.a. Martin Sellner) und zum (offiziell aufgelösten) AfD-„Flügel“ um Björn Höcke. Etwas außerhalb stehen die Zeitschrift *Zuerst!* und die neukonzipierte *Deutsche Stimme* (NPD). Die NPD ist insofern von Bedeutung, als wichtige programmatische Impulse aus der „Ära Voigt“ (Botsch und Kopke 2019) in das Projekt ein-

20 „Bezogen auf die Sozialstruktur der AfD-Wählerschaft kommen die vorliegenden Untersuchungen zu teilweise disparaten Befunden, was darauf hindeutet, dass monokausale Erklärungsversuche hier zu kurz greifen. So führen z.B. weder eine hohe Arbeitslosenquote noch ein höherer Ausländeranteil per se zu einer größeren Wahlbereitschaft der AfD. Im Westen scheint die AfD vor allem dort zu punkten, wo die Wähler ein unterdurchschnittliches Haushaltsaufkommen aufweisen und/oder einer Tätigkeit in der Industrie nachgehen. Im Osten ist sie in ländlichen Regionen stark, die unter Abwanderung leiden und ökonomisch abgehängt zu werden drohen. Arbeiter und Arbeitslose sind unter den Wählern zwar überdurchschnittlich vertreten, machen aber nur ein Viertel der AfD-Gesamtwählerschaft aus, während die übrigen drei Viertel auf Angestellte, Beamte und Selbständige entfallen.“ (Decker 2020)

geflossen sind. Schließlich entstammen z.B. Benedikt Kaiser und Björn Höcke dem NPD-Milieu.

Aktuell kreist das völkisch-nationalsoziale Hegemonieprojekt um das Konzept des „**solidarischen Patriotismus**“. Björn Höcke gibt sich bzw. die Thüringer AfD gerne als Erfinder dieses Leitbegriffs aus. Es gebe „keinen Widerspruch zwischen einer patriotischen und einer dezidiert sozialen Position, im Gegenteil: Es ist die Verantwortung, die man als Patriot für das *ganze* Volk hat und nicht nur für eine bestimmte Oberschicht.“ (Höcke und Hennig 2018, S. 245, Hervorh. im Org.) Höcke möchte also das „ganze Volk“ beglücken. Selbstredend handelt es sich hierbei um das deutsche Volk (im ethnischen Sinne), das zwar anscheinend in verschiedenen sozialen Schichten gegliedert ist, gleichwohl aber eine homogene Einheit bildet, um deren Erhalt Höcke auf das eifrigste bemüht ist.

Nun ist Höcke weder der Erfinder des Begriffs (er stammt bekanntlich von dem Bonner Politologen Volker Kronenberg), noch entstammt die Intention, die mit dem Begriff verbunden ist, seiner geistigen Originalität, wenn er „als Patriot linke Positionen vertrete, nämlich das Soziale und Gemeinschaftliche betone“; dies sei doch Ausweis einer „staatspolitische[n] Haltung“, insofern „die besonderen linken und rechten Gedanken, die ja beide eine Wahrheit enthalten, nur Momente eines übergeordneten Allgemeinen“ seien und ihren „eigentlichen Wert“ in der Entfaltung „zum Wohle des Ganzen“ erhielten (ebd., S. 137).

Man muss in diesem Zusammenhang an den ehemaligen Parteivorsitzenden der Republikaner, Franz Schönhuber, erinnern, der von sich behauptete, er sei ein „linker Rechter“. In dem strategischen Leitorgan der extremen Rechten *Nation&Europa* (NE) plädierte er 1997 „für einen humanen und **sozialen Patriotismus auf völkischer Grundlage**“ (NE April 1997, S. 11) und hielt es für angebracht, „den nationalen Gedanken auf eine gerechte soziale Grundlage zu stellen“ (NE Juni 1997, S. 11). Und um Kritik vorzubeugen, notierte er: „National-sozial? Wie schnell macht da die Presse ein ‚nationalsozialistisch‘ daraus. Na und? Auch dieser Begriff kann doch nichts dafür, daß er von den Machthabern mißbraucht wurde.“ (NE Nov./Dez. 1997, S. 24)

Auch die NPD sorgte sich um ein derartiges Missverständnis. In der Ära Voigt wurde im Parteiorgan *Deutsche Stimme* (DS) weitlich um die Begriffe „nationaler Sozialismus“ oder „Solidarismus“ gerungen (Puls 2012, S. 84–92), die Kam-

pagne, die die NPD 2008 in Reaktion auf die internationale Finanzkrise führte, stand unter dem Motto „Sozial geht nur national“. Im noch heute gültigen Parteiprogramm von 2010 bediente man sich allerdings des wissenschaftlich klingenden Begriffs „raumorientierte Volkswirtschaft“, der aber bereits 1996 von Per Lennart Aae (DS 10/1996, S. 7) und 1998 von dem „Nationalmarxisten“ Reinhold Oberlercher (DS 9/10 und DS 11/1998) in die innerparteiliche Debatte eingeführt worden war.²¹ Kanonische Form erhielt das Konzept der in einem hohen Maße autarken, „raumorientierten Volkswirtschaft“ durch ein Papier mit dem anspruchsvollen Titel „Grundlagen einer nationaldemokratischen Volkswirtschaftslehre“, das 2006 vom NPD-Parteivorstand veröffentlicht wurde (Aae et al. 2006). Begriffe wie „sozialer Nationalstaat“ oder „nationale Solidarität“ sind elementare Bestandteile des Konzepts.

Das Beispiel Schönhubers und der NPD zeigen, dass Höcke nicht der Erste ist, der sich in jüngerer Zeit um die Zusammenführung einerseits „patriotischer/nationaler“ (rechter) und andererseits „sozialer/sozialistischer/solidarischer“ (linker) Positionen bemüht hat. Zu nennen wären des Weiteren Benedikt Kaiser vom *Institut für Staatspolitik* (vgl. Kaiser 2020)²² oder Jürgen Elsässer (*Compact-Magazin*). Höckes Anspruch, durch diese Zusammenführung einen „höheren Standpunkt“ (Höcke und Hennig 2018, S. 137) zum „Wohle des Ganzen“ zu gewinnen, hat zudem ihr Vorbild in der „transversale[n] Denkweise“ eines Alain de Benoist, in deren Mittelpunkt die Idee einer „Synthese“ einer sowohl rechten als auch linken Denkungsart steht (Benoist 2012, S. 157). Politischer Ausdruck einer solchen Synthese ist das Konzept einer lagerübergreifende *Querfront* von links und rechts nach dem Motto: „Die Feinde meiner Feinde sind zwar nicht unbedingt meine Freunde, aber sie sind zwangsläufig meine Verbündeten.“ (ebd., S. 175f.)²³ Als gemeinsamen Feind („Hauptfeind“) definiert Benoist auf ökonomischer Ebene den „Kapitalismus und die Konsumgesellschaft“ (ebd., S. 176), auf politisch-kultureller Ebene den Liberalismus und auf geopolitischer Ebene die USA. Dieser Antikapitalismus, der sowohl von Benoist als auch, ihm folgend, von Benedikt Kaiser in jüngerer Zeit mit Rückgriffen auf Marx'sche Denkgestalten angereichert wird (vgl. Kaiser 2018), ist durchaus Implikat eines nationalsozialen Projekts, erhält aber durch die Koppelung mit dem völkischen Nationalismus eine alles andere als ‚linke‘ Gestalt.

21 Vgl. dazu Puls 2012, S. 92–98; Kellershohn 2013; Botsch und Kopke 2019.

22 Zu Kaiser vgl. Kellershohn 2020.

23 Benedikt Kaiser, aktuell einer der wichtigsten konzeptiven Ideologen der Neuen Rechten, hat zum Querfront-Konzept ein Buch geschrieben (Kaiser 2017).



VÖLKISCHER, ANTIKAPITALISMUS'

Die Bildung politischer Leitbegriffe oder Schlagworte wie „solidarischer Patriotismus“, „sozialer Patriotismus“ oder „nationaler Sozialismus“ beruht auf dem diskurstaktischen Unterfangen, dem politischen Gegner dessen zentrale Begriffe zu **entwenden** („Diskurspiraterie“) und sie – verfremdet – in einen anderen diskursiven Kontext zu stellen. Historisch gesehen gehören die Attribute „solidarisch“, „sozial“, „sozialistisch“ zum sprachlichen Inventar der Publizistik und Programmatik der Arbeiterbewegung bzw. der Arbeiterparteien – als Antwort auf die von ihr bzw. ihnen diagnostizierten und kritisierten Klassenstruktur der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. Man wandte sich gegen die Klassengesellschaft und den Staat als deren Repräsentanten und versuchte, auf unterschiedlichen Wegen (reformistisch/revolutionär) eine neue Gesellschaftsformation, ‚Sozialismus‘ genannt, herbeizuführen. Sowohl der Liberalismus als Ideologie des Besitzbürgertums als auch der (monarchische) Konservatismus der traditionellen Eliten in Landwirtschaft und den Staatsapparaten rechtfertigten die bestehende Gesellschaftsordnung, auch wenn es durchaus linksliberale wie konservative Kräfte gab, die zu Zugeständnissen in der sog. „sozialen Frage“ bereit waren. Erinnert sei an den Nationalsozialen Verein Friedrich Naumanns auf liberaler Seite oder an den sog. „Staatssozialismus“ bismarckscher Prägung, der allerdings mit einer Unterdrückung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung einherging.

Im Kaiserreich, um beim deutschen Beispiel zu bleiben, entstand aber bereits eine nicht-gouvernementale Rechte in den Antisemiten-Parteien seit den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts und dann in der Völkischen Bewegung um 1900, die sich quer zu den Fronten der gesellschaftlichen Auseinandersetzung formierte. Das Aufgreifen der sozialen Frage in Verbindung mit der Anrufung der deutschen Nation als klassenübergreifender Einheit sowie einer antisemitisch gewendeten Kapitalismus-Kritik führte zu neuen Wortbildungen (z.B. „deutscher Sozialismus“) und Parteinaamen (z.B. Deutschsoziale Partei). Unter veränderten Bedingungen konnten die Konservative Revolution und die NSDAP daran anknüpfen (vgl. Werth 1996).

Ausgangspunkt der angesprochenen Entwendungsstrategie ist das Gespür – nicht die theoretische Einsicht – der extremen Rechten für das buntscheckige Mit- und Gegen-einander sozialer Interessen an der Oberfläche der kapitalistischen Gesellschaft. Während die klassische bürgerliche Ökonomie mit ihrer Theorie der Produktionsfaktoren den

inneren Zusammenhang der Revenuequellen (Profit/Zins, Grundrente, Lohn) mit der Produktion von Wert und Mehrwert in die (anteilige und ‚gerechte‘) Verteilung des gesellschaftlich geschaffenen Neuwerts unter die am Produktionsprozess beteiligten „Faktoren“ auflöst, orientiert sich die antikapitalistisch argumentierende Rechte an den empirisch aufscheinenden Interessengegensätzen und deren ideologischen Verarbeitungsweisen, um sie mit ihrer Doktrin der „Volksgemeinschaft“ zum Verschwinden zu bringen. Sie verwandelt die Interessengegensätze, insbesondere soweit sie einerseits durch die organisierte Arbeiterbewegung, andererseits durch die organisierte Kapitalmacht repräsentiert werden, in ein scheinbar harmonisches Miteinander.²⁴ Das geschieht zum einen durch die Abspaltung national ‚unzuverlässiger‘ und ‚unproduktiver‘ Kräfte auf beiden Seiten: Das Kriterium bzw. der Vorwurf der Nicht-Arbeit exkludiert „Faulenzer und Müßiggänger“ (Höcke), Finanzkapitalisten und solche Kapitalisten, die die Gewinne ‚verprassen‘ oder in Steuerparadiese verschieben statt in die nationale Wirtschaft zu investieren. Idealisiert werden vor allem für den ‚heimischen‘ Markt produzierende mittelständische Unternehmen. Zum anderen werden die inneren Gegensätze in einen äußeren Gegensatz transformiert, indem die zu Volk und Nation zusammengefassten und vereinheitlichten Interessen (das übergeordnete „Dritte“) einem äußeren Feind gegenübergestellt werden, etwa in Gestalt des internationalen Finanzkapitals und der „globalistischen“ Eliten. Die antisemitische Aufladung sowohl des Vorwurfs der Nicht-Arbeit als auch des äußeren Feindes, der zudem geopolitisch beim Hauptkonkurrenten der nationalen Wirtschaft ‚verortet‘ wird (in der Regel die USA), tritt dann hinzu.²⁵

Der Externalisierung innerer Interessenkonflikte über ein „bipolares Innen-Außen-Schema“ (Dörre 2018, S. 53) korrespondiert die Schließung von Volk und Nation gegen die Folgen der Globalisierung, in erster Linie die Zuwanderung. In diesem Punkt zeigt sich das völkisch-nationalsoziale Hegemonieprojekt ‚konsequenter‘ als das erste Hegemonieprojekt. Nicht nur wird Zuwanderung generell abgelehnt und ökonomischen Nützlichkeitsabwägungen (Fachkräftezuwanderung) eine Absage erteilt, vielmehr sieht man es als langfristig vorrangige Aufgabe an, den sog. „Bevölkerungsaustausch“ als Folge von Zuwanderung rückgängig zu machen. Nach dem Vorbild der Identitären Bewegung bezeichnet etwa Höcke diese Aufgabe als ein „Remigrationsprojekt“ gesamteuropäischen Ausmaßes, nämlich als „geordnete Rückführung der hier nicht integrierbaren Migranten in ihre ursprünglichen Heimatländer“ (Höcke und Hennig 2018, S. 284).²⁶ Bei diesem Vorhaben, erläutert Höcke wei-

24 Bekanntlich gehörten Verfolgung und Verbot der organisierten Arbeiterbewegung zu den primären Zielen des Faschismus an der Macht, während er sich mit Kapitalinteressen arrangierte.

25 Zum Antiamerikanismus vgl. Harwardt 2019.

26 Von der Notwendigkeit einer „Rückführung“ sprach bereits das NPD-Programm von 2010.

ter, werde man „nicht um eine Politik der ‚wohltemperierten Grausamkeit‘, wie es Peter Sloterdijk nannte, herumkommen“, will sagen, „daß sich menschliche Härten und unschöne Szenen nicht immer vermeiden lassen werden“ (ebd., S. 254). Ethnische Homogenität, darf man wohl Höcke interpretieren, fordert eben ihren (gewaltsamen) Preis.

PRIMAT DER POLITIK: DER INTERVENTIONSSTAAT

Die elaborierteste Fassung des Konzepts „solidarischer Patriotismus“ stammt von Benedikt Kaiser, auf den im Folgenden näher eingegangen werden soll. Für Kaiser handelt es sich um den zentralen strategischen Begriff eines völkisch national-sozialen Projekts, was nicht zuletzt daran deutlich wird, dass er als ein Syntagma gedacht ist (ähnlich wie das Syntagma „Konservative Revolution“), das (vermeintliche oder reale) „Widersprüche“ aufhebt, die „gestern“ noch zu „Schlachten“ geführt hätten, nunmehr aber alle gemeinwohlorientierte[n] Kräfte aller Seiten“ verbinden könnte. Gemeint sind Widersprüche zwischen gesellschaftlichen Kräften, die sich historisch gesehen entweder stärker auf den Pol „Solidarität“ oder auf den Pol „Patriotismus“ bezogen haben. Im Klartext: es geht Kaiser um den Gegensatz links-rechts, um dessen „Synthese“ er sich bereits in früheren Arbeiten bemüht hatte. Auf dieser Idee der Synthese baut die Definition des „solidarischen Patriotismus“ auf:

„Solidarischer Patriotismus‘ kann als ‚rechter‘ Ansatz ‚linke‘ Elemente integrieren, wo es zielführend erscheint. Sein Ziel ist klar: ‚Solidarischer Patriotismus‘ strebt nach einem konstruktiven, zukunftsfähigen Verständnis einer gehegten sozialen Marktwirtschaft im Zeichen einer solidarischen und patriotisch rückgebundenen Leistungsgemeinschaft. ‚Solidarischer Patriotismus‘ ist eine Antwort auf die soziale Frage von rechts.“ (Kaiser 2020, S. 10)

Diese Definition verweist auf vier wesentliche Elemente:

1. Die Definition macht deutlich, dass es Kaiser nicht darum geht, die „soziale Marktwirtschaft“ aufzuheben und damit den zentralen Legitimationsbegriff der bundesrepublikanischen Wirtschaftsordnung außer Kraft zu setzen. Vielmehr unterscheidet er sie von einer kapitalistischen Ordnung. Es fände nur dann ein „Übergang von einer marktwirtschaftlichen zu einer genuin kapitalistischen Ebene“ statt, wenn „die dominierende Wirtschaftsweise kein Subsystem einer Volkswirtschaft mit dem Markt als zentralem Vermittler in-

nerhalb des wirtschaftlichen Teilbereichs ist, sondern das die gesamte Gesellschaft beherrschende Prinzip“ (ebd., S. 18). Letzteres sei in der „kapitalistischen Gesellschaft, nicht der marktwirtschaftlichen Gesellschaft“ der Fall. In der kapitalistischen Gesellschaft sei „alles eine Ware, das gesamte Leben in den Bedeutungszusammenhang der kapitalistischen Logik der Profiterzielung gestellt, was im Rahmen der fortwährenden Landnahme des Kapitals bedeutet, daß auch bisher nichtökonomische Bereiche des Lebens zunehmend ‚kommodifiziert‘ werden.“ (ebd.) Diese Übergriffigkeit führt Kaiser einerseits auf die „Herausbildung gefräßiger Monopole und Oligopole“ (ebd., S. 17), andererseits auf die schädlichen Wirkungen neoliberaler Politik, die den Staat zum „ausführenden Organ des Marktes“ (ebd., S. 19) herabsetze. Den deutschen Ordoliberalismus nimmt er ausdrücklich von diesem Vorwurf aus.

2. Der Rückgriff auf den von Carl Schmitt gebrauchten Begriff der „Hegung“, den dieser in seinen völkerrechtlichen Arbeiten der Nachkriegszeit verwendet („Hegung des Krieges“), impliziert, dass die Ordnung der sozialen Marktwirtschaft umkämpft und mit Feindschaftsverhältnissen durchzogen sein kann. Die bei Schmitt in seiner „Theorie des Partisanen“ vorgenommene Differenzierung bezieht sich auf den Grad der Feindschaft und darauf, dass „absolute“ Feindschaften nicht mehr einhegbar sind. Übertragen auf die soziale Marktwirtschaft bedeutet dies also, die sie durchziehenden Interessenkonflikte zu moderieren und eben einzuhegen. Diese Aufgabe steht dem Staat zu und ist Kern eines „Primat[s] der Politik“, den Kaiser weiter fasst als die ordoliberalen Idee eines liberalen Interventionismus. In der Frage, wie weit staatliche Interventionen greifen dürfen, greift Kaiser auf einen Vorschlag Götz Kubitscheks zurück, wonach die „politische Linie zur Befreiung des Staates [...] entlang der Begriffe Verstaatlichung und Konkurrenzlosigkeit“ (Kubitschek 2017, S. 19) verlaufen müsse. Die „Grundversorgung“, die Infrastruktur müsse staatlich monopolisiert und von einer abgespeckten Bürokratie organisiert werden. Weitergehend hält es Kaiser für angebracht, „Schlüsselindustrien und -bereiche in öffentliche Hand“ zu geben und dem „Profitstreben zu entziehen“ (ebd., S. 272). Zustimmend zitiert er den ukrainischen Nationalisten Mykola Szi-borskyj, der u.a. die Nationalisierung strategisch wichtiger Bereiche der Wirtschaft (z.B. Schwerindustrie) forderte und neben Privatunternehmen in der Leicht- und Konsumgüterindustrie auch genossenschaftliche Initiativen zulassen wollte.²⁷ Auch Werner Sombart habe in seinem Buch „Deutscher Sozialismus“ (1934) ein „Nebeneinanderbestehen und In-

27 Szi-borskyj war zuletzt (1940) Mitglied der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) und gehörte der Melnyk-Fraktion (OUN-M) an. Szi-borskyj wurde durch ein mutmaßliches Mitglied der faschistischen Bandera-Fraktion (OUN-B) bei einem Attentat getötet. Sein Buch „Natiokratie“ (1935) erschien 2020 im Jungeuropa-Verlag (Leiter: Philip Stein), der behauptet, Szi-borskyj sei einem sowjetischen Terroranschlag zum Opfer gefallen.



einandergreifen einer bunten Fülle von Wirtschaftsformen und Wirtschaftssystemen“ (ebd., S. 46) vertreten.²⁸ Eine solche gemischte Ökonomie begrüßt Kaiser ebenso wie eine „gesteuerte soziale Marktwirtschaft“ (ebd.).

3. Der Begriff der „Leistungsgemeinschaft“ ist bekanntlich hochgradig ‚vorbelastet‘. So heißt es beispielsweise im Organisationsbuch der NSDAP von 1943:

„An die Stelle des Klassenkampfes trat die Volksgemeinschaft. In der Deutschen Arbeitsfront findet diese Volksgemeinschaft ihren sichtbaren Ausdruck durch den Zusammenschluß schaffender Deutscher der Stirn und der Faust. Das Ziel der Deutschen Arbeitsfront ist die Bildung einer wirklichen Volks- und Leistungsgemeinschaft aller schaffenden Deutschen. Die Deutsche Arbeitsfront hat dafür zu sorgen, dass jeder einzelne seinen Platz im wirtschaftlichen Leben der Nation in der geistigen und körperlichen Verfassung einnehmen kann, die ihn zur höchsten Leistung befähigt und damit den größten Nutzen für die Volksgemeinschaft gewährleistet.“ (zit. nach Schmitz-Berning 2007, S. 386)

Auch wenn Kaiser den Begriff der Volksgemeinschaft nicht verwendet und sich von dem nationalsozialistischen Verständnis distanziert (Kaiser 2020, S. 93ff.), argumentiert er vom Standpunkt einer „volksverbundene[n] Sicht“, die die Erhaltung des Volks als „Subjekt der Geschichte“ (ebd., S. 240) zum Maßstab eines wirtschafts- und sozialpolitischen Konzepts macht. In diesem Zusammenhang verdeutlicht Kaiser die Abgrenzung der beiden Hegemonieprojekte dahingehend, dass die Idee des Sozialstaates im völkischen Sinne positiv konnotiert werden müsse. „Deutschland hat sich den Sozialstaat aufgebaut, und für Deutschlands Volk wurde er konzipiert – nicht hingegen für multikulturalistische Experimente.“ (ebd., S. 39) Der Sozialstaat dürfe im Prinzip nur denjenigen zu Gute kommen soll, die zum deutschen Volk gehören. Es geht also nicht, so Kaiser, „um die Abschaffung des Sozialstaates oder gar um den vollständigen Rückbau des Staates, wie – mit unterschiedlichem Forderungsumfang – von einigen Libertären [...] und hayekianischen

AfD-Politikern geträumt wird [...]. Denn so unstrittig es ist, daß Inhalte und Ausgreifen des Sozialstaates diskutiert werden müssen, so unstrittig ist für eine dezidiert (neu-)rechte Positionierung die grundsätzlich positive Wahrnehmung des Staates als Organisationsform eines Volkes.“ (ebd., S. 40f.)

4. Der „solidarische Patriotismus“ bzw. das völkisch-nationalsoziale Hegemonieprojekt wendet sich gegen „Einkommens- und Vermögensunterschiede“, die ein „gesundes (!) Maß“ (ebd., S. 266) überschreiten, oder allgemeiner, um Björn Höcke zu zitieren, gegen die „Dominanz und Extremisierung eines Produktionsfaktors – des Kapitals“ (Höcke und Hennig 2018, S. 250) sowie gegen die sog. globalistischen Eliten und „Kapitalanhäufung ohne Leistung“ (ebd., S. 251). Adressiert wird die Mittelschicht, deren Bestimmung freilich qualitativ unterschiedliche soziale Gruppen zusammenfasst: Sie „reicht vom Facharbeiter bis zum Handwerksmeister, vom Selbständigen bis zum Unternehmer mit einem Dutzend oder hunderten Mitarbeitern“ (ebd., 234). Subsumiert unter das Etikett ‚Leistungsträger‘, können sie gleichwohl in jeweils bestimmter Weise angesprochen werden, beispielsweise, wenn „Zentrum Automobil“, eine dem Institut für Staatspolitik nahestehende, als „alternative Gewerkschaft“ sich verstehende Gruppierung Betriebspolitik in der Automobilindustrie betreibt (vgl. Kellershohn 2022). Das politische Ziel des Projekts definiert Alain de Benoist, geistiger Ziehvater Kaisers, gramscianisch dahingehend, dass es im Kontext der neoliberalen, globalistischen Gefährdung der „Mittelklasse“ wünschenswert wäre, wenn sich „die Bestrebungen der Arbeiterklassen und der mittleren Klassen dazu, einander“ begegnen würden: „Die einen wie die anderen könnten letztendlich einen neuen ‚historischen Block‘ hervorbringen, dessen Rolle sich als entscheidend herausstellen könnte (Benoist 2021), nämlich für die Herausbildung eines neuen Staatsprojekts. Kaiser spricht von einem „Umbau des Staates“ (Kaiser 2020, S. 269), dessen neue Konturen freilich im Vagen bleiben, sieht man einmal davon ab, dass er sich positiv auf Benoist's Konzept der „organischen Demokratie“ bezieht (ebd., S. 230).

28 Zitat nach Sombart 1934, S. 295. Dort heißt es weiter: „Private Eigenwirtschaft und Marktwirtschaft und kollektive Bedarfsdeckungswirtschaft [...] werden da sein; Bauern- und Guts- und Staats- oder Gemeinwirtschaft werden da sein. Und auch die kapitalistische Unternehmung wird nicht fehlen, denn es wird immer noch [...] zahlreiche Aufgaben des Wirtschaftslebens geben, die am besten in kapitalistischer Form gelöst werden können.“ (295f.)



Fazit:

Die beiden Hegemonieprojekte im Vergleich

Aus hegemonietheoretischer Sicht müssen vier Aspekte hervorgehoben werden:

1. Hegemonieprojekte setzen sich aus einer (begrenzten) Vielfalt von Akteuren mit unterschiedlichen Konzepten, Strategien und Taktiken zusammen. Gleichwohl gibt es Dominanzen, die überhaupt erst Bündnisse ermöglichen. Im Falle der untersuchten Hegemonieprojekte liegt das Hauptgewicht jeweils auf den jungkonservativen Fraktionen um die *Junge Freiheit* bzw. das *Institut für Staatspolitik*.
2. Hegemonieprojekte stehen im Verhältnis der relativen Differenz zueinander, sie können gewichtige ideologische und politische Gemeinsamkeiten aufweisen. Wie schwer Differenzen bzw. Gemeinsamkeiten wiegen, hängt von der konkreten historisch-politischen Situation (die „Lage“) und deren Beurteilung(en) sowie den Ressourcen ab, die mobilisiert werden können. Zu den Gemeinsamkeiten der untersuchten Hegemonieprojekte gehören die Basisideologeme des völkischen Nationalismus, die in unterschiedlichen, mal starken, mal schwachen Ausprägungen geteilt werden. Einigkeit besteht in der mehr oder weniger deutlichen Abgrenzung gegen supranationale Institutionen (EU, Euro) sowie der mehr oder weniger konsequenten Schließung gegen Zuwanderung und Migration. Geteilt wird zudem der „Gramscismus von rechts“, d.h. die Notwendigkeit einer metapolitischen und kulturevolutionären Strategie der Machteroberung im vorpolitischen Raum. Diese Gemeinsamkeiten, auch die Forderungen nach einem „Staatsumbau“, verbinden, sie sind aber aufgrund ihrer relativen Unbestimmtheit nicht konstitutiv für das je besondere Hegemonieprojekt. Umgekehrt erfahren sie ihre Bestimmtheit und Konkretisierung im Kontext der

mit dem jeweiligen Hegemonieprojekt verfolgten Strategien und Ziele.

3. Konstitutive Elemente sind *erstens* die unterschiedlichen Strategiekonzepte zur ‚Ordnung‘ der Markt-Staat-Verhältnisse. Diesbezüglich variieren sie im völkisch autoritär-liberalen Hegemonieprojekt zwischen dem klassisch-ordoliberalen Konzept eines starken Staates, der unparteiisch und machtvoll über den wirtschaftlichen Interessenkämpfen steht, gleichwohl aber unter bestimmten Bedingungen marktkonform intervenieren kann, und den Konzepten eines „Minimalstaates“, der sich auf hoheitliche Aufgaben beschränkt („Rechtsschutzstaat“), oder gar „Nullstaates“, wie er von anarchokapitalistischer Seite präferiert wird. Auf der Seite des völkisch-nationalsozialen Projekts wird dagegen der sog. „Primat der Politik“ eingefordert, der unter Bezugnahme auf ‚antikapitalistische‘ Argumentationsfiguren das Konzept einer staatlich gehegten, gemischten Wirtschaftsordnung und „gesteuerten sozialen Marktwirtschaft“ verfolgt, von dem angenommen wird, dass es am ehesten mit der ideologischen Prämisse einer Leistungs- und Volksgemeinschaft zu vereinbaren ist. Das Interventionsrecht des Staates wird in diesem Fall erheblich ausgeweitet.

Konstitutiv ist *zweitens* der differierende Bezug auf den Sozialstaat. Im ersten Fall variieren die Vorstellungen zwischen dem Konzept einer „Verschlankung“ des Staates, das auf den Rückbau sozialstaatlicher Leistungen zielt, und einer grundsätzlichen Ablehnung des Sozialstaates zugunsten rein privat organisierter Vorsorge- und Unterstützungsmodelle. Die Kritik des Sozialstaates moniert also nicht nur dessen angebliche „Magnet“-Wirkung auf ‚volksfremde‘ Migrant_innen,



sondern greift auf dessen innerstaatliche Funktionen über. Vereinfacht könnte man von einer – graduell abgestuften – negativen Sichtweise des Sozialstaates sprechen. Im zweiten Fall liegt das Bestreben vor, das Kampffeld des Sozialstaates positiv zu besetzen und im Sinne der beschriebenen Querfrontstrategie einen „völkischen Sozialstaat“ zu kreieren, in dem laut Björn Höcke der „Deutsche [mehr] bekommt [...] als der Ausländer, weil es ja auch sein Land ist“ (Höcke und Elsässer 2019).

4. Diese sich gegenüber dem Sozialstaat unterscheidenden Positionierungen verweisen auf unterschiedliche Adressierungen. Dass die *Junge Freiheit* sich an besitz- und bildungsbürgerliche Kreise wendet, ihre publizistische Arbeit an die „Mitte der Gesellschaft“ adressiert und die Einflussnahme auf die bürgerlichen Parteien sucht, ist hinlänglich bekannt und nachgewiesen worden. In diesem Sinne hat sie auch in die AfD hineingewirkt (vgl. Kellershohn 2015). Was *eigentlich frei* anbetrifft, äußert sich André F. Lichtschlag dahingehend, dass die Zeitschrift „mehr als 40 Prozent Selbständige unter den Lesern“ habe: „Unsere selbständigen Leser sind fast immer Familienunternehmer – und inhaltlich sind sie sehr häufig traditionsbewusst, konservativ und christlich, ganz so, wie es meiner Vermutung über die Konsequenz der Umsetzung libertärer Ideen entspricht“ (Lichtschlag 2017b, S. 119). Demgegenüber liegt das zweite Hegemonieprojekt auf der Linie des von Alain de Benoist umrissenen „historischen Blocks“. Benedikt Kaiser sieht die Bedingungen für die Entwicklung eines solchen Blocks vor allem im „Osten der Republik“ (Kaiser 2020, S. 274) gegeben. Ostdeutschland sei der „Hoffungsanker alternativer Politikvorstellungen“ (ebd., S. 273), gemeint ist damit das Zusammenspiel einer „Mosaik-Rechten“, bestehend aus fundamentaloppositioneller Parlamentspartei (i.e. eine AfD unter Führung Höckes), sozialen Bewegungen von rechts und einer Avantgarde von „integrierende[n] Bewegungsinтеллектуelle[n]“ (Kaiser 2019, S. 37).

5. Wie weit das völkisch-nationalsoziale Hegemonieprojekt sich *innerhalb* der AfD auch auf der programmatischen Ebene etabliert hat, lässt sich am Bundestagswahlprogramm der AfD 2021 ablesen (AfD-Alternative für Deutschland 2021) (vgl. Kellershohn 2021b).²⁹ In einem insgesamt gesehen noch völkisch-neoliberalen

Programm wurden vom Höcke-Flügel vier fundamentaloppositionelle Entscheidungen verankert:

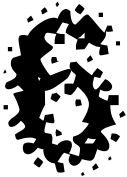
- „Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union“ (S. 28)³⁰ und die Rückführung der EU in einen „Staatenbund souveräner Staaten“ (S. 27) bzw. zu einem „Europa der Vaterländer als einer Gemeinschaft souveräner Staaten“ (S. 26)
- die Aufkündigung des „untergehenden Euro-System[s]“ (S. 48) durch die „Wiedereinführung“ (S. 49) nationaler Währungen („ggf. unter paralleler Beibehaltung des Euro oder einer ECU-ähnlichen flexibleren Verrechnungseinheit“)
- die Ablehnung der Zuwanderung qualifizierter Zuwanderer nach dem kanadischen Modell unter Berufung auf den „japanischen Weg“ (Björn Höcke)³¹
- die Zurückweisung des von Jörg Meuthen vertretenen neoliberalen Rentenkonzepts, das eine Kombination aus steuerfinanzierter Grundrente und privater Altersvorsorge beinhaltet (vgl. Bongers und Kellershohn 2021).

Die Debatten auf dem jüngsten Bundesparteitag in Riesa lassen ahnen, dass demnächst weitere Veränderungen der AfD-Programmatik im Sinne des völkisch-nationalsozialen Hegemonieprojekts zu erwarten sind.

29 Zitiert im Folgenden nach: <https://www.afd.de/wahlprogramm/>

30 Die Forderung nach einem ‚Dexit‘ auf dem Bundesparteitag, die im Leitantrag wie im Europawahlprogramm nur als ultima ratio enthalten war, wurde in der *Jungen Freiheit* vom ‚Abendländler‘ David Engels heftig als unklug und – vom Standpunkt einer ‚Großraumwirtschaft‘ – als antiquiert kritisiert (vgl. Engels 2021).

31 Der diesbezügliche Antrag wurde vom AfD-Landtagsabgeordneten Andreas Lichert eingebracht, der zum Personal des Instituts für Staatspolitik gehört. Inspiriert war der Antrag von einer Broschüre Jan Moldenhauers, die unter dem Titel „Japans Politik der Null-Zuwanderung – Vorbild für Deutschland“ vom Institut für Staatspolitik veröffentlicht wurde (Moldenhauer 2018).



Ideengeschichtliche Bezüge und Kontinuitätslinien

Die Darstellung der neurechten Hegemonieprojekte hat gezeigt, dass deren Hauptakteure zum einen im Kreis der *Jungen Freiheit*, zum anderen im Kreis des *Instituts für Staatspolitik* zu suchen sind. Diese beiden jungkonservativen Fraktionen unterscheiden sich allgemein in ihrer politisch-strategischen Orientierung (vgl. Kellershohn 2015), im Besonderen aber auch in ihrer wirtschafts- und sozialpolitischen Ausrichtung. Im Folgenden soll entwickelt werden, dass die bestehenden Differenzen auf entsprechende Konstellationen im Jungkonservatismus der Weimarer Republik, genauer gesagt ihrer Auflösungsphase, verweisen.

1. Der Begriff des „Jungkonservatismus“ ist ein Produkt der Nachkriegszeit nach Ende des Ersten Weltkrieges. Karlheinz Weißmann zitiert einen Artikel des evangelischen Geistlichen Dr. Pfannkuche „Wir Jung-Konservativen“ aus der *Täglichen Rundschau* vom 8. Februar 1919 als Beleg, bemerkt aber, dass sich der Begriff „nur langsam“ durchgesetzt habe (Mohler und Weißmann 2005, S. 115; im Folgenden MW abgekürzt). In der Zeitschrift *Gewissen* (17.11.1924) schreibt Heinrich von Gleichen, neben Moeller van den Bruck der führende Jungkonservative: „Wir Jüngeren unter den konservativen Politikern haben uns niemals auf Einrichtungen festlegen wollen. Wir wußten, daß der konservative Charakter [sic!] und nicht die konservative Institution entscheidet. [...] Der Ruf jungkonservativ gilt der Sammlung von Männern, die zum Kampf bereit sind! [...] Wir jungen Konservativen müssen uns darüber klar sein, daß unser Ziel: das nationale Reich konservativen Aufbaus nicht in raschem

Sturm erobert werden wird, sondern in lang andauerndem zähen Ringen, bei dem das Menschenmaterial entscheidend sein wird, daß wir von Rechts her aufbringen.“ (zit. nach Elfert 2018, S. 10; Fn. 7).

Das Zitat ist aus mehreren Gründen von Interesse:

- Die Jungkonservativen (alles „Männer“!) lehnten nach der Revolution 1918/19 und der Etablierung der Republik die Rückkehr zur Monarchie ab, deren „konservativen Charakter“ sie bestritten. Damit standen sie im Gegensatz zu den „Alt“-Konservativen, z.B. den Deutschnationalen in der DNVP. Das Leitbild der Jungkonservativen prägte Albrecht Erich Günther, wonach der Konservatismus „nicht ein Hängen an dem [ist], was gestern war, sondern ein Leben aus dem, was immer gilt“ (Günther 1931). Weißmann betont, dies sei die „gültige Formulierung des Hauptanliegens der Jungkonservativen“ (MW, 134). Die *Junge Freiheit* (JF) hat Günthers Satz in ihr Leitbild aufgenommen. Ihr Chefredakteur Dieter Stein definiert als das ewig Geltende: „Konservativ ist organische Ordnung, natürliche Hierarchie und Autorität gegen die Utopie totaler Gleichheit und die Idee völliger Machbarkeit.“ (Thaler 2011, S. 95)
- Armin Mohler unterscheidet in seiner (ursprünglichen) Darstellung der „Konservativen Revolution“³² drei Essentials des Jungkonservatismus. Im Zitat von Heinrich von Gleichen wird eins davon angesprochen, nämlich

32 Die erste Ausgabe der „Konservativen Revolution“ von Armin Mohler erschien 1950. Die Ausgabe von 2005 – hier als MW zitiert – wurde von Weißmann verantwortet, auch wenn der bereits verstorbene Mohler weiterhin als Autor, gewissermaßen ehrenhalber, geführt wurde. Diese 6. Auflage ist nicht identisch mit den früheren Auflagen.



die Verfolgung der Reichsidee³³: das „nationale Reich“ oder, in anderer Diktion, das „großdeutsche Reich“. Heute würden die Jungkonservativen sagen: Es geht um die Herstellung der nationalen Souveränität (wobei man sich zumindest aktuell mit den Grenzen von 1990 bescheidet). Daneben wird von Mohler ein „starker christlicher Einschlag“ hervorgehoben, der sich auch heute in der JF findet. Und zuletzt die „Betonung juristischer Gedankengänge“, womit Mohler auf die Vorliebe für verfassungsrechtliche Entwürfe und Eingriff anspielt, wie sie in der Endphase der Weimarer Republik zuhauf von jungkonservativer Seite vorgetragen wurde (vgl. z. B. Ishida 1988, S. 78–104). Im weitesten Sinne bezieht sich dies auch auf die vielfältigen Entwürfe einer neuen Wirtschaftsverfassung.

Zum Teil tauchen diese Essentials in lexikalischer Form in der 15. Auflage des „Großen Brockhaus“ (Band 9, 1930) auf. Der anonyme Autor – es handelt sich um Max Hildebert Boehm (MW, S. 115, Fn. 416) – führt den Begriff „jungkonservativ“ als Bezeichnung für die Gruppen ein, die die „... Ablehnung des Massen- und Parteienstaates der westeuropäischen Demokratie, eine ständisch-korporative Gesellschaftserneuerung, das unabhängige, verantwortliche Führertum im staatlichen Leben, die Bekämpfung des Versailler Vertrags und der sogenannten Erfüllungspolitik“ (zit. nach MW, S. 115) vertraten.

2. Unter den Strömungen der „Konservativen Revolution“, so Weißmann, waren die Jungkonservativen die „einflußreichste“: „Ihre Verbindungen zum literarischen und künstlerischen Leben, zu wichtigen Persönlichkeiten aus Staatsführung, Militär und Wirtschaft erklären etwas von diesem Sachverhalt.“ (MW, S. 115) Ähnlich sieht dies Elfert, der noch das akademische Milieu ergänzt (Elfert 2018, S. 11). Diese Verbindungen, das betonen beide, beruhten nicht auf einer parteiförmigen Organisation, vielmehr „typischer waren Zirkelbildungen und die Sammlung um verschiedene Zeitschriften und deren führende Mitarbeiter“ (MW, S. 115). Die Jungkonservativen hatten „Zugang zu den größeren Presseorganen der Rechten (der *Deutschen Allgemeinen Zeitung* oder dem *Tag*), vor allem aber profitierten sie von der Verbindung mit den einflussreichsten Verlagen, die man der Konservativen Revolution zurechnen kann (Hanseatische Verlagsanstalt, Langen-Müller, Diederichs).“ (MW, S. 115) Insofern ist Elfert zuzustimmen, wenn er die Jungkonservativen als „intellektuelles Elitephänomen“ (Elfert 2018, S. 11) deklariert. Sie betrieben, wenn man so will, einen Elitediskurs in praktisch-politischer Absicht. Sie suchten den Brückenschlag zu den kurz- und mittelfristigen Interessen der konservativen republikfeindlichen Eliten, die die Durchsetzung ihrer Interessen nicht von den Heilsversprechungen einer völkischen Revolution (von unten) oder dem Umsturz-

gerede der Nationalrevolutionäre abhängig machen konnten, sondern um praktikable Konzepte eines Machtausbaus auch im Rahmen der an sich abgelehnten republikanischen Ordnung nachsuchten, bis es dann 1932 um die Beseitigung dieser Ordnung ging (zunächst in Form einer „Revolution von oben“). In diesem Sinne fungierte in der Weimarer Republik, vor allem aber in ihrer Endphase, der Jungkonservatismus mit seinen verschiedenen Unterströmungen (z.B. Deutscher Herrenklub, Tat-Kreis) als ein durchaus modern anmutendes Netzwerk der Politikberatung. In der Zeit der Präsidialkabinette wurden unterschiedliche politische Konstellationen auf höchster Ebene unterstützt, so von Seiten der Volkskonservativen (Teilstromung des Jungkonservatismus, die sich – Ausnahmefall – parteiähnlich zu organisieren suchten und bei Wahlen antraten) die Regierung Brüning, vom Deutschen Herrenklub der „Neue Staat“ v. Papens oder vom Tat-Kreis die Querfrontstrategie v. Schleichers.

3. Die Entwicklung der Jungkonservativen in der Weimarer Republik ist durch starke Umbrüche geprägt, die sich in etwa parallel zu den Umbrüchen der Republik vollzogen. Niedergeschlagen hat sich dies in den unterschiedlichen Staats- und Wirtschaftskonzeptionen. Elfert (2018) hat deren Entwicklung akribisch nachvollzogen. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen steht zum einen der sog. Ring-Kreis: „Dieser umfasste zu unterschiedlichen Zeiten verschiedene Organe wie den Juni- und den Herrenklub, einige kleine Klubs wie den Jungkonservativen Klub und über das ganze Reich verteilte Herrengesellschaften, die Periodika *Gewissen* und *Der Ring*, den Ring-Verlag und das als politische Hochschule angedachte Politische Kolleg mit verschiedenen „Arbeitsstellen.“ (Elfert 2018, S. 12).

In der Endphase der Republik ist der Deutsche Herrenklub um Heinrich von Gleichen und Walther Schotte von überragender Bedeutung (mit einem hohen Anteil an Adligen; Reichskanzler von Papen war Mitglied). Wirtschaftspolitisch macht dieser Kreis seit 1928 und erst recht nach Ausbruch der großen Krise Front gegen den sog. Staatssozialismus. Die Argumente erinnern an heutige neoliberale Gedankengänge, damals standen sie dem „neuen Liberalismus“ Alexander Rüstows und den Thesen Carl Schmitts nahe. Dazu schreibt Stefan Breuer:

„Im Ring hatte man keinen Zweifel, daß die gewaltige Steigerung, die der Staatssozialismus mit dem Übergang zur Massendemokratie erfahren habe, für die Schwierigkeiten verantwortlich sei, in denen sich die deutsche Wirtschaft befinde. Das Sozialprodukt komme nicht mehr durch den natürlichen Ausgleich der Kräfte zur Verteilung, sondern durch künstliche, d.h. staatliche Maßnahmen. Die Politisierung der deutschen Wirtschaft sei der ‚Urgrund der strukturellen

33 Zum Folgenden vgl. Mohler 1950, S. 172ff.

Krise, der eben deshalb nur mit Strukturveränderungen zu begegnen sei: mit dem ‚Abbau des Staatssozialismus‘, mit der Rückkehr ‚zu Grundsätzen relativer Freiheit für die Wirtschaft‘ [...]. Es sei höchste Zeit, ‚den totalen Staat auf den essentiellen Staat zu reduzieren‘, indem man all das beseitige, was die Selbstregulierungskräfte der Wirtschaft unterdrücke: ‚Versicherungsexorbitanz‘, die Tarifherrschaft, die staatliche Preiskontrolle und den ‚Steuerwahnsinn‘ [...].“ (Breuer 2001, S. 215)

Die andere Gruppe, die Elfert als Gegenpol untersucht, ist der Tat-Kreis um Hans Zehrer (später Chefredakteur der Springer-WELT), Giselher Wirsing, Ernst Wilhelm Eschmann und den Wirtschaftsexperten Ferdinand Fried (i.e. Ferdinand Friedrich Zimmermann). Dieser Kreis „beeinflusste zwar nur wenige Jahre [1929-1932] das jungkonservative Staats- und Wirtschaftsdenken, aber sein Denken war so grundverschieden von dem des Ring-Kreises, dass er als zweite bedeutende, intellektuell unabhängige Gruppe innerhalb des jungkonservativen Denkens gelten muss.“ (Elfert 2018, S. 13)

Breuer konstatiert hier einen Staatssozialismus von rechts, der Tat-Kreis bevorzugte den Begriff „Deutscher“ oder „Nationaler Sozialismus“ (Fritzsche 1976, S. 167–184; Eberhardt 2019, S. 49). Elfert erkennt vor allem mit Blick auf Ferdinand Fried eine „autoritäre, autark-nationale Planwirtschaft“, die, sicherlich auch zeitbedingt, weit über das hinausgeht, was heute Benedikt Kaiser propagiert. Breuer gibt einen Einblick in den Maßnahmenkatalog des Tat-Kreises:

„Zehrer forderte die Einführung eines staatlichen Außenhandelsmonopols [...], die Sozialisierung der Banken, der Schifffahrt und der subventionierten Teile der Industrie, ferner eine grundlegende Neuordnung des Kapitalbesitzes durch eine scharfe Vermögens- und Erbschaftssteuer und eine Aktienreform sowie die Durchführung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Eschmann und Fried ergänzten diesen Katalog um die Forderung nach Abkoppelung von der Goldwährung, Zerschlagung des Großgrundbesitzes, genossenschaftlicher Durchorganisation der Klein- und Mittelbauern, staatlicher Aufsicht und Kontrolle über die gesamte Getreide- und Viehwirtschaft sowie Einschränkung oder Aufhebung der Gewerbefreiheit. Zur Behebung der akuten Probleme insbesondere auf dem Arbeitsmarkt schlugen sie eine staatliche Krediterschöpfung vor, wie sie dann, allerdings mit rüstungswirtschaftlicher Ausrichtung, nach 1933 erfolgte.“ (Breuer 2001, S. 220)

Die Gegenüberstellung von Herrenklub und Tat-Kreis zeigt deutliche Parallelen zu den heutigen Debatten. Im Grunde genommen erklären sich diese Auseinandersetzungen und deren Wiederholungen, sieht man vom jeweiligen historisch-situativen Kontext und den sich verändernden gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnissen ab, aus den grundlegenden Strukturen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, d.h. aus der Doppelung von Staat und Gesellschaft und deren ideologische Bearbeitung. Beharrt der autoritäre Liberalismus der „neuen“ Liberalen bzw. später der Ordoliberalen auf der Trennung von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft, was die Kritik des ‚ausufernden‘ Sozialstaates impliziert, so das nationalsoziale Projekt auf dem „Primat der Politik“ mit dem Ziel der Errichtung einer „Leistungs“- respektive „Volksgemeinschaft“ und eines völkischen Sozialstaats.



Themenfeld Mittelstandspolitik: Der Mittelstands-Diskurs in Medien der Neuen Rechten³⁴

VORÜBERLEGUNGEN

In den letzten Jahren standen vor allem Rassismus und Sexismus im Blickfeld der öffentlichen Wahrnehmung. Spätestens seit Beginn der Pandemie ist auch *Klassismus* – die Benachteiligung aufgrund der sozialen Klasse – in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Es geht dabei um ökonomische Verhältnisse, die aufgrund von Produktions- und Verteilungsstrukturen durch Ungleichheit gekennzeichnet sind, um den sozialen Status, welcher durch Diskriminierungs-, Stigmatisierungs- und Ausgrenzungspraktiken gefestigt wird sowie um ungleiche (Zugangs-)Rechte und politische Repräsentation. Warum wird beispielsweise der Beruf der Pflege – obwohl ‚systemrelevant‘, wie zuletzt betont wurde – nicht besser bezahlt? Der kurze Moment der Dankbarkeit für die meist weiblichen Personen aus diesen ‚systemrelevanten‘ Berufsgruppen während der Pandemie, hat keinen nachhaltigen Einfluss auf die Bezahlung und die Veränderung des sozialen Status erzeugt. Hier wird deutlich, wie dauerhaft und wirkmächtig Formen der Ungleichheit und Diskriminierung, in diesem Falle bezogen auf Geschlecht und Pflegearbeit,³⁵ in unserer Gesellschaft verankert sind.

Es gehört zu den grundlegenden Einsichten der Intersektionalitätsforschung (vgl. z.B. Winker/Degele 2010), dass sich die verschiedenen Diskriminierungsmechanismen wie Rassismus, Sexismus, Klassismus etc. überlagern. Christoph

Butterwegge verweist jedoch auf ihren einheitlichen Verursachungszusammenhang, wenn er betont, dass die

„Praktiken der Diskriminierung wegen des Geschlechts, der sexuellen Orientierung oder der ethnischen Herkunft einer bestimmten Personengruppe [...] letzten Endes aus einer bestimmten Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur [erwachsen]. Zwar darf man Phänomene wie Sexismus, Rassismus, Antisemitismus und Antimuslimismus nicht als bloßen ‚Nebenwiderspruch‘ des Kapitalismus abtun, weil es sich dabei um eigenständige, für die Betroffenen existenzielle Probleme handelt. Gleichwohl geht es nicht um individuelle Verfehlungen der (Gewalt-)Täter, sondern um Erscheinungen, die strukturell im Kapitalismus, Kolonialismus und Imperialismus angelegt sind.“ (Butterwegge 2020, S. 13f.)

Die Analyse von Ungleichheitsverhältnissen und den darin involvierten Diskriminierungspraktiken erfordert, folgt man Butterwegge, die Bezugnahme auf die grundlegenden *gesellschaftlichen Strukturen* mit ihren Herrschafts- und Machtverhältnissen (und damit auf den Kapitalismus), die sich im Handeln der Individuen niederschlagen. Anders ausgedrückt: Die Diskriminierungspraxis des Klassismus, das war der Ausgangspunkt, setzt den Begriff der Klasse als

³⁴ Eine erste Fassung des folgenden Kapitels, nunmehr ergänzt, wurde im DISS-Journal, Sonderausgabe 4 (August 2021) „Neue Rechte und AfD“ veröffentlicht (S. 46-53)

³⁵ Im Bereich der Pflegearbeit sind zudem viele migrantische Arbeitskräfte tätig.



einer Strukturkategorie voraus. Daher soll im Folgenden der Begriff der Klasse näher erläutert werden.

UNGLEICHHEIT UND SOZIALE KLASSEN

Nach Marx und Engels sind Ungleichheitsverhältnisse (z.B. Einkommens- und Vermögensverhältnisse, ungleicher Zugang zu Bildungsinstitutionen) eine kollektive Gegebenheit, welche in der Klassenstruktur der Gesellschaft gründet. Klassen verkörpern die sozioökonomischen Herrschaftsstrukturen einer Gesellschaft (vgl. Butterwegge 2020, S. 46). Im Kapitalismus stehen die *Hauptklassen* in einer antagonistischen Ausbeutungsbeziehung zueinander. Die Arbeiter_innenklasse produziert gegen Lohn ein Mehrprodukt (bzw. wertmäßig ausgedrückt einen Mehrwert), das sich die Klasse der Kapitalbesitzer aneignet, weil sie über die Produktionsmittel als ihr Eigentum verfügt. Es sind dies objektive Kriterien, anhand derer entschieden werden kann, welche Stellung eine Person im ökonomischen Prozess hat und welcher Klasse jemand damit angehört. Mit der Klassenzugehörigkeit sind gewisse Interessen und Bedürfnisse verbunden (Klasseninteressen): Kapitalbesitzer streben höhere Gewinne an, Lohnarbeiter_innen sind daran interessiert, ihre Einkommenssituation zu erhalten bzw. zu verbessern (vgl. Lütten 2021, S. 212f.). Klassenlagen führen allerdings nicht automatisch zu einer Klassenidentität und gemeinsamen Interessen, welche dann auch politisch umgesetzt werden könnten. Dafür bedarf es einer aktiven Vermittlung beispielsweise durch Gewerkschaften oder Parteien. Ist dies nicht gegeben, spricht man von einer ‚demobilisierten Klasse‘ (vgl. Butterwegge 2020, S. 52-53). Wirken aber Parteien oder Gewerkschaften als Beschleuniger eines Bewusstseinswandels, so kann aus einer Klasse, die sich zunächst ihrer Ausbeutung und den Ursachen ihrer sozialen Stellung nicht bewusst ist, dennoch eine ‚mobilisierte Klasse‘ werden (vgl. ebd., S. 53).

Es versteht sich, dass es sich hier um das vielzitierte und vereinfachte Zweiklassen-Modell handelt. Marx hat dieses Modell im „*Kapital*“ und in seinen politischen Schriften (z.B. in der Bonapartismus-Analyse) differenziert. Und bereits im *Kommunistischen Manifest* ist die Rede von Zwischenschichten, von denen er später annahm, dass sie mit der stetigen Erweiterung der kapitalistischen Reichtumsproduktion umfangmäßig nicht ab- sondern zunehmen.³⁶ Um ihre theoretische Erfassung drehen sich seit den 1920er Jahren die modernen Klassenanalysen. Thomas Sablowski beispielsweise unterscheidet für die gegenwärtige deutsche Gesellschaft neben den zwei Hauptklassen die mittlere Bourgeoisie, das Kleinbürgertum und die lohnabhängige Mittelklasse. Die einzelnen Klassen bilden jeweils keinen homogenen Block, sondern sind durch verschiedene Fraktionen und durch

Spaltungen nach Geschlecht, Hautfarbe und nationaler Herkunft unterteilt (vgl. Sablowski 2020, S. 520ff.).

Unabhängig davon: Klassentheorie erklärt bestehende Verhältnisse sozialer Ungleichheit, Klassentheorie ist nicht beschreibend, sondern nimmt eine gesellschaftskritische Perspektive ein, nämlich in Hinblick auf die Überwindung der bezeichneten Ausbeutungsstrukturen. Wichtig ist: Bei der Analyse der Klassen in der Klassentheorie wird nach der Stellung im ökonomischen Produktions- und Reproduktionsprozess geordnet. Es handelt sich nicht um ein Rangordnungsverhältnis, sondern die Hauptklassen der kapitalistischen Gesellschaft bilden eine antagonistische Einheit. Die modernen Schichtungssoziologien dagegen konstruieren eine Hierarchie und eine soziale Rangordnung mit der Unterscheidung von Unter-, Mittel- und Oberschicht (vgl. Butterwegge 2020, S. 60), häufig auf der Basis rein statistischer Messgrößen. Doch nur wer in Klassenverhältnissen denkt, wird Armut und sozialen Abstieg als kollektives Schicksal begreifen, welches strukturelle Ursachen hat und nicht auf dem individuellen Versagen von Betroffenen beruht, so Butterwegge (2020, S. 63f.). Diese Missdeutung von Deklassierungsprozessen verweist auf den Mythos primär individuell zurechenbarer Leistung: Der Glaube, durch harte Arbeit, Fleiß und (Aus-)Bildung könne eine Art von gesellschaftlichem Erfolg erreicht werden, und demzufolge der Glaube, wer keinen Erfolg hat, sei selbst schuld, sind zentraler Bestandteil dieses Mythos. Die eigene Leistung, im positiven wie negativen, wird betont und damit der Zusammenhang mit den Strukturen der Klassengesellschaft verschleiert.

ARBEIT UND LEISTUNG

Die Leistungsideologie ist tief verankert in der Kultur- und Mentalitätsgeschichte des Kapitalismus. Bekanntlich analysierte Max Weber Anfang des 20. Jahrhunderts die Entstehung und ideologischen Voraussetzungen des Kapitalismus, von ihm durchaus gedacht als Kontrapunkt zu Marx' Kapitalismustheorie. Er beschreibt den asketischen Charakter der Lebensführung, besonders der Calvinisten, und die protestantische Ethik beginnend mit Luther als entscheidend für die Entstehung des Kapitalismus. Das Leben als Mönch und damit die Abkehr von allem Weltlichen und der Verschwendung von Zeit und Geld wurde in der protestantischen Ethik in die alltägliche Lebenswelt der Gläubigen integriert, welche Beruf nunmehr als Berufung und Fleiß als Gottwohlgefälligkeit deuteten (vgl. Weber 2010, S. 157f.). Um Gottes Gnade zu erhalten, wurde das Leben auf „rastlose Berufsarbeit“ (ebd., S. 151), systematische Selbstkontrolle (vgl. ebd., S. 153) und das transzendente Ziel der „Seligkeit“ ausgerichtet, „aber eben deshalb in seinem diesseitigen Verlauf durchweg *rationalisiert* und beherrscht von dem ausschließlichen

36 So in den Theorien über den Mehrwert, vgl. MEW 26/2, S. 576; MEW 26/3, S. 57.



Gesichtspunkt: Gottes Ruhm auf Erden zu mehrten“ (ebd., S. 155). „Und halten wir nun noch jene Einschnürung der Konsumtion mit dieser Entfesselung des Erwerbsstrebens zusammen, so ist das äußere Ergebnis naheliegend: *Kapitalbildung* durch asketischen *Sparzwang*“ (ebd., S. 194). Diese Anhäufung von Kapital qua Askese habe so zum heutigen Kapitalismus beigetragen.

Die hier von Weber beschriebene religiöse Einstellung gegenüber Erwerbsarbeit lässt sich auch heute noch in der Leistungsgesellschaft in verkappter Form finden. Arbeit, hier Erwerbsarbeit, ist seit dem 20. Jahrhundert ein „Faktor, der über die Inklusion oder Exklusion der Einzelnen in das System der sozialen Rechte und Pflichten, über gesellschaftliche Zugehörigkeit, Randstellung und Außenseitertum“ entscheidet (Kocka 2006, S. 23). Die Berufsrolle wird zum Schnittpunkt zwischen Gesellschaft und Individuum. Diese Rolle entscheidet über Statusattribute wie Einkommen, Macht und Prestige. Sie stellt das Resultat der Vergesellschaftung und der Platzierung in der Gesellschaft dar. Die darin liegende ‚Geschichte‘ des Lebenslaufs enthält bereits die Ungleichheiten der Gesellschaft (vgl. Eder 1989, 19). Die ‚Arbeit‘ verleiht dem Menschen also einen Wert in der Gesellschaft, gibt ihm Sinn, Daseinsberechtigung und bietet Identifikationspotenziale (vgl. Flaßpöhler 2017, S. 8). Die große Bedeutungszuschreibung an das arbeitende, fleißige Individuum nimmt quasi-religiöse Charakterzüge an und geht mit einer Herabwürdigung derjenigen einher, die nicht arbeiten und damit keinen Wert für die Gesellschaft zu haben scheinen.

DIE NEUE RECHTE UND DIE ‚MITTE‘

Im Gegensatz zu gesellschaftskritischen Theorien sozialer Ungleichheit, die von der Existenz einer kapitalistischen Klassengesellschaft und der Notwendigkeit (und Möglichkeit) ihrer Überwindung durch eine revolutionäre Klasse ausgehen, teilt das völkisch-nationalistische Denken der Neuen Rechten wesentliche Elemente kapitalistischer Gesellschaftsordnung, selbst dann, wenn es sich mit einer ‚antikapitalistischen‘ Diktion verbindet. Das Privateigentum an Produktionsmitteln ist der Neuen Rechten (und anderen Fraktionen der extremen Rechten) ebenso heilig wie die Leistungsideologie. Ungleichheit und das Denken in Hierarchien gehören zu den Axiomen ihrer Weltanschauung. Sie kritisiert den Individualismus als Basis des demokratischen Liberalismus und das Klassenkampfdenken des Marxismus

gleichermaßen. Kernbegriff ist vielmehr das „Volk“, verstanden als ethnische Abstammungsgemeinschaft der „Deutschen“.

Nun ist dieses „Volk“ (als ethnos) aber eine abstrakte Größe.³⁷ Es wird zwar als Kollektiv-Subjekt gedacht, tritt aber als handelndes Subjekt nicht in Erscheinung. In der rechten Rhetorik erhält dieses Volk (das ‚Wir‘) eine nähere Bestimmtheit durch zwei Abgrenzungen, erstens durch den Gegensatz von deutsch und nicht-deutsch (was ein einheitliches nationalstaatlich verfasstes Territorium voraussetzt), zweitens durch den Gegensatz von deutsch und undeutsch. Gemeint sind damit (undeutsch) diejenigen, die zum ‚eigentlichen‘ Volk nicht dazugehören: die national unzuverlässigen („globalistischen“) Eliten in Staat, Wirtschaft und Kultur, dann diejenigen, die nichts zum nationalen Wohlstand beitragen und drittens diejenigen, die aus politischen, weltanschaulichen oder sonstigen Gründen sich dem Bekenntnis zum ‚Wir‘ widersetzen. Im Kern gehören also nur zum Volk die Arbeitswilligen und Fleißigen („Leistungsträger“) und die ‚Anständigen‘, die national Zuverlässigen, die sich zum ‚Deutschtum‘ bekennen. Sie bilden im völkisch-nationalistischen Sinne die ‚Mitte‘ der Gesellschaft, ökonomisch wie kulturell.

Diese Mitte ist eine andere Mitte als die, die in den Schichtmodellen als Mitte ausgegeben wird. Die Bertelsmann-Stiftung beispielsweise definiert sie durch „ein hinreichendes Einkommen, ein bestimmtes Maß an Bildung bzw. beruflicher Qualifikation und eine berufliche Position jenseits gering qualifizierter und körperlicher Arbeit“ (Bertelsmann-Stiftung 2012, S. 48).³⁸ Gleichwohl gibt es über die Leistungsideologie Verknüpfungspunkte, die erklären, warum die Sorge um den ‚Mittelstand‘ bzw. die ‚Mittelschicht‘ zu den wichtigen Anliegen der Neuen Rechten bzw. der gesamten Rechten gehört.³⁹

Dem soll im Folgenden nachgegangen werden. Die Neue Rechte sieht den ‚Mittelstand‘ als zu schützendes und tragendes Element der Gesellschaft, der von den Veränderungen der ‚zweiten‘ Moderne bedroht ist. Im Folgenden soll gezeigt werden, was unter ‚Mittelstand‘ bei den Neuen Rechten verstanden wird, wovon er bedroht wird und welche politischen Forderungen gestellt werden, um den ‚Mittelstand‘ zu stärken. Untersuchungsgegenstand sind neurechte Zeitschriften. Zusätzlich wurde die „Deutsche Stimme“ der NPD herangezogen.

37 Vgl. zum Folgenden Kellershohn 2020.

38 Klassentheoretisch gesehen ist diese ‚Mitte‘-Definition unsinnig, weil hier von unterschiedlichen Klassenzugehörigkeiten abstrahiert wird.

39 Umgekehrt wäre zu fragen, inwieweit es eine Affinität „mittelständischer“ oder „kleinbürgerlicher“ Sozialgruppen zur völkischen Ideologie gibt. Dies wäre eine sozialgeschichtliche und ideologiekritische Fragestellung, auf die hier nicht eingegangen werden kann. Vgl. dazu z.B. die Arbeiten von Annette Leppert-Fögen (1974) und Berthold Franke (1988).

MEDIENSPEZIFISCHE AUSWERTUNGEN ZUM THEMA ‚MITTELSTAND‘

Die folgenden Ausführungen beruhen auf einer knappen Auswahl von Aussagen zum Thema ‚Mittelstand‘ in den Zeitschriften bzw. Zeitungen Deutsche Stimme, Compact, Sezession, Recherche D, Zuerst! und Junge Freiheit. Sie beziehen sich damit auf einen ideologischen Spannungsbogen, der von einem *völkisch - ‚antikapitalistischen‘* bis hin zu einem *jungkonservativ - neoliberalen* Spektrum reicht. Verbindend sind völkisch-nationalistische Ideologeme, Divergenzen zeigen sich auf einer konkreteren Ebene.

DEUTSCHE STIMME (DS)

In der Zeitschrift DS, dem Presseorgan der NPD, schreibt Marc Bonmot, „während Jahr für Jahr heuchlerisch über sich verbreitende Armutsscheren berichtet wird, greift der Staat tiefer und obszöner in die Taschen der Bürger, rodet die Arbeit und den Lebensmut der Mittelschicht ab, läßt Millionen wirtschaftlich und sozial herabstürzen“ (Bonmot 2019, S. 10). Michael Mayer äußert sich dahingehend, dass „Angehörige der Mittelschicht [...] in vielen Fällen deshalb nur einen Wimpernschlag vom sozialen Abstieg entfernt“ seien (Meyer 2017, S. 7). Der Grund dafür sei: „Die Mittelschicht war lange der Garant für soziale Stabilität. Doch die Mittelschicht wird ausgebeutet, wird attackiert von den Wachstumsbedürfnissen des Kapitals. Aus einer Aufstiegs- ist eine Abstiegs-gesellschaft geworden“ (Meyer 2017, S. 7).⁴⁰ In der DS werden also Problematiken der Deklassierung aufgegriffen, auf die „Mittelschicht“ verengt und auf das ‚ausbeuterische‘ Agieren des Staates und die ‚Attacken‘ von Seiten des Kapitals zurückgeführt. Meyer unterbreitet in einem anderen Artikel einige Lösungsvorschläge, die Daniel Stelter in seinem Buch *Coronomics* (2020) vorstellt. Sie laufen darauf hinaus, Sozialleistungen des Staates massiv einzuschränken und die Mittelschicht von den „Kosten der Umverteilung“ zu entlasten:

„Interessant klingt auch der Vorschlag, Sozialleistungen auf die untere Einkommensschicht der Bevölkerung zu beschränken, und nicht von der Mittelschicht, sondern ausschließlich von dem oberen Drittel der Bevölkerung in Bezug auf Einnahmen und

Vermögen bezahlen zu lassen. Denn letztlich würden der Mittelschicht diese Abgaben wieder in verschiedener Form zurückerstattet werden, was aber bleibt, seien die Kosten der Umverteilung, die nicht gerade gering sind. Höhere Vermögensteuer, breiter angelegte Erbschaftsteuer, Lastenausgleich, Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen von Abgaben sind Stichworte“ (Meyer 2020, S. 56).

Ein zweiter Vorschlag findet sich in einem Interview mit Ricarda Riefling⁴¹, die von Peter Schreiber⁴² wie folgt befragt wird: „Die Hilfs- oder Selbsthilfeangebote, die im Umfeld der NPD angesiedelt sind, richten sich ja ausdrücklich an Deutsche. Fällt diese Verbindung der sozialen mit der nationalen Frage in einer Stadt wie Pirmasens auf fruchtbaren Boden? Auch politisch gesehen?“ (Schreiber 2018, S. 4) Selbstverständlich bejaht Riefling diese Frage: „Gerade in Zeiten der Asylkrise wird den meisten Deutschen bewußt, daß fremde Einwanderer bevorzugt werden. Hier gibt es viele Selbstständige, die nicht einmal krankenversichert sind, während es sogenannten Asylsuchenden automatisch und das ganz kostenlos zusteht“ (ebd.). Deutlich wird, dass die NPD und ihr Presseorgan, die DS, die ‚soziale Frage‘ mit Blick auf die ‚Selbstständigen‘ ansprechen, sie dann mit der ‚nationalen Frage‘ verknüpfen und im Sinne völkischer Ideologie den Ausschluss von Einwanderern und Asylsuchenden aus dem Sozialsystem verlangen.

COMPACT

Im Querfront-Magazin *Compact* schreibt Chefredakteur Jürgen Elsässer⁴³, dass Wallstreet, City of London, US-Notenbank Federal Service und EZB „den Mann am Fließband und die Frau an der Supermarktkasse“ (Elsässer 2016, S. 43) ausbeuten würden. In einem Interview mit Björn Höcke, geführt von Elsässer, heißt es von Höckes Seite: „Die Mehrheit der Menschen – vom Arbeiter bis zum mittelständischen Unternehmer – ist aus unterschiedlichen Gründen an ihre Heimat gebunden, während die Eliten ‚anywhere‘ zu Hause sind und überhaupt keine geografische Identität mehr haben. Deswegen sind für uns die Nichtwähler so wichtig – die

40 Bezugnahme auf Oliver Nachtwey „Die Abstiegs-gesellschaft“ (2016)

41 Parteivorstandsmitglied der NPD.

42 Geschäftsführer der Deutsche Stimme Verlagsgesellschaft mbH.

43 „Seit 2016 positioniert Elsässer Compact als Wahlkampforgan für die rechtspopulistische AfD. Er vertritt anti-amerikanische, homophobe und rassistische Positionen, die er mit einer Querfront möglichst weit verbreiten will. Einige seiner Aussagen werden als antisemitisch eingestuft. Von etwa 1975 bis 2008 war Elsässer Autor, Redakteur und Mitherausgeber verschiedener linker Printmedien wie der ‚Jungle World‘, ‚Junge Welt‘, ‚Konkret‘ und ‚Neues Deutschland‘“, so ‚Die Tageszeitung‘ (taz). <https://taz.de/Schwerpunkt-Juergen-Elsaesser/!t5008030/> [abgerufen am 01.07.2021].



Mitte kommt ohnedies zur AfD, wenn sich die wirtschaftliche Lage, was abzusehen ist, dramatisch verschlechtert“ (Elsässer 2019, S. 29). Martin Müller-Mertens⁴⁴ beklagt sich in einem Artikel über den „Zinsklau“ (Müller-Mertens 2016, S. 11). Durch den EZB-Kauf von Staatsanleihen von maroden, europäischen Staaten würden die Zinsen bei Null gehalten werden. „Erstes Opfer der Entwicklung ist der kleine Mann“ (Müller-Mertens 2016, S. 11). In diesem Zusammenhang fragt er auch: „Ob der Oma ihr klein‘ Häuschen dann noch zu retten ist?“ (Müller-Mertens 2016, S. 13).

In diesen Zitaten wird die breite, klassenübergreifende Ansprache (Arbeiterschaft und unternehmerischer Mittelstand) deutlich, die in *Compact* gepflegt wird. Die identitätslosen Eliten, weil ohne Heimatbezug, werden populistisch attackiert und besonders die ‚kleinen Leute‘ in den Blick genommen.

An anderer Stelle allerdings stellt Elsässer sich auf die Seite der Automobilindustrie, die von der Klimapolitik „lahmgelegt“ würde, womit in der Folge, so das verschwörungsideologische Geraune, „das wirtschaftliche Rückgrat Deutschlands gebrochen werden soll“ (Elsässer 2020, S. 50). Merkels Politik würde an die Pläne von Henry Morgenthau⁴⁵ erinnern, die beispielsweise auf die Deindustrialisierung des Ruhrgebiets gezielt hätten. Heute sei „die gesamte Region [...] zum Armenhaus der Republik verkommen, in ihren No-go-Areas herrschen muslimische Banden, die gewalttätige Antifa und die salafistischen Jünger von Pierre Vogel, die Infrastruktur verfällt“ (Elsässer 2020, S. 51). Doch trotz Deindustrialisierung und anderer Entwicklungen, die sich „auf unheimliche Weise“ abzeichnen würden, verteidige die deutsche Industrie ‚tapfer‘ ihre Position. „Aber diese international einmalige Leistung unserer Arbeiter und Ingenieure, unserer Handwerker und unseres Mittelstandes [...] ist der Wall Street und der City of London ein Dorn im Auge. Deshalb sollen die aktuellen Attacken auch noch die verbliebenen Zentren unserer Wertschöpfung zerstören – die Autoproduktion und die Nutzung fossiler Energien“. Die Klimapolitik sei „so asozial und trifft so viele Menschen in ihrer Existenz – die werden das nicht mitmachen“ (ebd.).

In der Kritik an der Klimapolitik wird also die klassenübergreifende Ansprache erweitert und ein Bündnis zwischen Arbeiterschaft, Mittelstand und Großkapital propagiert, soweit dieses seine Geschäfte im angeblich nationalen Interesse („Wertschöpfung“) betreibt. Dass es sich z.B. bei VW um einen Global Player par excellence handelt, wird geflissentlich ausgeklammert. Die Eliten werden ganz im Sinne des völkischen ‚Antikapitalismus‘ auseinander dividiert nach den Kräften, die angeblich dem Volksganzen dienen, und solchen Kräften, die den Untergang Deutschlands („De-

industrialisierung“) im Bündnis mit Wallstreet und Co. betreiben würden. Gleichzeitig wird in den zitierten Äußerungen auch die Abgrenzung nach ‚außen‘ gegenüber Muslimen (Nicht-Deutsche) und politisch Andersdenkenden (Un-Deutsche) reproduziert.

SEZESSION

In der Sezession ist es vor allem Benedikt Kaiser, der die oben bereits angesprochene klassenübergreifende Ansprache (Arbeiterschaft plus Mittelstand) verfolgt und als Zielgruppe der AfD ins Spiel bringt. „Verschiedene Institute unterschiedlicher politischer Neigung analysierten übereinstimmend, daß Handwerker, Facharbeiter und Kleinunternehmer bundesweit das Wahlgerüst der AfD stellten, kurz: der ‚kleine Mann‘“ (Kaiser 2019, S. 26). Er stellt die Frage, „wieso die AfD keine Politikangebote für die Mitte formuliert und weshalb die neoliberale Programmatik aus der Lucke-Zeit bis heute unangetastet bleibt“ (ebd.). „Man müßte auf die ausgepreßte und zunehmend prekäre Mitte – immerhin die Mehrheit im Lande – verweisen und eine entlastende Politik für sie einfordern“, so Kaiser (ebd., S. 27). Er bezieht sich wie Michael Meyer (DS) auf Nachtwey, wenn er schreibt: „Oliver Nachtwey hat jüngst festgestellt, daß – nun auch in Deutschland – die ‚kollektive Angst vor dem sozialen Abstieg‘ die Psyche der Gesellschaft dominiere“ (ebd., S. 28). Vor diesem Hintergrund der Deklassierungsängste des „kleinen Mannes“ sieht Kaiser eine günstige Gelegenheit, die soziale Frage von rechts zu besetzen.

„In Deutschland ist indessen mit einer Dynamik zu rechnen, die weder in Italien noch in Spanien denkbar war, wo die soziale Frage stets alles überlappte. Denn in der Bundesrepublik wird die an Bedeutung stark zunehmende soziale Frage auf die bereits vorhandene ‚nationale Frage‘ in Form von Massenzuwanderung und Migrationskrise stoßen. Und genau hier versagt nun die Linke, die für beide Komplexe keine ‚plausiblen Visionen und mobilisierenden Utopien‘ (Nachtwey) mehr vorweisen kann. Dies ist die Stunde der politischen Rechten. Zählt man die Alternative für Deutschland (AfD) nun zu dieser Rechten, dann liegt es wesentlich auch an ihr, ob die Gunst der Stunde genutzt werden kann“, so Kaiser (2016, S. 30f.).

Die Empfehlung an die AfD, der „Gunst der Stunde“ zu folgen, formuliert Kaiser in Hinblick auf die dominant neoliberale Politik der AfD: „Man fordert die Abschaffung der Vermögensteuer und predigt Paul Kirchhofs Steuermodell, nach dem für Durchschnittsverdiener der Mittelschicht der-

44 Müller-Mertens ist ‚Chef vom Dienst‘ bei der Compact.

45 Henry Morgenthau war von 1934 bis 1945 US-amerikanischer Finanzminister.

selbe Spitzensteuersatz von 25 Prozent wie für Millionäre gelten würde.“ Dies sei ein „FDP-orientiertes Wirtschafts- und Sozialprogramm“ und widerspräche „nachweislich den Intentionen breiter Wählerschichten, die der AfD aus Protest wie auch aufgrund ihrer sozialorientierten Wahlkampf-slogans ihre Stimmen geben“ (ebd., S. 31). Und kommt dann auf die völkisch begrenzte Solidarität zu sprechen, diese sei nämlich „anthropologisch und historisch zuallererst ein Aspekt der Fürsorge für den räumlich oder kulturell, religiös oder ethnisch Nächsten“ (ebd.).

RECHERCHE D

Der (ehemalige) AfD-Politiker Lars Berg⁴⁶ schreibt in dem Magazin *Recherche D* zur Gefährdung der Autoindustrie durch die anstehende technologische Umrüstung (Elektromobilität, Digitalisierung) und beklagt die zunehmenden Staatseingriffe: „Jetzt rächt sich das permanente regulative Eingreifen der Politik in die Mechanismen des Marktes. Wenn politisches Handeln vornehmlich von linksliberaler Moral und grüner Ideologie, jedoch nicht mehr von Sachargumenten bestimmt wird, verliert man unweigerlich die Bodenhaftung und geht eine Wette mit ungewissem Ausgang ein“ (Berg 2020, S. 48). Regulatives Eingreifen in den Markt wird von Berg ganz im neoliberalen Sinne kritisiert, ebenso die übermäßige Belastung des Sozialstaats: „Viel zu viele Menschen hängen an den Versorgungsschläuchen des Sozialstaats oder beziehen ihr Haupteinkommen vom öffentlichen Sektor. Der Mittelstand dagegen wird mit immer neuen Reglementierungen, Steuern und Abgaben belastet“ (ebd., S. 49). Hier wird deutlich: Zum ‚Mittelstand‘ gehören keine Menschen, die vom Sozialstaat abhängig sind, sondern dieser sei bedroht durch Steuern und Abgaben, mit denen der Sozialstaat finanziert wird. „Denn eine soziale Marktwirtschaft [...] beruht im Wesentlichen auf einem starken Mittelstand. Ihn müssen wir von Steuern, Abgaben und Bürokratie befreien“ (ebd.).

In einem anderen Artikel wendet sich Berg gegen das Vorhaben der Großen Koalition, dass „künftig auch abgelehnte Asylbewerber, sofern sie ‚gut ausgebildet‘ und ‚integriert‘ seien, nachträglich ‚regulär zuwandern‘ können“ (Berg 2018, S. 10). Laut Berg sei das ein „Eingeständnis dafür, daß sich der Staat allem Anschein nach nicht mehr in der Lage sieht, die Ausreisepflicht der betreffenden Personen durchzusetzen“ (ebd.). Das Argument es gebe einen Fachkräftemangel „wird mit guten Gründen angezweifelt. Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung kam unlängst zu dem Ergebnis, daß

es einen flächendeckenden, branchenübergreifenden Fachkräftemangel in Deutschland nicht gebe“ (ebd., S. 11). Stattdessen solle „der millionenfache Mißbrauch des Asylrechts zur illegalen Einwanderung in die bundesdeutschen Sozialsysteme unterbunden“ (ebd., S. 12) werden. Die beiden Artikel Bergs zeigen, wie völkische Denkweisen mit neoliberalen Argumenten gekoppelt werden.

ZUERST!

In einem Interview mit dem Magazin *Zuerst!*, das von einem Autor oder einer Autorin ohne Namensnennung geführt wird, fordert Hansjörg Müller⁴⁷ einen „souveränen deutschen Wirtschaftsraum, anstelle der EU, die als Ausbeutungsorganisation für die Fleißigen in der deutschen Wirtschaft agiert. Verkürzt könnte man auch sagen ‚Germany first‘, was die neue Ausrichtung unserer Wirtschaftspolitik betrifft“ (Müller 2019, S. 51). Eine nicht näher definierte Wirtschaftsgemeinschaft wird zwar toleriert, jedoch kein „EU-Beamtenapparat, der uns finanziell aussaugt, die Eigeninitiative über Bürokratie ausbremst und dadurch unsere Mittelständler kaputtmacht und uns Bürger terrorisiert“ (ebd.). Müller hat zusammen mit anderen die *Friedrich-List-Gesellschaft zur Förderung der heimischen Wirtschaft e.V.* (FLG) gegründet, die eine „Brücke zwischen volkswirtschaftlichen Vordenkern und Praktikern aus mittelständischen Unternehmen“ (ebd., 50) bilden soll. Der Verein, der sich als überparteilich präsentiert, möchte „vor allem mittelständische Unternehmer [erreichen], die erkennen, daß es ihren Familienunternehmen durch die sogenannten deutschen Politiker an den Kragen geht, nachdem diese Globalisten, die keine Loyalität zur eigenen Wirtschaft mehr kennen, bereits die Mehrheit der deutschen Aktiengesellschaften von ausländischen Anteilseignern haben übernehmen lassen, die ganz andere Interessen haben als die deutsche Gesellschaft“ (ebd.). Müller zeigt sich hier als Interessenvertreter mittelständischer Familienunternehmen, die er als Kern einer renationalisierten deutschen Wirtschaft vor der EU-Politik und einer ‚globalistischen Überfremdung‘ geschützt wissen will.

JUNGE FREIHEIT (JF)

Dirk Meyer⁴⁸ beschreibt in der Wochenzeitung *Junge Freiheit*, wie die Veränderungen in der Industrie neue Voraussetzungen für einen Arbeitsplatz schaffen. „Eine qualifizierte Allgemeinbildung, Flexibilität, ein lebenslanges Lernen mit der Bereitschaft und der Fähigkeit, sich neue Qualifikatio-

46 Berg war bis 2019 Abgeordneter der AfD im Landtag in Baden-Württemberg und ist seit 2019 Europa-Abgeordneter. Mittlerweile ist er aus der AfD ausgetreten und der Lucke-Partei LKR beigetreten.

47 Müller ist Mitglied des Deutschen Bundestages für die AfD.

48 Meyer ist Wirtschaftswissenschaftler und Professor an der Helmut-Schmidt-Universität in Hamburg und gehörte zum Lucke-Flügel der AfD.



nen anzueignen“ (Meyer 2017, S. 10) seien notwendig, um nicht zu dem „größeren Part geringqualifizierter Modernisierungsverlierer“ zu gehören. Meyer fragt in seinem Artikel: „Wird besonders die Mittelschicht betroffen sein – der einfache Anwalt, der Facharbeiter und die technische Assistentin?“ (ebd.). Diese weite Definition findet sich auch bei Michael Paulwitz, allerdings moralökonomisch verdichtet auf leistungs- und familienorientierte „Leute“:⁴⁹

„Das sind Leute, die jeden Morgen aufstehen, arbeiten gehen und Steuern zahlen, die Familien gründen, Kinder erziehen und sich darum kümmern, daß diese in geordneten Verhältnissen aufwachsen und etwas lernen, die sich ehrenamtlich für andere engagieren, die Verantwortung in Familie und Gesellschaft übernehmen in der Hoffnung, daß es ihnen und ihren Kindern als Frucht ihrer Leistung künftig besser geht. Darüber hinaus entrichten sie Steuern und Abgaben, und das nicht zu knapp.“ (Paulwitz 2019, S. 1)

Diesen „Leuten“ stehen nicht-arbeitende Menschen gegenüber, die von Sozialleistungen abhängig sind. Dazu äußert sich Jost Bauch⁵⁰: „Hartz IV reicht allemal, um absolute Armut zu verhindern, also objektive Notlagen (Obdachlosigkeit, Hunger etc.)“ (Bauch 2018, S. 18). Sozialhilfe dürfe also weder zu niedrig ausfallen, aber auch nicht zu hoch, da sonst der Anreiz für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit entfallen würde. „Jede Form von sozialer Hilfe steht vor dem Problem, daß sie zwischen Bürokratie und Ungerechtigkeit oszilliert. Will man eine exakt dosierte Hilfeleistung an der richtigen Stelle, so müssen die Voraussetzungen der Gewährung sehr genau überprüft werden. Will man eine unbürokratische Gewährung, muß man hinnehmen, daß Unberechtigte in den Genuß sozialer Hilfeleistungen kommen“ (Bauch 2018, S. 18).

Zu den „Unberechtigten“ zählt Paulwitz in einem weiteren Artikel auf jeden Fall sogenannte „Unterschichtseinwanderer“: „Bezahlen muß die Mittelschicht für die Massenalimentierung von Millionen nach Mentalität, Intelligenz und Fähigkeiten nicht einfügbarer Unterschichtseinwanderer, in einem Ausmaß, das sich die wenigsten überhaupt klarmachen – überschlagsweise kommt [man] auf hohe zwei- bis dreistellige Milliardenbeträge. Die müßten von den faktisch nur noch 13 Millionen Steuerzahlern aufgebracht werden – der Rest sind Netto-Steuergeldprofiteure, die Asylindustrie eingeschlossen“ (Paulwitz 2016, S. 21). Die Unterschicht bezahle „mit dem Verlust von Heimat und Sicherheit, die Mittelschicht darüber hinaus mit Ausbeutung und Verar-

mung“ (ebd.), so Paulwitz weiter. Auch Christian Schreiber nennt Geflüchtete als einen Grund für die ‚Überlastung‘ des Mittelstands: „Und während der arbeitende Mittelstand die wachsenden Mietleistungen durch Konsum- und Sparverzicht selbst tragen muß, ist für Flüchtlinge und ihre bald nachkommenden Familien sowie die aus- und inländischen Geringverdiener der Staat – sprich: Steuerzahler – zuständig“ (Schreiber 2017, S. 10).

Aber nicht nur Migration ist eine Bedrohung für den Mittelschicht, auch „vom EU- und Globalisierungs-Internationalismus sieht sie ihren erarbeiteten Wohlstand bedroht“ (Paulwitz 2017, S. 7). Zusammen mit den anderen genannten Bedrohungen ergibt sich ein Bild einer umfassenden Malaise, in der sich der Mittelstand bzw. die Mittelschicht befindet. Das Augenmerk liegt auf der finanziellen Belastung und der Kritik daran, was mit den Steuergeldern, welche diese Mittelschicht erarbeitet, finanziert werden soll. Die Forderung lautet also, einerseits die Sozialsysteme vor einer Überlastung von ‚außen‘ und ‚unten‘, die von den Eliten geduldet oder gefördert wird, zu schützen und andererseits den ‚Mittelstand‘ und mittelständische Unternehmen steuerlich zu entlasten. In diesem Zusammenhang wird auch die Bevorzugung der Großkonzerne beklagt. Dirk Meyer schreibt dazu: „Dank millionenschwerer Lobbyarbeit stehen Großkonzerne im Fokus von Politik und Medien. Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) machen jedoch 99 Prozent aller Firmen in Deutschland aus, beschäftigen 60 Prozent aller Arbeitnehmer und erzielen 48 Prozent der Bruttowertschöpfung“ (Meyer 2018, S. 11). Andererseits wird speziell die Autoindustrie wieder als wichtiger Arbeitgeber vor allem gegen die klimapolitischen Veränderungen verteidigt. So schreibt Kurt Zach, dass die Energiewende eine „milliardenfressende ideologisch motivierte“ (Zach 2019, S. 1) Angelegenheit und gegen die Autoindustrie gerichtet sei. Paulwitz merkt dazu an: „Den Schaden haben davon vor allem Leute mit kleinerem Geldbeutel, die auf das Auto schon aus beruflichen Gründen nicht verzichten können. Werden Dieselfahrverbote tatsächlich umgesetzt, wird sich dieser Effekt noch vervielfachen. Zur Kasse gebeten werden die Bürger zudem auch als Steuerzahler, weil sie kostspielige Anreiz-, Subventions- und Umsteigeprogramme ungefragt mitfinanzieren müssen.“ (Paulwitz 2017a, S. 12) Hier wird also wieder einer Einheitsfront zwischen Autoindustrie und den „Leuten“ das Wort geredet.

49 Dementsprechend heißt es anderer Stelle bei Paulwitz: „Randgruppenverhätschelung von der Homo-Lobby bis zu den Gender Klempnern ist für die Mittelschicht kein Herzensanliegen“ (Paulwitz 2017, S. 7).

50 Der Konstanzer Soziologe Bauch, mittlerweile verstorben, war eine Zeitlang Präsident des Studienzentrums Weikersheim (mit Karl Albrecht Schachtschneider), Mitglied im Kuratorium der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung und Mitarbeiter der AfD-Fraktionsvorsitzenden Alice Weidel.

FAZIT

Der vorliegenden Untersuchung lag die Frage zugrunde, was die Neue Rechte unter ‚Mittelstand‘ versteht, wovon er bedroht wird und welche politischen Forderungen gestellt werden, um den ‚Mittelstand‘ zu stärken. Bezüglich der ersten Teilfrage schwanken die Autoren zwischen einem weiten und klassentheoretisch haltlosen Begriff des ‚Mittelstandes‘ („der einfache Anwalt, der Facharbeiter und die technische Assistentin“ [Dirk Meyer], „Handwerker, Facharbeiter und Kleinunternehmer“ [Benedikt Kaiser]) auf der einen und einer Fokussierung auf die sog. mittelständischen Familienunternehmen [Hansjörg Müller] auf der anderen Seite. Insbesondere das **nationalsoziale Projekt** verfolgt eine klassenübergreifende Ansprache, die sich des Bildes vom ‚kleinen Mann‘ bedient, um den populistischen Antagonismus von Volk und Eliten hervorzuheben. Das schließt nicht aus, dass – vor allem – die Zeitschrift *Compact* um Jürgen Elsässer ein Bedrohungsszenario entwickelt, in dem sich vorgeblich dem nationalen Interesse dienende Großkonzerne im Bündnis mit den subalternen Kräften gegen Wallstreet und Co. (antisemitischer Code!) als Inbegriff des amerikanisch dominierten internationalen Finanzkapitals zu Wehr setzen. Der damit angedeutete ökonomiebezogene Innen-Außen-Binarismus findet sich auch in dem **junkkonservativ-neoliberalen** Organ *Junge Freiheit* oder etwa in der Zeitschrift *Zuerst!*,

wie überhaupt in den primär völkisch definierten Feindbestimmungen (Migration) strömungsübergreifend große Übereinstimmungen vorliegen.

Eine ausgesprochen neoliberale Argumentation bietet z.B. die Zeitschrift *Recherche D*, die an sich zum Umfeld des Instituts für Staatspolitik gehört. Im Kern stehen die Steuern, Abgaben und staatliche Sozialleistungen in der Kritik, unter denen besonders der Mittelstand im engeren Sinne, etwa die Familienunternehmen, leiden würden. In der *Jungen Freiheit* weitet sich der Blick generell auf die Belastung des steuerzahlenden Bürgers mit einer deutlichen Spitze gegen Sozialleistungsempfänger_innen. Die Reduktion der Steuerlast steht hier im Mittelpunkt, während etwa der „Sozialpatriotismus“ eines Benedikt Kaiser sich vehement gegen ein Steuermodell á la Kirchhof wendet, das auch im AfD-Grundsatzprogramm propagiert wird. In der *Deutschen Stimme* werden z.B. höhere Vermögenssteuer gefordert, um Sozialleistungen für die untere Einkommensschicht zu finanzieren und den Mittelstand zu entlasten. Insgesamt zeigt sich hier die Relevanz der Unterscheidung zwischen einer nationalsozialen und einer eher neoliberalen Orientierung, die, das muss noch einmal betont werden, durch gemeinsame völkisch-nationalistische Essentials in der Stoßrichtung gegen Zuwanderung, gegen EU-Bürokratie und gegen Globalisierung überwölbt wird.



Themenfeld Klimapolitik

KLIMADISKURSE: FORSCHUNGSSTAND UND METHODENSPEZIFIKATION

Seit mindestens zwei Jahrzehnten gibt es Versuche die unterschiedlichen Argumentations- und Diskursstränge der Klimaschutzopposition zu systematisieren. Schon 2003 hat Rahmstorf eine viel verwendete Klimaskeptiker⁵¹-Typologie vorgelegt, in der er „Trendskeptiker“ (sinngemäß: *es gibt keine Klimakrise*), „Zuschreibungsskeptiker“ (sinngemäß: *der Mensch ist nicht schuld*) und „Folgenskeptiker“ (sinngemäß: *die Klimakrise hat keine negativen Folgen*) unterschied. In jüngerer Zeit haben verschiedene Autor*innen eine Verschiebung der Argumentationslogiken der Klimaschutzopposition weg von der klassischen Wissenschaftsleugnung hin zu subtileren und inhaltlich differenzierteren Strategien beschrieben (Cann und Raymond 2018; Götze und Joeres 2020; Lamb et al. 2020; Deckwirth 2021; Mann 2021). Die Beschreibung der Klimapolitik-Gegnerschaft als *Denialists* – also Leugner oder Leugnisten – ist demnach nicht mehr hinreichend. Michael E. Mann (2021) schlägt in diesem Zusammenhang den Ausdruck *Inaktivisten* vor, Götze und Joeres (2021) verwenden die Bezeichnung *Klimaschutz-Bremser*.

Einen wesentlichen Arbeitsschritt bildete im Rahmen des CoRE-Projektes die literaturgestützte Entwicklung eines eigenen Kategorienschemas und Projektcodebooks, das einerseits den Stand der Forschung innerhalb der Klima-

kommunikationswissenschaft rezipierte⁵² und andererseits an die spezifischen Erfordernisse und diskursiven Spezifika rechter Medien und Akteur*innen angepasst ist. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang besonders drei spezifisch rechte Diskursstränge:

1. Die *kausale* Verknüpfung der Klimakrise mit dem Bevölkerungswachstum, speziell mit dem Bevölkerungswachstum in den Ländern des globalen Südens. Hier werden entgegen wissenschaftlicher Evidenz völkisch-rassistische Erklärungsansätze ins Spiel gebracht
2. Die Konnotierung von Klimawissenschaft, Klimaschutz, Klimapolitik und Klimaaktivismus als Religion, Glaube, Hysterie und ähnliches, zumeist in delegitimierender Absicht. Mit Äußerungen dieses Typs wird eine kulturkämpferische weltanschaulich-ideologische Grundlegung des Klimathemas suggeriert bzw. aufgebaut. Indem wissenschaftliche Fakten als Kulturkampf und Glaubensfrage geframt werden, wird einer allgemeingültigen Realitätswahrnehmung das Fundament entzogen
3. Die gezielte und massive Delegitimierung von Klimaschutzakteur*innen. Schon bei einer nur überblicksartigen Sichtung des Quellenmaterials ist die Fülle aggressiver, herabsetzender und beleidigender oft personenbezogener Angriffe unübersehbar. Diese Diskursgruppe ist eng verknüpft mit misogynen und antifeministischen Motiven (vgl. Veit 2022).

51 Der Begriff „Skeptiker“ wurde zwischenzeitlich wegen der nicht trennscharfen Abgrenzung zu positiv konnotiertem und wissenschaftlich sinnvollem und wünschenswertem Skeptizismus in der Literatur weitgehend aufgegeben

52 Relevant sind hier insbesondere die Arbeiten von Lamb et al. 2020; Busch und Judick 2021; Coan et al. 2021; Mann 2021; Supran und Oreskes 2021.

Insgesamt lag nach der Auswertung der vorliegenden Forschungsliteratur und ersten Ergänzungen anhand der Quellenerschließung (siehe Becker 2021d) im Sinne der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring ein Kategorienschema (Kodierleitfaden) mit acht Hauptkategorien und insgesamt 48 Unterkategorien vor (Mayring und Fenzl 2019). Dieses Kategorienschema wurde anschließend für eine Analyse der klimapolitischen Programmatik der AfD nutzbar gemacht (siehe Becker 2021c).

POSTWACHSTUMSDISKURSE

Die klimapolitische Debatte kann als Teil einer weiter gehenden Debatte um die Grenzen des Wachstums interpretiert werden. Diese wird vielstimmig geführt. Aus unterschiedlichen Theorietraditionen kommend, mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung, unterschiedlichen Herangehensweisen, Perspektiven und auf verschiedenen Abstraktionsniveaus ist ein reichhaltiger Korpus von abstrakt-analytischer Literatur bis zu politisch- und wirtschaftspraktischen Handlungsvorschlägen entstanden. Dass auch rechte Akteure in dieser Debatte ihren Platz suchen (und finden) ist wenig verwunderlich und zwischenzeitlich von verschiedenen Autor*innen thematisiert worden (Eversberg 2018, 2017; Wilmsen 2019). So adaptierte Alain de Benoist, der französische Vordenker der Neuen Rechten, bereits 2007 den Titel des klassischen Werkes von Nicholas Georgescu-Roegen („*Demain la décroissance*“) für ein eigenes Buch⁵³ („*Demain,*

la décroissance! Penser l'écologie jusqu'au bout“), in dem er sich ausgesprochen affirmativ mit dessen Theorie auseinandersetzte.

Einen weiteren wachstumskritischen Diskursstrang steuert der Thüringer AfD-Vorsitzende Björn Höcke, teils unter seinem Pseudonym Landolf Ladig bei (Kemper 2016a, 2016b). Im Mittelpunkt von Höcke/Ladigs Wachstumskritik steht eine latent antisemitisch konnotierte globalisierungskritische und geldsystemorientierte Argumentation, seine Transformationsagenda ist regionalwirtschaftlich, suffizienzorientiert und etatistisch, die Zielvorstellung organizistisch. Die Rede von einer *organischen Marktwirtschaft* verweist auf eine lange Traditionslinie rechter Ökologiebewegungen und -konzeptionen, die Gesellschaft und Wirtschaft als aus der Natur entlehntes holistisches Ganzes, als Teil eines gesamtgesellschaftlichen Organismus interpretieren. In solchen biologistisch-organizistischen Vorstellungen hat jeder und jedes seinen natürlichen, angestammten Platz, die Teile fügen sich ins große Ganze, die Menschen in den *Volkskörper* (vgl. Geden 1996; FARN 2018, 2021).

Auch im Themenfeld Klimapolitik lässt sich mithin ein „Kampf zweier Linien“ – hier zwischen Klimawandelleugnung und völkischen Postwachstumspositionen – identifizieren. Vordergründig positionieren sich beide Linien gegen effektive Klimaschutzpolitik und insbesondere gegen erneuerbare Energien, die zugrunde liegenden ideologischen Konzeptionen sind jedoch durchaus unterschiedlich.

MEDIENSPEZIFISCHE AUSWERTUNGEN

Die weitere Untersuchung des Themenfelds Klimapolitik im vorliegenden Quellenmaterial⁵⁴ erfolgte anhand einer medienspezifischen Auswertung der ausgewählten Publikationen. Im Folgenden werden zentrale – bisher unveröffentlichte – Ergebnisse der einzelmedienbezogenen empirischen Analyse themenspezifischer (hier also klimapolitischer) Diskurse hinsichtlich der Frage der Positionierung des jeweiligen Publikationsorgans innerhalb der (wirtschafts-)politischen Debatten der Neuen Rechten vorgestellt. Hierbei galt es die Frage zu betrachten, welche konkreten Konzepte und Diskurslinien identifiziert werden können und in welcher Weise spezifische Ideologeme – insbesondere Ideolo-

geme des völkischen Nationalismus und seiner Spielarten im Themenfeld abgebildet werden. Das gesamte im Projekt bearbeitete Feld der Zeitschriften und Zeitungen, kann nach ihrer jeweiligen Zuordnung zu den beiden ideengeschichtlichen Hauptströmungen des völkisch nationalsozialen bzw. des völkisch autoritär-liberalen Hegemonieprojektes analytisch strukturiert werden. Der nachfolgende Überblick stellt insofern auch einen themenspezifischen Gang durch die ideengeschichtlichen Strömungen des völkischen Nationalismus dar, angefangen von nationalrevolutionären über jungkonservative bis zu rechtslibertären Vertretern.

53 Auf Deutsch erschien das Buch 2009 im Junge Freiheit Verlag unter dem Titel „*Abschied vom Wachstum. Für eine Kultur des Maßhaltens*“. Die Übersetzerin übertrug den Terminus *Décroissance* darin durchgehend als „Wachstumsrücknahme“

54 Zum methodischen Vorgehen bei der Quellenerschließung siehe bereits vorgelegte CoRE-Zwischenberichte sowie Becker 2021d.



DEUTSCHE STIMME

Das Parteimedium der NPD hat im Untersuchungszeitraum eine äußerliche und innere Wandlung durchgemacht. 2016 erschien die Deutsche Stimme noch als traditionelles Blatt im Zeitungsformat, ab der Ausgabe 4/2020 erscheint sie nach einem Relaunch als Magazin im Zeitschriftenformat. Hinsichtlich ihrer klimapolitischen Positionierung macht sie einen Wandel von einer engen Anlehnung an die Programmatik der Mutterpartei hin zu einer gewissen Orientierungslosigkeit durch. Das bis heute gültige NPD-Parteiprogramm fordert, eingebunden in das Konzept einer so genannten *raumorientierten Volkswirtschaft*, eine dezentralisierte Energieversorgung mit größtmöglicher Autarkie und den Ausstieg aus der Atomenergie. Dies spiegelt sich in den (wenigen) Quellentexten mit klimapolitischem Bezug vereinzelt wider – es dominieren jedoch rassistische pseudowissenschaftliche „Erklärungen“ des Phänomens Klimawandel. Im Zuge der klimapolitischen Protestbewegungen des Jahres 2019 reiht sich die Deutsche Stimme in den allgemeinen rechten Kulturkampfmodus ein. Entgegen ihrer Parteiprogrammatik, die die Realität der Klimaproblematik im Kern anerkennt, wechselt die *Deutsche Stimme* zu Leugnungs-Diskursen und stellt Forderungen nach dem Abbau der Russland-Sanktionen⁵⁵ und der Inbetriebnahme der Pipeline Nord Stream 2 in den Vordergrund. In der Gesamtschau hat die NPD programmatisch und publizistisch in Bezug auf das Klimathema keine stringente Linie (mehr). Ihr autarkie- und *raumorientierter* Ansatz, der sich inhaltlich durchaus für klimapolitisch nachvollziehbare Positionierungen nutzen ließe, wird zum einen durch das Beharren auf eine deutsch-russische Energiepartnerschaft und zum anderen durch den Versuch konterkariert, sich in den rechten Mainstream der Klimakrisenleugner einzugliedern und zum dritten durch eine Fokussierung auf den Opferdiskurs um die „deutsche Autoindustrie“.

ZUERST!

Die wissenschaftsleugnenden und gegen Klimaschutz gerichteten Diskursstränge in der *Zuerst!* unterscheiden sich nur wenig von denen anderer rechter Medien, das Magazin setzt jedoch einen eigenen Akzent, nämlich die geopolitische Ausrichtung fast aller Texte. Die häufigsten Diskursmotive sind eine befürchtete „Deindustrialisierung Deutschlands“ und prognostizierte Gefahren der Energiewende für die „Versorgungssicherheit in Deutschland“ sowie die geopolitische Positionierung Deutschlands in einem Kräftefeld, das von den Antagonisten USA/„Brüssel“ vs. Russland dominiert wird. Energie-, nicht Klima(!)-Politik spielt dabei

eine wichtige Rolle. Klimapolitik wird ausschließlich negativ dargestellt. Das Interesse der *Zuerst!*-Autoren liegt vielfach auf den multilateralen Aspekten der Klimapolitik, die als Bedrohung der Souveränität Deutschlands interpretiert werden sowie auf den geopolitischen Konsequenzen klimapolitischer Entscheidungen.

Der 2021 verstorbene Chefredakteur der *Zuerst!*, Manuel Ochsenreiter, war ein Vertrauter und politischer Mitstreiter des russischen Ideologen Alexander Dugin, dessen Ideologie auch in den energiepolitischen Texten des Magazins durchscheinen. In Dugins geopolitischer Ideologie spielt die Vernichtung der Ukraine als eigenständiger Staat eine zentrale Rolle. Angesichts des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine zeigt sich, dass dies nicht nur Gedankenspiele eines apokryphen Intellektuellen waren, sondern praktisch-politisches Ziel der russischen Führung. Auch, dass dabei die Energiepolitik eine langfristig angelegte strategische Schlüsselrolle spielte, wird im Lichte des Jahres 2022 deutlich. Die klimapolitisch relevanten Texte in der *Zuerst!* sind daraufhin angelegt, diese geopolitische Strategie zu stützen, wobei der Widerspruch zwischen der daraus entstehenden energiepolitischen Abhängigkeit Deutschland von Russland und dem erklärten deutsch-nationalen Anspruch des Magazins nicht thematisiert wird.

COMPACT

Der Kampf gegen die Klimapolitik fügt sich passgenau in die Marschrichtung ein, die Jürgen Elsässer für sein Magazin ausgegeben hat: „Aufgabe der oppositionellen Medien ist es, zum Sturz des Regimes beizutragen“ (Kubitschek und Elsässer 2018, S. 29). Das Compact-Magazin negiert alle Erkenntnisse der Klimawissenschaft und bedient das gesamte Diskursspektrum gegen Klimaschutzpolitiken. Die klimapolitische Konfliktlinie wird dabei nicht primär ethnisert (wie zum Beispiel bei sozialpolitischen Themen), sie definiert sich vielmehr auf der vertikalen Achse – fundamentaloppositionell gegen „die da oben“. Dabei ist das exakte Feindbild variabel: wahlweise handelt es sich um ein – antisemitisch grundiertes – undurchschaubares US-amerikanisches Netz unterschiedlicher Akteure mit dunklen Hintermännern und Gewinnerzielungsabsicht oder die deutsche Regierung, die falsche Rahmenbedingungen setze bzw. unter dem Einfluss einer „*Klimalobby*“ agiere, geldgierig sei und die „Falschen“ bevorteile. *Klimalobby* ist ein Begriff, der im gesamten untersuchten Textkorpus ausschließlich bei *Compact* vorkommt und das ganze Spektrum derjenigen umfasst, die sich für Klimaschutzmaßnahmen aussprechen – von den Aktivist*innen der Fridays-for-Future-Bewegung über Poli-

55 In russophilen Szenen wird durchgehend pauschal und undifferenziert von „Russland-Sanktionen“ gesprochen, die abzuschaffen seien. Welche Sanktionsmaßnahmen (Personen-, Güter-, oder Regionalsanktionen) damit gemeint sind wird nicht konkretisiert, ebenso wenig wie die Gegensanktionen Russlands

tiker*innen, Zivilgesellschaftliche und multilaterale Organisationen, Medien, die Regierung bis zu Gewerkschaften und Unternehmen (Kellershohn 2021a).

SEZESSION/SEZESSION ONLINE

In den Print- und Online-Ausgaben der *SezeSSION*, die sich als metapolitisches Theorieorgan des von Götz Kubitschek geführten *Instituts für Staatspolitik* jenseits des tagesaktuellen Geschehens versteht, nehmen klimapolitische Fragen insgesamt eher geringen Raum ein. Dabei gibt es Gemeinsamkeiten aber auch deutliche Unterschiede zu anderen Medien und Akteuren und zur in der AfD dominanten Programmatik. Einigkeit besteht hinsichtlich der geradezu obsessiven Feindmarkierung der Klimaschutzprotestbewegung und insbesondere ihrer prominenten Protagonistinnen. Unterschiede werden hinsichtlich der Bewertung der ökologischen und klimatischen Problemlagen der Gegenwart deutlich, die vom Umfeld des *Instituts für Staatspolitik* nicht kategorisch geleugnet werden. Kubitschek selbst positionierte sich in einem 2020 veröffentlichten Interview in programmatischer Weise zum Themenkomplex (Kubitschek und Schick 2020). Politisches Handeln, ökonomische Entscheidungen oder die Veränderung gesetzlicher Rahmenbedingungen werden hier zu Lebensstilveränderungen von Kollektivsubjekten umetikettiert, politische Forderungen demnach zu unlauterer Moralisierung („*Moralpolitik*“). Insgesamt lässt sich anhand dieses Interviews Kubitscheks umwelt- und klimapolitische Problem diagnose auf die Beschreibung eines kulturell fehlgeleiteten Konsums reduzieren und sein Transformationsansatz als Forderung nach individuellen Suffizienzstrategien bei gleichzeitiger Ablehnung struktureller Veränderungen der bestehenden Wirtschaftsweise beschreiben.

DIE KEHRE

Eine vertiefte Auseinandersetzung mit ökologischen Fragestellungen im Umfeld des Instituts für Staatspolitik findet in der 2020 von Jonas Schick gegründeten Zeitschrift *Die Kehre* statt. Schick beschreibt die Energiewende, unter Rückgriff auf eine traditionelle organisatorische Denkfigur rechter Ökologiediskurse, als Chance für eine „Renaissance der organischen Ökonomie des vorindustriellen Zeitalters und damit

das Ende der Moderne“ (Schick 2019). Das Magazin vertritt einen völkischen Postwachstumsansatz in der Tradition der rechten Aneignung französischer *Décroissance*-Konzepte durch Alain de Benoist und älterer deutscher rechtsökologischer Konzepte (Schmelzer und Vetter 2019, S. 141ff.). Es propagiert eine *ganzheitliche Perspektive* auf die Ökologie, die sich einer aktiven wissenschafts- und evidenzbasierten Klimaschutzpolitik allein deswegen schon entgegenstellt, weil diese assoziativ mit dem Feindbild der *Grünen* verbunden ist.

Die *Kehre* publiziert Texte, die ausdrücklich an das Gedankengut der *Unabhängigen Ökologen Deutschland (UÖD)*⁵⁶ anknüpfen und die versuchen das dort vertretene Konzept des *Bioregionalismus*⁵⁷ für eine neue Generation rechter Ökologen aufzubereiten (siehe beispielhaft: Eichberger 2020). Das Magazin versucht den *Bioregionalismus*-Begriff zusammen mit globalisierungskritischen Aussagen und oberflächlichen antikapitalistischen Versatzstücken in einen moderneren Postwachstumsdiskurs umzudeuten, der auch auf die alternativökonomischen Reallabor-Konzeptionen der *Transition-Towns*-Bewegung verweist. Die hier vertretene Transformationsutopie ist ein identitär-ethnopluralistischer *Bioregionalismus* in der Tradition extrem rechter Ökologiediskurse.

RECHERCHE D

Eine weitere im Umfeld des Instituts für Staatspolitik entstandene Publikation ist das von Felix Menzel betriebene Magazin *Recherche D* (2018-2021, wieder aufgenommen 2022). Anders als in der *Kehre* findet hier eine konsequente Leugnung der Klimakrise statt. In *Recherche D* finden sich nahezu alle (klima-)wissenschaftsleugnenden Diskurse, vom grundsätzlichen Zweifel an der Erderwärmung bis zur Verneinung der erwiesenen Ursachen und ein breites Spektrum an Inaktivisten-Diskursen. Bevölkerungspolitische Diskurse zum vermeintlich größten umweltpolitischen Problem – dem Wachstum der Weltbevölkerung – nehmen breiten Raum ein. Die Erhaltung des westlichen Wohlstands bildet den inhaltlichen Schwerpunkt und wird intensiv und auf eine recht spezielle Art diskutiert, bei der das Konzept einer spezifisch deutschen *Wirtschaftskultur* zentral ist. *Nachbarschaftliche Marktwirtschaft*, (Re-)Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen, Selbstversorgungsmodelle sind die

56 Die UÖD gründeten sich 1991 als Rechtsabsplattung der *Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP)* (vgl. Geden 1996, 88ff.). Geden zählte die UÖD in seinem Standardwerk zur rechten Ökologie „zu den wenigen Organisationen in Deutschland, deren theoretische Basis primär in einem eindeutig rechtsextrem-ökologischen Weltbild besteht“ (Geden 1996, S. 88). Die UÖD scheint Anfang der 2010er Jahre in der *Herbert-Gruhl-Gesellschaft* aufgegangen zu sein, die heute vom Junge-Freiheit-Autor und AfD-Politiker Volker Kempf geleitet wird. Ihr eigener Internet-Auftritt endet 2013, der dort verantwortliche Ansprechpartner Wolfram Bednarski ist zurzeit Mitglied des Vorstands der *Herbert-Gruhl-Gesellschaft*. Das Publikationsorgan der UÖD namens „Ökologie“ stellte sein Erscheinen 1999 ein.

57 Zu den ideologischen Grundlagen des *Bioregionalismus* siehe (Ditfurth 1996, Kap. 5.)



Leitmotive der wirtschaftstheoretischen Überlegungen. Ein dichotomisierendes Freund-Feind-Schema von sich antagonistisch gegenüberstehenden Kräften – bei *Recherche D* heißen sie auch „zentralistische Globalisten“ vs. „Regionalisten“ (Recherche Dresden 2019, S. 19) – zieht sich leitmotivisch durch alle Ausgaben. In dieser Perspektive erscheinen auch Klimawissenschaft und Klimawissenschaftler*innen als Vertreter einer „globalistischen“ Ideologie, die sich anmaßen einen „globalistischen Masterplan“ zu erstellen (ebda. S. 13).

JUNGE FREIHEIT

Von einem – bei anderen Themen durchaus vorhandenen – Binnenpluralismus in der Klimafrage ist in der *Jungen Freiheit* mithin nur wenig zu bemerken. Die „Diskussion“ verharrt gänzlich in einem realitätsabgekoppelten Diskursraum von Klimawandelleugnung und prinzipieller, ideologischer Klimaschutzopposition. Dies zeigt sich mit großer Deutlichkeit in den Aktivitäten des Verlags und des Verlegers Dieter Stein außerhalb des Kerngeschäfts der gedruckten Wochenzeitung, wie Buch- und Filmproduktionen. Seine Position lässt sich folgendermaßen zusammenfassen: Die Sache mit der Klimakrise ist übertrieben, wissenschaftliche Erkenntnisse sind anzuzweifeln, die Medien übertreiben, berichten einseitig, sind gleichgeschaltet und haben eine eigene Agenda, die Grünen verschleiern ihre eigentlichen Ziele, der Klimaaktivismus wird von sinistren Hintermännern gesteuert und instrumentalisiert und ist linksextremistisch unterwandert, das „Merkel-Regime“ hat demgegenüber kapituliert.

In der *Jungen Freiheit* lässt sich eine Vielzahl von Artikeln finden, die klimapolitische Fragestellungen nicht als Sachproblem, sondern als Teil des allfälligen metapolitischen Kulturkampfes behandeln. Die Berichterstattung verharrt auf einem sehr oberflächlichen Niveau getarnt durch vermeintliche Investigativ-Reportagen, die lediglich der vollumfänglichen Diskreditierung des Klimaaktivismus dienen soll. Dem Klimaaktivismus der grünen, aber auch aller anderen Parteien außer der AfD, der deutschen Regierung, der Europäischen Union und der gesamten weltweiten Klimawissenschaft wird durchgehend eine irrationale, ideologische Verblendung vorgeworfen, die argumentativ mit entkontextualisierten, skandalisierten Einzelmeinungen und Teilforderungen untermauert wird. In klimapolitischer Hinsicht positioniert sich die *Junge Freiheit* damit in unmittelbarer ideologischer Nähe zur parteipolitischen Programmatik und politischen Praxis der AfD (vgl. Becker 2021c). Klimawandel- und wissenschaftsleugnende Diskurse dominieren. Es lassen sich Leugnungs- und Inaktivisten-Diskurse verschiedenster Kategorien identifizieren. Klimapolitische Maßnahmen werden als überflüssig, fehlgeleitet und falsch sowie vordringlich unter Kostenaspekten beurteilt. Klimaaktivismus, Klimawissenschaft und Klimapolitik werden delegitimiert und diskreditiert. Der hegemoniale Diskurs wird als Klima-Hysterie, -Wahn oder -Religion bezeichnet, das

gesamte Thema als feindlicher Diskurs einer verrückt gewordenen Welt markiert.

Die verwendeten Argumentationsstrategien und Topoi der wenigen Texte in der *Jungen Freiheit*, die sich tatsächlich mit klimapolitischen Sachfragen und nicht nur mit kulturkämpferischer Feindbildmarkierung beschäftigen, können im Sinne von Reusswig et al. (2021, S. 33ff.) zum einen vielfach als *Klima(wandel)-Populismus* beschrieben werden. Zum anderen findet sich auch eine große Anzahl von Texten, deren Diskursstrategien treffender als *Energiewende-Populismus* – also gegen klimapolitische Maßnahmen gerichtet, ohne dabei zwangsläufig die Klimakrise zu leugnen – zu charakterisieren sind (ebd.). Die beiden Populismen stehen auch idealtypisch für die weltweit zu beobachtende propagandistische Verschiebung der Klimaschutz-Oppositionsdiskurse – tendenziell weg von Klimawandelleugnung und hin zu Inaktivismus und der Konservierung von Pfadabhängigkeiten (Mann 2021).

Ab Januar 2020 lassen sich in der JF vorsichtige Schritte hin zur Realitätsakzeptanz im Hinblick auf die Tatsache des Klimawandels beobachten. Dabei werden dem Leser zwei ideologische Auswege aus dem Dilemma der Wissenschaftsleugnung angeboten: 1.) das klassische Narrativ, dass die „Überbevölkerung“ schuld an der Erderhitzung sei und 2.) die Erzählung vom Klimaschutz durch Atomenergie. Diese Strategien ermöglichen es zuzugeben, dass es einen Klimawandel gibt, ohne zugeben zu müssen, dass die auf fossilen Energien beruhende Wirtschaftsweise ursächlich ist und die Fokussierung auf ein Lösungsmodell jenseits der verhassten erneuerbaren Energien.

CATO

Die Positionierung des – personell und organisatorisch eng mit der *Jungen Freiheit* verbundenen – CATO-Magazins zur Klimakrise ist vergleichsweise schnell erzählt: es besteht kein Interesse. Es ist keine substanzielle Auseinandersetzung mit klimapolitischen Problemlagen zu erkennen. Das Thema erscheint einzig vermittelt über den Kulturkampf gegen alles, was als „links-grün“ wahrgenommen wird. Die Klimakrise wird als Thema des Gegners, als fernes Rauschen wahrgenommen, sie bietet allenfalls Stoff für neue Varianten eines ideologisierten Kulturkampfs.

Obwohl das CATO-Magazin vermeintlich viel Wert auf eine „religiöse Fundierung“ legt (Lombard 2021) und sich um eine rechtschristliche Ökumene bemüht, werden die Positionen und innerkirchlichen Debatten der evangelischen oder katholischen Kirche oder sonstiger Religionsgemeinschaften zum Themenfeld nicht rezipiert und nicht diskutiert. Selbst ein basaler christlich-konservativer Diskurs zum Thema „Schöpfung bewahren“ findet nicht statt. Die Klimakrise ist für die CATO-Autoren ein Thema der „Anderen“,

sie wird subsumiert unter die Aspekte, die in ihrer Wahrnehmung ein irgendwie „linkes“, zeitgeistiges und damit verirrtes Mainstream-Christentum ausmachen, dem es sich entgegensustellen gilt.

Es finden sich wissenschaftsleugnende Diskursstränge und verschwörungsideologische Motive. Theologische oder auf christliche Ethik rekurrierende Debatten zum Thema finden nicht statt. Die Auseinandersetzung konzentriert sich auf das Feindbild der *Grünen* und hat misogynen Aspekte. Dort, wo überhaupt Lösungsansätze zur Verhinderung einer Klimakatastrophe andeutungsweise formuliert werden, bewegen sie sich zum einen im Märchenhaft-Utopischen, zum anderen sollen sie vor allem eins sein: staatsfern und ohne rechtliche Rahmung.

EIGENTÜMLICH FREI

Die Zeitschrift *eigentlich frei* (ef) erscheint im Verlag Lichtschlag Medien und Werbung KG, im Handelsregister ist als dessen Geschäftszweck angegeben: „Die vom Verlag vertriebenen Medien verfolgen den Zweck, radikalfreiheitliche, libertäre Meinungs-Marktplätze für Liberalismus, Anarchismus und Kapitalismus im deutschsprachigen Raum bereitzustellen“ (vgl. Becker 2021e). An dieser Prämisse richtet sich die Blattlinie aus, das Magazin ist parteien- und staatsfeindlich, es veröffentlicht radikal libertäre, anarchokapitalistische und demokratiefeindliche Beiträge. Jedes Editorial des Herausgebers André Lichtschlag endet mit leichten sprachlichen Varianten der Formel: „Kein Fußbreit den neosozialistischen Ausbeutern aller Parteien und Herren Länder! Mehr Freiheit!“. In der Perspektive vieler Autoren der ef sind die gegenwärtige staatliche Ordnung Deutschlands, der EU und bei manchen anarchokapitalistisch orientierten Autoren, mehr oder weniger alle staatlichen Gebilde eine Ausdrucksform des Sozialismus; es gilt sie zu bekämpfen und abzuschaffen. Aus diesem ideologischen Hintergrund ergibt sich logisch die fundamentaloppositionelle Haltung der Zeitschrift zur Klimapolitik, denn diese erfordert per definitionem politische Entscheidungen und staatliches Handeln. Die Klimakrise wird durchgehend geleugnet, wissenschaftliche Forschung abgewertet und negiert. Das geht bis hin zu Shoah-relativierenden Vergleichen: „In die Kategorie Pseudowissenschaft gehört sicher auch der Narrativ von der menschengemachten globalen Erwärmung. Er ist nur vergleichbar mit der Rassenideologie des Nationalsozialismus“ (Gärtner 2020, S. 46). Klimapolitische Zielsetzungen und klimapolitisches Handeln werden in die Nähe sozialistischen oder kommunistischen Gesellschafts- und Staatsumbaus gerückt. In der Gesamtschau ist die Auseinandersetzung mit klimapolitischen Fragen in der *eigentlich frei* oberflächlich, faktenfrei und verlässt selten das Niveau über-

heblicher Polemik. Die Klimakrise wird negiert, klimapolitisches Handeln lächerlich gemacht. Vor dem Hintergrund libertärer und anarchokapitalistischer Staats- und Wirtschaftskonzeptionen und einer tiefen Feindschaft gegenüber multilateralen Governance-Strukturen und -Verfahren dienen Klimawissenschaft, Klimapolitik und Klimaaktivismus als Feindbildmarkierung und als Symbol für eine imaginierte Sozialismusgefahr

ZWISCHENFAZIT

Von den hier analysierten Publikationsorganen zeigen *Deutsche Stimme*, *Zuerst!* und *Compact* in Bezug auf klimapolitische Thematiken am deutlichsten Diskurse und Ideologemen eines völkischen Antikapitalismus wie sie beispielsweise von Barthel und Jung (2013) beschrieben wurden. Insbesondere wird das Klimathema – das ja per definitionem nur global gedacht werden kann – hier unter den älteren Anti-Globalisierungsdiskurs der völkischen Rechten subsumiert, der Globalisierung vor allem als Vorherrschaft eines US-amerikanischen Imperialismus begreift (ebd., S. 50). „Globalisierung wird als ein zentral gesteuertes Vorhaben verstanden, welches die Unterwerfung der ‚freien Völker‘ zum Ziel hat. Die USA dienen dabei als Schutzschirm der eigentlichen Kräfte im Hintergrund“ (ebd., S. 51). Der antisemitische Strippenzieher-Topos und der damit verbundene profunde Anti-Amerikanismus ist in allen drei Medien⁵⁸ sehr deutlich zu finden und führt bei allen zu einer unkritischen Russlandnähe, die sich in klimapolitischer Hinsicht in der bedingungslosen Verteidigung des Energieträgers Erdgas und der Pipeline Nord Stream 2 zulasten erneuerbarer Energien ausdrückt.

In strategischer Hinsicht ist mit dieser Positionierung wohl auch die Spekulation auf Querfront-Bündnisse mit bestimmten linken Strömungen verbunden – am deutlichsten ausgeprägt im *Compact*-Magazin. Strategische Bündnisspekulationen – hier ins grün-ökologische Spektrum – können auch dem rechtsökologischen Projekt *Die Kehre* unterstellt werden. Klimapolitik wird hier als völkischer Postwachstumsansatz konzipiert, der auf ein seit dem 19. Jahrhundert verbreitetes konservatives und völkisches Natur-, Technik- und Gesellschaftsverständnis zurückgreift und sich der Wiederbelebung ethnopluralistischer Bioregionalismus-Ideen widmet. Diese Art von Wachstumskritik hat allerdings nicht die klimapolitisch notwendige Dekarbonisierung zum Ziel – der Umstieg auf erneuerbare Energien wird auch hier deutlich abgelehnt – sondern eine romantisierende Idee einer „organischen“, volksgemeinschaftlichen Wirtschaft und Gesellschaft. Gleiches gilt für die in der *Sezession* und der Zeitschrift *Recherche D* vertretenen Ansätze.

58 Womit nicht gesagt sein soll, dass diese Diskurse in den weiteren Medien nicht vorkommen



Für die jungkonservative *Junge Freiheit* (und das mit ihr verbundene Magazin *Cato*) steht der Bezug auf die Nation und die Sicherung der nationalen Souveränität im Zentrum, die multilateralen Notwendigkeiten effektiver Klimapolitik, Internationale Vereinbarungen und der Bevollmächtigung von internationalen Organisationen und Institutionen jedweder Art steht sie genauso ablehnend gegenüber wie den strukturellen Veränderungsnotwendigkeiten einer dekarbonisierten Wirtschaft und Gesellschaft. Dies führt zu einer

renitenten Realitätsverweigerung und Reaktanzverhalten, zur Leugnung der Erkenntnisse von Erdsystem- und Klimaforschung und zu einer Umdeutung der Klimakrise zum Gegenstand eines umfassenden Kulturkampfes. In dieser Hinsicht ist sie sich mit dem rechtslibertären Magazin *eigentlich frei* einig, das ebenfalls jegliche Form von Klimapolitik – die hier unter staatsinterventionistischen Sozialismusverdacht gestellt wird – durch Realitätsverweigerung weg definiert.

MEDIENÜBERGREIFENDE AUSWERTUNGEN

In einer weiteren Analyseperspektive wurden die im CoRE-Projekt erschlossenen Quellentexte medienübergreifend hinsichtlich der Frage betrachtet, welche klimapolitikrelevanten Diskurse und Argumentationslogiken von welchen Akteuren und Medien in Bezug auf welche Themen, mit welcher strategischen Absicht und mit welchen potenziellen Anschlussmöglichkeiten verwendet werden. Dies ermöglichte in einer Querschnittsperspektive der Beantwortung der Forschungsfrage, inwieweit rechte Diskurse die realistische Chance haben in den hegemonialen Diskurs einzufließen. Aus dieser Fragestellung resultierten unter Hinzuziehung weiteren Quellenmaterials außerhalb des rechten Spektrums folgende Ausarbeitungen

- Becker, Andrea (2021): Der Reset der Großen Transformation. In: DISS Journal (42), S. 10–15 (Becker 2021a) (siehe unten)
- Becker, Andrea (2021): Die vielen Menschen, das Klima und das Tabu. Unveröffentlichtes Manuskript (Becker 2021b)

Beide Analysen zeigten anhand zweier unterschiedlicher Topoi, dass rechte Diskurse nicht losgelöst von der „Mitte der Gesellschaft“ stattfinden. Sie mäandrieren zwischen breit rezipierten Medien und dem publizistischen rechten Rand, werden verstärkt, abgewandelt und weitergetragen.

DER RESET DER GROSSEN TRANSFORMATION

„Das Ziel der Bundesregierung, die CO₂-Emissionen faktisch auf null zu senken, führt zu einem radikalen Umbau von Industrie und Gesellschaft (**Die Große Transformation** / **The Great Reset**)

und bedroht unsere Freiheit in einem immer bedrohlicheren Ausmaß.“ (AfD-Alternative für Deutschland 2021, S. 172; eig. Hervorh.).

Große Transformation und *Reset*, die beiden Wendungen in der eingeschobenen Klammer sind nicht zufällig im AfD-Wahlprogramm gelandet, sie markieren jeweils die Rezeption einer Verschwörungserzählung und deren zeitgeistige Aktualisierung. Bei der AfD taucht sie 2016 im Grundsatzprogramm zum ersten Mal auf, die „*Große Transformation*“ als feststehender Ausdruck mit großem „G“: Die deutsche Regierung „missbraucht die steigende CO₂-Konzentration zur ‚Großen Transformation‘ der Gesellschaft“ ist dort zu lesen (GP, S. 79). Damit wolle man Schluss machen. Die Wendung nimmt einen Diskurs auf, der sich in Deutschland auf das im Jahr 2011 veröffentlichte Hauptgutachten des Wissenschaftlichen Beirates der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) mit dem Titel „Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“ bezieht (WBGU 2011). Zur besseren Einordnung der diskursiven Aneignung des WBGU-Gutachtens von rechts werden nachfolgend zunächst dessen wesentliche Inhalte referiert.

Das Gutachten des WBGU beschreibt zunächst den Forschungsstand zu Klimawandel, Umweltveränderungen und umweltbezogenem Wertewandel und entwickelt hieraus das heuristische Konzept einer „Großen Transformation“ als Zeitdiagnose und zugleich Zukunftsperspektive. Es folgt eine Analyse der technischen und wirtschaftlichen Machbarkeit unterschiedlicher Entwicklungspfade zum CO₂-neutralen Umbau der Energiesysteme, gefolgt von Analysen zu politischen Gestaltungsinstrumenten und zu Erkenntnissen der Innovationsforschung. Das Gutachten entwickelt hie-

raus politische Handlungsempfehlungen, aufgeteilt in 10 strategische Maßnahmenbündel⁵⁹, für die jeweils politische Handlungsoptionen mit unterschiedlichem Ambitionsniveau ausdifferenziert werden. Es schließt mit Empfehlungen für Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Zu den Grundannahmen des Gutachtens gehört die Überlegung, dass die Welt sich in einem Umbruch befindet, bei dem der Strukturwandel weg vom fossil-atomaren Wirtschaftssystem unabdingbar innerhalb der planetarischen Grenzen der Nachhaltigkeit verlaufen muss. Vordringlich seien drei Basisstrukturen der Weltwirtschaft zu dekarbonisieren: die Energiesysteme, die Landnutzungssysteme und die urbanen Räume. Dabei geht der WBGU davon aus, dass „[d]as kohlenstoffbasierte Weltwirtschaftsmodell [...] auch ein normativ unhaltbarer Zustand [ist], denn es gefährdet die Stabilität des Klimasystems und damit die Existenzgrundlagen künftiger Generationen“⁶⁰ (WBGU 2011, S. 1). Basis des zukünftig zu entwickelnden neuen Gesellschaftsvertrages sei die Orientierung an ökologischer, demokratischer und Zukunftsverantwortung. „Ein zentrales Element in einem solchen Gesellschaftsvertrag ist der ‚gestaltende Staat‘, der für die Transformation aktiv Prioritäten setzt, gleichzeitig erweiterte Partizipationsmöglichkeiten für seine Bürger bietet und der Wirtschaft Handlungsoptionen für Nachhaltigkeit eröffnet“ (WBGU 2011, S. 2), und weiter: „Die Idee des gestaltenden Staates ist [...] untrennbar verbunden mit der Anerkennung der Zivilgesellschaft und der innovativen Kräfte in Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung.“ (WBGU 2011, S. 9) Dies müsse zudem einhergehen mit neuen Formen globaler Willensbildung und Kooperation.

Der kurze Überblick über das umfangreiche Gutachten lässt schon erahnen, an welchen Punkten Widerspruch von konservativen, neoliberalen und rechten Kräften zu erwarten war. Die Vorstellung eines „gestaltenden Staates“, neuer partizipativer Politikinstrumente, erweiterter internationaler Kooperation und eine Ahnung von kommenden Veränderungen in vielen Lebensbereichen berührt deren grundlegende Ideologeme und rief umgehend energische

Gegnerschaft auf den Plan. Die Auseinandersetzung mit dem WBGU-Gutachten von 2011 in der rechten und konservativen Presse kann man als gezielte Ablenkungskampagne (Derailment) verstehen, die den Blick weglenkt von den zentralen Inhalten hin zu aufgebauchten und aus dem Zusammenhang gerissenen Nebenschauplätzen. Dieses Derailment führte zur negativen assoziativen Verknüpfung des Ausdrucks „Große Transformation“, die ab 2016 auch bei der AfD auftaucht.

Ein prototypisches und darum hier ausführlich vorgestelltes Dokument des gewollten Missverstehens und Derailments ist ein Essay des bekannten Klimaschutzgegners Fritz Vahrenholt, erschienen im Mai 2011 in der *Welt* (Vahrenholt 2011). In den Wochen zuvor war das Gutachten in der *Welt* bereits als „utopisch“, „im Kern totalitär“ und als „Weg in die Bunte Rätorepublik“ beschrieben worden. Vahrenholt verschärfte den Ton in der Überschrift nochmals zu „Ökodiktatur pur“ und warnte im Untertitel vor „antidemokratischem, jakobinischen Denken“. Im Folgenden paraphrasiert und diskutiert er ausschließlich solche Stellen des Gutachtentextes, die auf die historische und ideengeschichtliche Herleitung des Konzeptes „Gesellschaftsvertrag“ und „Große Transformation“ rekurrieren, sowie Stellen, die sich auf neue demokratische Partizipationsmodelle beziehen. Über die eigentlichen klimapolitischen Inhalte und Empfehlungen erfährt die Leserin des Vahrenholt-Textes nichts. Stattdessen wird der vom WBGU angemahnte „gestaltende Staat“ mit jedem Absatz bedrohlicher, erst zum „starken Staat“, dann zum „starken Ökostaat“. Es werde eine „[...] Opferbereitschaft [verlangt], die die Dimensionen der normalen Lebenswirklichkeit“ sprengt, darum plädiere der WBGU für eine „Beschränkung der Demokratie“ in Form einer Zukunftskammer, die die Befugnisse des Parlaments begrenze. Dies ist eine grobe Verdrehung, denn das Modell der Zukunftskammer⁶¹ erscheint im Originaltext im Rahmen der Diskussion neuer deliberativer Partizipationsmodelle, als ergänzender Konsultationsmechanismus parlamentarischer Verfahren (WBGU 2011, S. 10, 252) und mit dem Zusatz: „Der WBGU kommt daher zu dem Ergebnis, dass es für die Transformation eher mehr als weniger Demokratie be-

59 Als Maßnahmenbündel mit strategischer Hebelwirkung werden ausgearbeitet: 1. Den gestaltenden Staat mit erweiterten Partizipationsmöglichkeiten ausbauen, 2. CO₂-Bepreisung global voranbringen 3. Europäisierung der Energiepolitik ausweiten und vertiefen, 4. Ausbau erneuerbarer Energien durch Einspeisevergütungen international beschleunigen, 5. Nachhaltige Energiedienstleistungen in Entwicklungs- und Schwellenländern fördern, 6. Rasante Urbanisierung nachhaltig gestalten, 7. Klimaverträgliche Landnutzung voranbringen, 8. Investitionen in eine klimaverträgliche Zukunft unterstützen und beschleunigen, 9. Internationale Klima- und Energiepolitik stärken, 10. Internationale Kooperationsrevolution anstreben

60 Im Jahr 2021 erging ein bahnbrechendes Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das die intergenerationale Verpflichtung der grundgesetzlichen, in Art. 20a kodifizierten, Norm zur Sicherung der Lebensgrundlagen feststellte. Klimaschutz ist demnach nicht nur in abstrakt ethischer Weise normativ geboten, sondern tatsächlich eine Rechtsnorm von Verfassungsrang.

61 Ein solches Gremium wurde im Jahr 2021 als „Bürgerrat Klima“ erprobt. 120 ausgeloste Bürgerinnen und Bürger berieten mit wissenschaftlicher Begleitung und professioneller Moderation über Empfehlungen für die deutsche Klimapolitik. Informationen zum Projekt finden sich unter <https://buergerrat-klima.de>, seine Empfehlungen sind abzurufen unter: https://buergerrat-klima.de/content/pdfs/BK_210624_Empfehlungen.pdf



darf“ (WBGU 2011, S. 252). Schließlich stellt Vahrenholt noch eine gedankliche Verbindung zur Industrialisierung der UdSSR in den 20er- und 30er-Jahren und dem „Große Sprung nach vorne“ sowie die „Kulturrevolution“ im China Maos her. Er schließt mit der Falschbehauptung, dass die Klimaerwärmung zum Stillstand gekommen sei und man vor einer Abkühlungsphase des Klimas stehe.

Der Vahrenholt-Text steht exemplarisch für ein Genre von klimapolitischen Texten, die nicht an der Diskussion der eigentlichen klimapolitischen Analysen, Inhalte und vorgeschlagenen Maßnahmen interessiert sind. Solche Texte finden sich – um nur ein Beispiel zu nennen – bis in die FAZ hinein, wo Carl Christian von Weizsäcker eine gedankliche Verbindung zwischen dem WBGU und Lenin suggeriert und mit Hayek und Mises argumentierend für eine ausschließlich marktwirtschaftliche Lösung der Klimakrise über den CO₂-Preis plädiert (Weizsäcker 2011). Diese Textsorte bedient sich mit Bezug auf das WBGU-Gutachten folgender beliebig kombinierbarer Elemente:

- a) Es wird empört auf die Passage zum Klimaschutz als normativer Verpflichtung gegenüber zukünftigen Generationen verwiesen. Oft wird der Begriff „normativ“ in der Folge nicht wie im WBGU-Text als abstrakte und ideengeschichtlich hergeleitete Norm sondern als konkrete individuelle Verhaltensnorm missgedeutet.
- b) Der Begriff des „gestaltenden Staates“ aus dem Gutachten wird stark überzeichnet und als freiheits- und wirtschaftsbedrohender Interventionismus dargestellt.
- c) Es folgt ein nicht minder empörter Verweis auf Vorschläge zur Erprobung zusätzlicher deliberativer politischer Verfahren.
- d) Die vorgenannten Elemente werden in Zusammenhang mit autoritären und totalitären Regimen gebracht – wahlweise Sozialismus, Kommunismus, Lenin, Trotzki, Stalin, Mao, Nordkorea oder die Roten Khmer. Gerne wird der Ausdruck „Große Transformation“ in assoziative Nähe zum „Großen Sprung nach vorne“, zur maoistischen „Kulturrevolution“ oder ähnlichen im kollektiven Gedächtnis verankerten⁶² Ausdrücken gerückt.
- e) Oft finden sich personalisierte Angriffe auf die Mitglieder des WBGU, insbesondere auf den damaligen Vorsitzenden Joachim Schellnhuber und eine Überhöhung ihres politischen Einflusses als eine Art Ge-

heimregierung. Wahlweise kann dieses Motiv sich bis zu antisemitischen Verschwörungserzählungen steigern

- f) Wenn die Leserin überhaupt etwas über die konkreten im Gutachten beschriebenen klimapolitischen Problemlagen erfährt, dann wird oft deren wissenschaftliche Grundlage in Frage gestellt oder der Klimawandel an sich geleugnet.
- g) Die Folgen unterschiedlicher Handlungsvorschläge des WBGU werden typischerweise überspitzt dargestellt und dramatisiert.

In dieser Art und Weise wurde das Gutachten auch in der *Jungen Freiheit* rezipiert (Hinz 2011). Thorsten Hinz beginnt mit der raunenden rhetorischen Frage nach den „wirklichen Machtstrukturen“, die er wohl im WBGU vermutet und kommt schon im zweiten Absatz auf den Lenin-Trotzki-Stalin-Vergleich, später dann noch auf den Marxismus-Leninismus. Er vermutet faktenfrei, dass der Vorschlag zur Zukunftskammer zur „Selbstermächtigung“ einer „vermeintlichen Einsichts- und Wissenselite“ dienen solle. Die Vereinten Nationen hätten schon 1992 in Rio mit der Agenda 21 ein Aktionsprogramm für eine „Neue Weltordnung“ beschlossen, dessen „Transmissionsriemen“ die „sogenannten NGOs, die Nichtregierungsorganisationen“ bildeten. „Den staatlichen Stellen wird aufgetragen, den Organisationen Daten über Verhaltensweisen und Verbrauchsgewohnheiten der Bürger zur Verfügung zu stellen, damit sie Verstöße gegen die von den Vereinten Nationen beschlossenen Programme kontrollieren können“ (Hinz 2011, S. 7). Hinz stellt dann Überlegungen an, dass NGOs die „Drosselung von Konsum- und Produktionskapazitäten oder die Aufnahme von „Klimaflüchtlingen“ erzwingen könnten. Angela Merkel, die an den Beschlüssen von Rio beteiligt gewesen sei, profiliere sich als Agentin der beschriebenen globalen Machtstrukturen. Illustriert ist der Text mit einer Grafik aus dem Gutachten, der die Überschrift „Zukunftsszenario der Globalisten“ gegeben wurde.

Während Vahrenholt in der *Welt* sich in angedeuteten totalitären Schreckensszenarien ergeht, baut Hinz in der *Jungen Freiheit* eine komplette, antisemitisch anschlussfähige Verschwörungserzählung um das Motiv der „Großen Transformation“ von im Hintergrund agierenden Strippenziehern, Plänen für eine „Neue Weltordnung“ und deren willigen Vollstreckern in Deutschland auf.

In den Jahren nach 2011 wird es still⁶³ um die *Große Transformation*, nur auf der Internetseite des Anti-Klimaschutz-

62 Dabei handelt es sich zudem immer um begriffliche Assoziationen, die mit der politischen Linken verbunden werden

63 Die Datenbank Wiso Presse, die mehr als 120 deutschsprachige Presseerzeugnisse erschließt, verzeichnet zwischen 2012 und 2020 für die Suche „Große Transformation“ AND „WBGU“ jeweils Trefferanzahlen im einstelligen Bereich pro Jahr (Ausnahme 2013). Die Suchkombination „Große Transformation“ und Klima* erzeugt bis 2017 um die 20 Treffer pro Jahr, danach steigt die Trefferanzahl deutlich an, wobei jeweils immer auch zustimmende Texte enthalten sind.

vereins EIKE wird der Ausdruck kontinuierlich verwendet.⁶⁴ Die Texte auf der EIKE-Seite tragen beispielsweise Überschriften wie „*Energiewende: Der dritte Weg zum Sozialismus*“ oder „*Große Transformation – der Gang in die Knechtschaft*“, eine stichprobenhafte Sichtung zeigt die verbreitete Verwendung des oben skizzierten argumentativen Baukastens. Nachdem die AfD – offenbar unter dem Einfluss der EIKE-Protagonisten – die Abwehr der *Großen Transformation* 2016 in ihr Grundsatzprogramm und 2017 in ihr Wahlprogramm aufgenommen hat, taucht der Ausdruck im Jahr 2017 in der rechten Publizistik wieder auf. Allerdings, um genau zu sein, wird der WBGU-Transformationsdiskurs nur in der Zeitschrift *Compact* und in der *Jungen Freiheit* sowie – einmalig – in der Zeitschrift *eigentlich frei* bedient. Weder die NPD-Zeitung *Deutsche Stimme*, noch die Zeitschrift *ZUERST!* oder die *Sezession* nehmen an diesem Diskursstrang teil. Auch in den jüngeren Publikationsorganen wie *Recherche D*, *Die Kehre* oder *Cato* finden sich keine klimapolitischen Texte, die auf den Begriff der (*Großen*) *Transformation* eingehen.

Der letzte größere Text zum WBGU-Transformations-Diskurs in der *Jungen Freiheit* erschien im Mai 2017 (Keller 2017). Er bezieht sich auf einen Aufsatz des WBGU-Mitglieds Leinfelder zum Konzept des Anthropozäns in der Zeitschrift für Umweltrecht. Vom Lenin-Trotsky-Motiv kommt der Autor zum WBGU und einer „ökologischen Weltregierung“ und paraphrasiert schwerpunktmäßig Überlegungen zur Zukunft der Nahrungsmittelproduktion, in der möglicherweise auch Insekten eine Rolle spielen. Illustriert ist Kellers Text mit einem großformatigen Bild eines gedeckten Tisches mit einer Schüssel gegrillter Heuschrecken und Würmer, so dass im Gesamteindruck die *Große Transformation* mit einem wirkmächtigen ekelerregenden Eindruck verknüpft wird. Ein im November 2017 vom Magazin *Compact* herausgegebenes Sonderheft zum Klimawandel widmet „*Schellnhubers Masterplan*“ einen dreiseitigen Artikel (Barthel 2017). Darin beschreibt die Autorin drastisch die Folgen eines Umstiegs auf erneuerbare Energien: „Die Einschnitte wären immens und vernichtend, bitterste Armut, Deindustrialisierung und Enttechnologisierung die unvermeidlichen Folgen“ (Barthel 2017, S. 51). Sie fürchtet einen globalen Genozid und die Reduktion der Weltbevölkerung auf weniger als ein Drittel. Es sei ausgehend von Deutschland eine *globale ökofaschistische Bewegung* am Werk, Schellnhuber ein „Menschheitsversklaver“, aber hinter alledem steckten letztlich – und hier deckt sich ihre Gedankenführung mit der von Hinz (2011) die Vereinten Nationen.

Der WBGU-Transformation-Diskursstrang wird nach 2017 insbesondere von EIKE-Akteuren und von der AfD weitergeführt. Die programmatische „Dresdner Erklärung“ der umweltpolitischen Sprecher aller AfD-Fraktionen vom Juli 2019 widmet ihm unter der Überschrift „*‘Große Transformation’ – Der Sprung in die Ökodiktatur*“ einen ganzen Abschnitt (AfD-Fraktion im Bundestag 2019). Im Bundestag sind es zuvörderst die AfD-Abgeordneten Hilse und Kotré, die diesen Diskursstrang in eine breitere Öffentlichkeit tragen. Beide benutzen das Motiv der Gleichsetzung der *Großen Transformation* mit dem „*Großen Sprung nach vorne*“ Mao Tse-Tungs⁶⁵ um vor einer vermeintlich heraufziehenden ökosozialistischen Diktatur zu warnen.

Um die Jahreswende 2019/2020 erscheint mit dem von der EU-Kommission zu diesem Zeitpunkt vorgelegten *European Green Deal* (Europäische Kommission 11.12.2019) ein neuer Begriff auf der politischen Tagesordnung, der das Zeug für eine Modernisierung des etwas in die Jahre gekommenen WBGU-Transformationsdiskurses hat – bzw. gehabt hätte, wenn seine Rezeption nicht durch die Corona-Pandemie ausgebremst worden wäre. Der *European Green Deal* verschärfte die Klimaziele der EU auf eine Reduktion der CO₂-Emissionen um mind. 50% gegenüber 1990 bis 2030, wozu die Mitgliedsländer ihre jeweiligen Klimagesetze anpassen müssen. Es geht um Veränderungen bei der „Versorgung der gesamten Wirtschaft mit sauberer Energie sowie in den Bereichen Industrie, Produktion und Verbrauch, großräumige Infrastruktur, Verkehr, Ernährung und Landwirtschaft, Bauwesen, Besteuerung und Sozialleistungen“ (Europäische Kommission 11.12.2019, S. 4), sowie um flankierende Maßnahmen im Finanzsektor, im Regionalausgleich und der EU-Handelspolitik, die mit einem ambitionierten Zeitplan in sektorenspezifische Strategien umgesetzt werden sollen.

Der *European Green Deal* wurde von einer größeren Bandbreite an rechten Publikationen rezipiert als die *Große Transformation*. Dabei halten die Autoren der *Jungen Freiheit* sich mit ideologischen Deutungen auffallend zurück, sie diskutieren in erster Linie die Kosten der Vorhaben und die Wirkung von Klimazöllen (Meyer 2020) sowie die grundsätzliche technologische Machbarkeit (Hämmerling 2020). Für den gewohnten ideologischen Spin sorgt in der JF ein kurzes Interview mit dem AfD-Europaabgeordneten Buchheit (als eingeschobener Kasten bei Hämmerling 2020). Buchheit kommentiert den *Green Deal* als „ideologisch motivierten Aktionismus“ und „riesiges planwirtschaftliches Spiel“. In

64 Die Suchfunktion der EIKE-Vereinshomepage für „Große Transformation“ ergab im Juni 2021 eine Trefferliste von 31 Seiten mit je fünf Beiträgen seit dem Jahr 2011, also ca. 155 Einzeltexte (= über zehn Jahre lang im Schnitt mehr als ein Artikel pro Monat), die Abfrage „WBGU“ ergibt 29 Trefferseiten á fünf Beiträge. Die Kombination beider Begriffe ergibt 13 Trefferseiten also ca. 65 Texte

65 Siehe Plenarprotokoll 19/125 vom 08.11.2019, Plenarprotokoll 19/150 vom 06.03.2020 und Plenarprotokoll 19/176 vom 17.09.2020

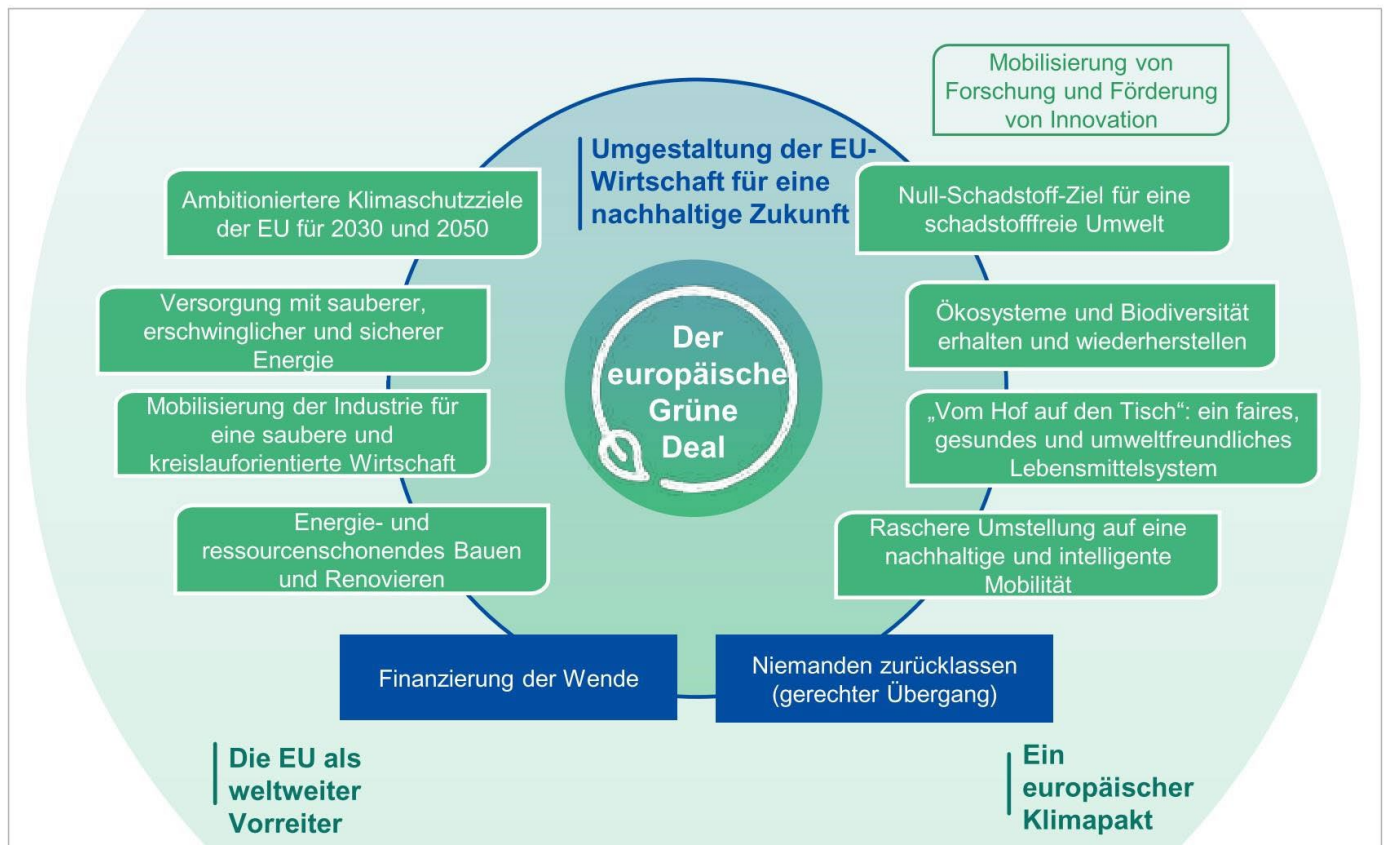


Abbildung 3: Der europäische Grüne Deal (Europäische Kommission 11.12.2019, S. 4)

der Zeitschrift *Recherche D* führt Buchheit dies weiter aus: Im *Green Deal* zeige sich „die ganze Unfähigkeit der arri- viert-arroganten und selbsternannten Polit-Elite der EU“. Die Vorhaben seien „unvorstellbar“, „Europas Bevölkerung werde schrittweise entmündigt und enteignet“. Es handle sich um ein „planwirtschaftliches Machwerk“ und um „machtersessene und verantwortungslose Schönfärberei“ (Buchheit 2020). Inhaltlich kritisiert er Eingriffe in die Bauordnungen, die Förderung von E-Mobilität und Windkraftausbau und die Finanzierungsmodalitäten für Investitionen.

Eine Planwirtschaft sieht durch den *Green Deal* auch der EIKE-Beirat Edgar Gärtner⁶⁶ in der Zeitschrift *eigentlich frei* bzw. textgleich auf der EIKE-Homepage heraufziehen (Gärtner 2020b). Seine Argumentationsstruktur nähert sich der des WBGU-Transformationsdiskurses an. Er bemüht die Fehlplanungen der Sowjetunion und Chinas mit Millionen von Hungertoten als abschreckende Assoziation und versteigt sich zu der Aussage: „In die Kategorie Pseudowissenschaft gehört sicher auch der Narrativ von der menschengemachten globalen Erwärmung. Er ist nur vergleichbar mit der Rassenideologie des Nationalsozialismus“ (Gärtner 2020b, S. 46). In der Zeitschrift *ZUERST!* befürcht-

tet der Autor Dirk Meyer durch den *Green Deal* insbesondere hohe Belastungen für die Bürger und Verbraucher und Deutschland, Arbeitsplatzabbau und einen erhöhten Migrationsdruck aus Afrika. Meyer weist auf den Ursprung der Green-Deal-Konzepte bei NGOs und Grünen hin. Außerdem hat er den Internetblog Tichys Einblick gelesen, auf dem vor einer „Transformation der Marktwirtschaft“, der „fortgesetzten Verzahnung von Kapital und Staat“ und der Festigung von Macht durch moralische statt demokratische Legitimation („Moralpolitik“) gewarnt werde.

Auch das Green-Deal-Motiv ist, wie die vorgestellten rechten Quellentexte zeigen, in Ansätzen zu einer klimapolitischen Verschwörungserzählung von der „planwirtschaftlichen Umgestaltung der Welt durch eine selbsternannten Polit-Elite auf der Basis pseudowissenschaftlicher Klimathe- sen“ umgedeutet worden. Es scheint jedoch durch die kurz darauf einsetzende, alles dominierende Coronakrise keine dynamische Verbreitung gefunden zu haben. Die AfD übernimmt das Motiv insofern in ihr Wahlprogramm von 2021, als sie den *Green Deal* als „substanzloses planwirtschaftliches Projekt“ ablehnt und versucht auf dieser Folie ihr eigenes Programm als „Blue-Deal“-Gegenentwurf zu etablieren

66 Gärtner ist Hydrobiologe und freiberuflicher Autor, er wurde von der AfD-Bundestagsfraktion im Juni 2019 als Sachverständiger zum Thema „Welternährung und Klimawandel“ in den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung geladen. Seine schriftliche Stellungnahme in diesem Gremium beginnt mit der Aussage: „Es gibt auf der Erde kein physisches System namens Klima“ (Deutscher Bundestag - Öffentliche Anhörung zum Thema „Welternährung und Klimawandel“)

(vgl. Kellershohn 2021). Zwar konnte sich der *Green Deal* bisher nicht als Verschwörungserzählung für ein größeres Publikum etablieren, das AfD-Programm nimmt aber stattdessen mit dem Ausdruck *Great Reset* auf die dominante Verschwörungsideologie der Coronakrise Bezug. Und es ist vermutlich kein Zufall, dass der Ausdruck im klimapolitischen Programmteil erscheint. Der AfD-Abgeordnete Hilse drückte es im Bundestag so aus: „die große Transformation – neuerdings ‚Great Reset‘ genannt [...] sieht nichts anderes vor, als den Sozialismus weltweit mittels einer zu errichtenden Ökodiktatur wieder einzuführen“ (Plenarprotokoll 19/188 vom 04.11.2020; eigene Hervorh.).

The Great Reset ist eine globale Verschwörungsideologie, die in Deutschland durch die „Querdenker“-Bewegung verbreitet wurde (vgl. Schmid 2020; Balzer 2020). Sie bezieht sich dem Namen nach auf ein Buch des Gründers des Weltwirtschaftsforum Klaus Schwab und verspinnt dessen Inhalt mit klassischen antisemitischen Motiven über Pläne einer Weltelite zur Errichtung einer globalen Gesundheitsdiktatur und einer „Neuen Weltordnung“. Auf der Homepage des EIKE-Vereins⁶⁷ liest sich das in einem Text des oben schon erwähnten Edgar L. Gärtner folgendermaßen:

„Es handelt sich um den Versuch, die westlichen Industrieländer ingenieurmäßig dem chinesischen Modell entsprechend umzubauen. (Gärtner 2020a) [...] „[D]ie Verfasser [sehen sich] in der Rolle „Erleuchteter“, die den Menschen den Weg zu einer neuen Weltordnung nachhaltiger Fairness weisen.“ (Ebd.) „[E]ine selbsternannte globale Elite von Konzernlenkern, Milliardären, Berufspolitiker, Spitzenbeamten von Organisationen der UN und Vertretern so genannter Nichtregierungsorganisationen (NGO) [ist] dabei [...], die Coronakrise für die Beschleunigung des Umbaus des Weltsystems im Sinne der von der UN-Vollversammlung beschlossenen Agenda 2030 durch ‚global governance‘ zu nutzen.“ (Ebd.) „Winzige Roboter (Nano-Bots) in unseren Blutgefäßen sollen die Heilung von Krankheiten übernehmen. [...]. Die Grenzen der menschlichen Intelligenz sollen durch ins Gehirn implantierte Chips überwunden werden. Hinzu kommen weitere Anleihen bei Wunschbildern des Transhumanismus wie vor allem die Hoffnung auf [...] [den] Einsatz [von] Nano-Bots im Immunsystem und der Remote Reprogrammierung von Hirn-Prothesen.“ (Ebd.)

Hoffnung sei aber glücklicherweise in Sicht, denn:

„[...] viele Menschen [wollen] in der aktuellen Corona-Epidemie oder bei der scheinbar drohenden Klimakrise nicht den anscheinend vernünftigen Argumenten derer folgen [...], die ihre Seele längst verkauft haben“ (Gärtner 2020a). „Es wird sich immer wieder Widerstand gegen die Entwurzelung und Gleichschaltung der Menschen regen. Deshalb müssen alle Versuche, eine auf Gleichschaltung beruhende neue Weltordnung herzustellen, im Chaos enden“ (ebd.).⁶⁸

In die politische Praxis des Bundestages wurde der *Great Reset* im Mai 2021 durch zwei AfD-Anträge getragen, die die Elemente des verschwörungsideologischen Diskursstrangs reproduzieren. Demnach stehe der *Great Reset* ebenso wie der *Europäische Green Deal* für eine öko-sozialistische Planwirtschaft. Der Antragstext nimmt sogar das aus dem WBGU-Transformationsdiskurs bekannte Motiv auf, die Existenz und Arbeit von Beratungsgremien (hier: Rat für Nachhaltige Entwicklung und Sachverständigenrat für Umweltfragen) zu delegitimieren, zu diskreditieren und als „schleichende Abkehr vom Parlamentarismus“ anzugreifen (Bundestagsdrucksache 19/29696).

Mit der Nennung der beiden feststehenden Ausdrücke *Große Transformation/ Great Reset* als gedankliche Einheit im klimapolitischen Teil ihres Wahlprogramms zur Bundestagswahl 2021 verknüpft die AfD diese Verschwörungsideologien im Sinne der dargestellten Traditionslinie. Offenbar können sich die Programmautoren an dieser Stelle noch nicht zu einem kompletten Umstieg auf das neue Motiv durchringen, wollen sich aber die Chance nicht entgehen lassen, ein Signal an den querdenkenden Teil der Wahlbevölkerung zu senden und zugleich den Widerstand gegen den Klimaschutz mit einer modernisierten ideologischen Rahmung zu versehen.

Allerdings steht die AfD nicht alleine in dieser Traditionslinie. So wie 2011 in der sich als bürgerlich verstehenden Zeitung *Welt* das WBGU-Gutachten von seinen klimawissenschaftlichen und klimapolitischen Inhalten entkontextualisiert und diskreditiert wurde, so greift im Jahr 2021 der sich ebenfalls als bürgerlich verstehende CDU-Bundestagskandidat und frühere Verfassungsschutz-Chef Hans-Georg Maaßen alle Elemente dieses verschwörungsideologischen Diskursstranges auf. In einem Exklusivinterview mit dem rechtspopulistisch-verschwörungsideologischen Medium *epoch times* äußerte er sich, nach dem *Great Reset* gefragt, folgendermaßen: „Ich verstehe unter dem, was Klaus Schwab und auch andere in Davos und auch anderswo diskutieren, eine Transformation und auch Umgestaltung unserer Wirt-

67 In der Artikelvorschau auf der EIKE-Homepage ist als Autor Edgar Gärtner angegeben, beim Gesamttext erscheint als Autorenangabe „admin“ bzw. „EIKE-Team“; auf seiner Homepage veröffentlicht Gärtner eine verschärfte Fassung unter seinem Namen

68 In der Textfassung auf Gärtners Homepage lautet der letzte Halbsatz: „[...] im Chaos eines Bürgerkriegs enden“.



schafts- und Gesellschaftsordnung. Es wird auch von einer großen Transformation gesprochen, darunter ist zu verstehen, dass die Wirtschaft zum Beispiel klimaneutral werden sollte“ um dann im nächsten Absatz auf das latent antisemitische Motiv einer abgehobenen Elite und schließlich auch noch auf das Kommunismus- und Totalitarismus-Motiv zu kommen (Maaßen und Lilge-Stodieck 2021).

Das Interview von Maaßen zeigt zweierlei: einerseits die Langlebigkeit, andererseits die Anpassungsfähigkeit des Transformations-Diskursstrangs. Maaßen nutzt, wie schon

seine Vorläufer in der *Welt* und der *Jungen Freiheit* zehn Jahre zuvor, die strategische Funktion des Topos zum Derailment, zur Ablenkung von den eigentlichen klima-, gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Inhalten der Ursprungstexte und sät Zweifel an der Legitimation und Glaubwürdigkeit wissenschaftlicher Expertise. Letztlich beteiligt er sich an einem Diskurs, der einer geteilten gesellschaftlichen Realitätswahrnehmung auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse den Boden entzieht.

Literaturverzeichnis

QUELLEN

- Aae, Per Lennart; Schimmer, Arne; Laus, Martin (2006): Grundlagen einer nationaldemokratischen Volkswirtschaftslehre. Raumorientierte Volkswirtschaft statt „Basar-Ökonomie“. Positionspapier des Arbeitskreises Wirtschaftspolitik beim NPD-Parteivorstand. Hg. v. NPD. Berlin (Profil. Nationaldemokratische Schriftenreihe, 13).
- AfD-Alternative für Deutschland (Hg.) (2021): Deutschland. Aber normal. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag. Online verfügbar unter https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/111/2021/05/2021-05-20-_AfD-Bundestagswahlprogramm-2021.pdf.
- AfD-Fraktion im Bundestag (Hg.) (2019): Dresdener Erklärung der umweltpolitischen Sprecher der AfD im Bundestag und den Landtagsfraktionen. Online verfügbar unter <https://www.afdbundestag.de/wp-content/uploads/sites/156/2019/07/Dresdener-Erklärung-CC%88rung-V7.pdf>.
- Barthel, Josefine (2017): Schellnhubers Masterplan. In: Compact Spezial (15), S. 50–52.
- Bauch, Jost (2018): Relativ gesehen. In: Junge Freiheit (15), 18.
- Benoist, Alain de (2012): Am Rande des Abgrunds. Eine Kritik der Herrschaft des Geldes. Berlin: Junge Freiheit Verl.
- Benoist, Alain de (2021): „Die Krisen laufen zusammen“. Interview. Online verfügbar unter <https://freilich-magazin.at/freilich-gespraech-die-krisen-laufen-zusammen/>.
- Berg, Lars Patrick (2020): Musterlände? In: Recherche D (8), 46–49.
- Berg, Lars Patrick (2018): Spurwechsel für Fachkräfte? In: Recherche D (3), 10–12.
- Buchheit, Markus (2020): Der Green Deal und die Bilanzkosmetik der EU. In: Recherche D (9), S. 42–43.
- Bonmot, Marc (2019): Merkels grösste Lüge. In: Deutsche Stimme (6), 10.
- Eichberger, Hagen (2020): „Regionalität wirkt“. Nachdenken über Bioregionalismus. In: Die Kehre (2), S. 14–18.
- Elsässer, Jürgen (2016): Aufstand der Mitte. In: Compact (6), 42–43.
- Elsässer, Jürgen (2019): Vom Schielen auf die ominöse Mitte. In: Compact (6), 27–29.
- Elsässer, Jürgen (2020): Alle Räder stehen still. In: Compact (1), 50–52.
- Engels, David (2021): Ein Bauchgefühl-Fehler. In: Junge Freiheit, 23.04.2021 (17), S. 18.
- Gärtner, Edgar L. (2020a): Der „Great Reset“ und die Utopie des Transhumanismus. Hg. v. EIKE - Europäisches Institut für Klima & Energie. Online verfügbar unter <https://eike-klima-energie.eu/2020/11/26/der-great-reset-und-die-utopie-des-transhumanismus/?print=pdf>.
- Gärtner, Edgar L. (2020b): Die planwirtschaftliche Versuchung. Auf dem Weg zum Europa des „Green Deal“. Frankreich unter Macron. In: eigentümlich frei (206), S. 44–47.

- Günther, Albrecht Erich (1931): Wandlung der sozialen und politischen Weltanschauung des Mittelstandes. In: Der Ring 4 (22), S. 408–410.
- Hämmerling, Josef (2020): Am Ende werden alle nur verlieren. In: Junge Freiheit, 06.03.2020 (11/20), S. 12.
- Hinz, Thorsten (2011): Im Dienste der Weltrettung. In: Junge Freiheit, 15.07.2011 (29), S. 7.
- Höcke, Björn; Elsässer, Jürgen (2019): Vom Schielen auf die ominöse Mitte. Björn Höcke im Gespräch mit Jürgen Elsässer. In: Compact (6), S. 27–29.
- Höcke, Björn; Hennig, Sebastian (2018): Nie zweimal in denselben Fluss. Unter Mitarbeit von Frank Böckelmann. Lüdinghausen, Berlin: Manuscriptum Verlagsbuchhandlung (Politische Bühne. Originalton).
- Hoppe, Hans-Hermann (2017): Strategie für gesellschaftlichen Wandel. Prinzipientreue plus gesunder Menschenverstand. Libertäre und die Alt-Right. In: eigentümlich frei (177), S. 29–38.
- Kaiser, Benedikt (2016): Abstiegsangst und Aufbegehren im Krisenkapitalismus. In: Sezession (75), 28–31
- Kaiser, Benedikt (2017): Querfront. Schnellroda: Antaios.
- Kaiser, Benedikt (2018): Marx von rechts? In: Benedikt Kaiser, Alain de Benoist und Diego Fusaro (Hg.): Marx von rechts. Unter Mitarbeit von Philip Stein. Dresden: Jungeuropa Verlag (Theorie, 2), S. 13–64.
- Kaiser, Benedikt (2019): Mosaik-Rechte: eine Aktualisierung Benedikt Kaiser. In: Sezession (93), S. 34–37.
- Kaiser, Benedikt (2019): Zweierlei Deutschland, zweierlei AfD? In: Sezession (90), 25–29.
- Kaiser, Benedikt (2020): Solidarischer Patriotismus. Die soziale Frage von rechts. Schnellroda: Antaios.
- Keller, Christoph (2017): Warmlaufen für die Große Transformation. In: Junge Freiheit, 18.08.2017 (34/17), S. 22.
- Kubitschek, Götz (2017): Selbstverständlichkeiten als Minimalprogramm. In: Sezession (77), S. 18–21.
- Kubitschek, Götz; Elsässer, Jürgen (2018): Widerstand! Was tun? In: Compact (5), S. 29–32.
- Kubitschek, Götz; Schick, Jonas (2020): „Entortung und Masse sind per se destruktiv, nivellierend, unorganisch, unökologisch“. Interview mit Götz Kubitschek. In: Die Kehre (4), S. 30–34.
- Lichtschlag, André F. (Hg.) (2017a): 20 Jahre eigentümlich frei. Das Buch. Lichtschlag Medien und Werbung KG. [1. Auflage]. Grevenbroich: Natalia Lichtschlag Buchverlag (Nr. 48).
- Lichtschlag, André F. (2017b): „Das Wunder des Kapitalismus ist faszinierend wie Magie“. In: André F. Lichtschlag (Hg.): 20 Jahre eigentümlich frei. Das Buch. [1. Auflage]. Grevenbroich: Natalia Lichtschlag Buchverlag (Nr. 48), S. 109–142.
- Lichtschlag, André F. (2018): Asozialste Erfindung, seit es den Sozialstaat gibt. Tafel - eine Wutrede. In: eigentümlich frei (181), S. 12–13.
- Lombard, Andreas (2021): Den Stürmen trotzen. Cato - Das Magazin für neue Sachlichkeit. In: Sonderheft Junge Freiheit, 11.06.2021 (24), S. 28.
- Maaßen, Hans-Georg; Lilge-Stodieck, Renate (2021): Exklusiv-Interview mit H.-G. Maaßen: „Sehr reizvoll für Medien und Politiker, mit Ängsten zu arbeiten“. Online verfügbar unter <https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/exklusiv-interview-mit-h-g-maassen-sehr-reizvoll-fuer-medien-und-politiker-mit-aengsten-zu-arbeiten-a3425768.html>.
- Mayer, Michael (2020): Wege aus der Krise. In: Deutsche Stimme (8), 55–56.
- Meyer, Dirk (2017): Ängste vor der leeren Fabrik. In: Junge Freiheit (24), 10.
- Meyer, Dirk (2018): Verengte Spielräume. In: Junge Freiheit (21), 11.
- Meyer, Dirk (2020): Grüne Drohung aus Brüssel. In: Junge Freiheit, 31.01.2020 (06/20), S. 10.
- Mohler, Armin (1950): Die konservative Revolution in Deutschland, 1918–1932. Grundriss ihrer Weltanschauungen. Diss. phil.-hist. Basel. Stuttgart: F. Vorwerk.
- Mohler, Armin; Weißmann, Karlheinz (2005): Die Konservative Revolution in Deutschland 1918 - 1932. 6. völlig überarbeitete und erweiterte Auflage. Graz: Stocker.
- Moldenhauer, Jan (2018): Japans Politik der Null-Zuwanderung. Vorbild für Deutschland? Steigra: Institut für Staatspolitik (Wissenschaftliche Reihe / Institut für Staatspolitik, Heft 35).
- Müller, Hansjörg (2019): „Wir leben im Neo-Feudalismus“. In: zuerst! (7), 50–51.
- Müller-Mertens, Martin (2016): Angriff auf die deutschen Sparer. In: Compact (11), 11–13.
- Paulwitz, Michael (2016): Was bleibt, ist die Erinnerung. In: Junge Freiheit (26), 21.
- Paulwitz, Michael (2017): Die Völker hören andere Signale. In: Junge Freiheit (50), 7.
- Paulwitz, Michael (2017a): Faktenfreie Empörung. In: Junge Freiheit (36), 12.
- Paulwitz, Michael (2019): Der große Graben. In: Junge Freiheit (7), 1.
- Paulwitz, Michael (2012): Was sich ändern muß. Zehn Punkte für eine notwendige geistige und moralische Wende in Deutschland. In: Junge Freiheit, 2012 (42), S. 1.
- Prollius, Michael von (2020): Konsequenter Liberalismus. Hg. v. Forum Freie Gesellschaft. Online verfügbar unter https://forum-freie-gesellschaft.de/wp-content/uploads/2017/02/FFG_201016_Konsequenter-Liberalismus-1.pdf.
- Recherche Dresden (2019): Ökologie und Ökonomie. In: Recherche D (7), S. 6–27.



- Röpke, Wilhelm (1942): Die Gesellschaftskrise der Gegenwart. Zürich: Erlenbach.
- Röpke, Wilhelm (1944): Civitas Humana. Grundfragen der Gesellschafts- und Wirtschaftsreform. Zürich: Erlenbach.
- Rüstow, Alexander (1957): Vitalpolitik gegen Vermassung. In: Albert Hunold (Hg.): Masse und Demokratie. Stuttgart, Zürich: Erlenbach, S. 215–238.
- Schick, Jonas (2019): Grenzen der Machbarkeit (1). Zurück in die Fläche. Hg. v. Sezession im Netz. Online verfügbar unter <https://sezession.de/61431/grenzen-der-machbarkeit-1-zurueck-in-die-flaeche>.
- Schleusener, Markus (2015): Frank Schäffler macht das Licht aus. In: Junge Freiheit, 27.11.2015 (49).
- Schmitt, Carl (1932/2002): Der Begriff des Politischen. 7. Aufl. Berlin.
- Schmitt, Carl (1932/1995): Starker Staat und gesunde Wirtschaft. In: Carl Schmitt: Staat, Großraum, Nomos. Arbeiten aus den Jahren 1916-1969. Hrsg., mit einem Vorwort und mit Anmerkungen versehen von Günter Maschke. Hg. v. Günter Maschke. Berlin: Duncker & Humblot, S. 71–91.
- Schmitt, Carl (1933/1994): Weiterentwicklung des totalen Staats in Deutschland. In: Carl Schmitt (Hg.): Positionen und Begriffe im Kampf mit Weimar, Genf, Versailles 1923-1939. 3. Aufl. Berlin, S. 211–216.
- Schreiber, Christian (2017): Der Mittelstand muß alles zahlen. In: Junge Freiheit (47), 10.
- Schreiber, Peter (2018): „Ich möchte jemand sein, der tatsächlich handelt“. In: Deutsche Stimme (18), 3-4.
- Thaler, Thorsten (2011): 25 Jahre Junge Freiheit. Der Freiheit eine Gasse ; eine deutsche Zeitungsgeschichte. Berlin: Junge Freiheit Verl.
- Vahrenholt, Fritz (2011): Ökodiktatur pur. In: Die Welt, 27.05.2011, S. 2.
- Weißmann, Karlheinz (2009): Ich versuche, argumentativ vorzugehen und die Fragen grundsätzlich anzugehen (Interview mit Martin Böcker). In: Sezession (Sonderheft „Gespräche“ (Dezember 2009)), S. 13–16.
- Weißmann, Karlheinz (2018): Kulturrevolution von rechts. In: Erika Steinbach und Max Otte (Hg.): Nachdenken für Deutschland. Wie wir die Zukunft unseres Landes sichern können. 1. Auflage. Lüdinghausen, Berlin: Manuscriptum Verlagsbuchhandlung (Schriftenreihe der Desiderius Erasmus Stiftung), S. 145–158.
- Weißmann, Karlheinz (2020): Wer ist rechts? Versuch einer Typologie. 1. Auflage. Berlin: Junge Freiheit Verl. (JF Edition).
- Weizsäcker, Carl Christian (2011): Die Große Transformation: ein Luftballon. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.09.2011, S. 12.
- Zach, Kurt (2019): Bis der Geduldsfaden reißt. In: Junge Freiheit (2), 1.

LITERATUR

- Balzer, Erika (2020): Neue Verschwörungserzählung: „The Great Reset“ - Angst vor digitaler Gesundheitsdiktatur. Belltower News. Online verfügbar unter <https://www.belltower.news/neue-verschwoerungserzaehlung-the-great-reset-angst-vor-digitaler-gesundheitsdiktatur-108059/>.
- Barthel, Michael; Jung, Benjamin (2013): Völkischer Antikapitalismus. Eine Einführung in die Kapitalismuskritik von rechts. 1. Auflage. Münster: Unrast (Unrast Transparent Rechte Rand, 9).
- Becker, Andrea (2021a): Der Reset der Großen Transformation. In: DISS Journal (42), S. 10–15. Online verfügbar unter <http://www.diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2023/03/DISS-Journal-42-2021.pdf>.
- Becker, Andrea (2021b): Die vielen Menschen, das Klima und das Tabu. unveröffentlichtes Manuskript.
- Becker, Andrea (2021c): Diskurse gegen den Klimaschutz in AfD-Programmen. In: DISS Journal Sonderausgabe 4, S. 22–28. Online verfügbar unter <http://www.diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2023/03/DISS-Journal-Sonderausgabe-4.pdf>.
- Becker, Andrea (2021d): Methodik/Vorgehensweise. In: DISS Journal Sonderausgabe (4), S. 8–9. Online verfügbar unter <http://www.diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2023/03/DISS-Journal-Sonderausgabe-4.pdf>.
- Becker, Andrea (2021e): Porträt „eigentümlich frei“. In: DISS Journal Sonderausgabe (4), S. 44–45.
- Becker, Karina; Dörre, Klaus; Reif-Spirek, Peter (Hg.) (2018): Arbeiterbewegung von rechts?: Ungleichheit - Verteilungskämpfe - populistische Revolte. Frankfurt, New York: Campus Verlag.
- Biebricher, Thomas; Ptak, Ralf (2020): Soziale Marktwirtschaft und Ordoliberalismus zur Einführung. Hamburg: Junius.
- Boese, Franz (Hg.) (1932): Deutschland und die Weltkrise. München: Duncker & Humblot (Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 187).
- Bongers, Johanna; Kellershohn, Helmut (2021): Umkämpfte Rentenpolitik in der AfD. Die rentenpolitische Debatte innerhalb der „Alternative für Deutschland“. In: DISS Journal Sonderausgabe (4), S. 29–35. Online verfügbar unter <http://www.diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2023/03/DISS-Journal-Sonderausgabe-4.pdf>.
- Botsch, Gideon; Kopke, Christoph (2019): Zwischen „Raumorientierter Volkswirtschaft“ und „Antikapitalismus-Kampagne“. Die Sozial- und wirtschaftspolitischen Vorstellungen der NPD in der „Ära Voigt“ (1996

- bis 2011). In: Andrea Becker, Helmut Kellershohn und Simon Eberhardt (Hg.): Zwischen Neoliberalismus und völkischem >Antikapitalismus<. Sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte und Debatten innerhalb der AfD und der Neuen Rechten. Münster: Unrast (Edition DISS, Bd. 43), S. 72–89.
- Breuer, Stefan (2001): Ordnungen der Ungleichheit - die deutsche Rechte im Widerstreit ihrer Ideen 1871 - 1945. Darmstadt: Wiss. Buchges.
 - Brown, Susan Love (1997): The Free Market as Salvation from Government: The Anarcho-Capitalist View. In: James G. Carrier (Hg.): Meanings of the market. The free market in western culture. Abingdon, Oxon, New York, NY: Routledge, Taylor & Francis Group (Explorations in anthropology).
 - Buckel, Sonja; Goergi, Fabian; Kannankulam, John; Wissel, Jens (2012): „...wenn das Alte nicht stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann.“ Kräfteverhältnisse in der europäischen Krise. In: Die EU in der Krise. Zwischen autoritärem Etatismus und europäischem Frühling. Münster: Westfälisches Dampfboot.
 - Busch, Timo; Judick, Lena (2021): Climate change—that is not real! A comparative analysis of climate-sceptic think tanks in the USA and Germany. In: Climatic Change 164 (1-2). DOI: 10.1007/s10584-021-02962-z.
 - Butterwegge, Christoph (2020): Ungleichheit in der Klassengesellschaft. Köln: PapyRossa.
 - Cann, Heather W.; Raymond, Leigh (2018): Does climate denialism still matter? The prevalence of alternative frames in opposition to climate policy. In: Environmental Politics 27 (3), S. 433–454. DOI: 10.1080/09644016.2018.1439353.
 - Coan, Travis G.; Boussalis, Constantine; Cook, John; Nanko, Mirjam O. (2021): Computer-assisted classification of contrarian claims about climate change. In: Scientific reports 11 (1). DOI: 10.1038/s41598-021-01714-4.
 - Decker, Frank (2020): Wahlergebnisse und Wählerschaft der AfD. Hg. v. Bundeszentrale für politische Bildung. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/afd/273131/wahlergebnisse-und-waehlerschaft-der-afd/>, zuletzt aktualisiert am 26.10.2020.
 - Deckwirth, Christina (2021): Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser. Hg. v. LobbyControl e.V. Online verfügbar unter <https://www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/Lobbycontrol-Studie-Wirtschaftsrat-Klimabremser.pdf>.
 - Ditfurth, Jutta (1996): Entspannt in die Barbarei. Esoterik, (Öko-)Faschismus und Biozentrismus. Hamburg: Konkret-Literatur-Verl.
 - Dörre, Klaus (2018): In der Warteschlange. Rassismus, völkischer Populismus und die Arbeiterfrage. In: Karina Becker, Klaus Dörre und Peter Reif-Spirek (Hg.): Arbeiterbewegung von rechts?: Ungleichheit - Verteilungskämpfe - populistische Revolte. Frankfurt, New York: Campus Verlag, S. 49–80.
 - Eberhardt, Simon (2019): Sozialismus von rechts? Wirtschaftspolitische Konzepte der Zeitschrift „Die Tat“. In: Andrea Becker, Helmut Kellershohn und Simon Eberhardt (Hg.): Zwischen Neoliberalismus und völkischem >Antikapitalismus<. Sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte und Debatten innerhalb der AfD und der Neuen Rechten. Münster: Unrast (Edition DISS, Bd. 43), S. 49–59.
 - Eberhardt, Simon; Friedrich, Sebastian (2019): Der Kampf zweier Linien. Wirtschafts- und sozialpolitische Konzepte im rechten Projekt. In: Andrea Becker, Helmut Kellershohn und Simon Eberhardt (Hg.): Zwischen Neoliberalismus und völkischem >Antikapitalismus<. Sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte und Debatten innerhalb der AfD und der Neuen Rechten. Münster: Unrast (Edition DISS, Bd. 43), S. 113–127.
 - Eder, Klaus (1989): Klassentheorie als Gesellschaftstheorie. Bourdieus dreifache kulturtheoretische Brechung der traditionellen Klassentheorie. In: Eder, Klaus (Hrsg.): Klassenfrage, Lebensstil und kulturelle Praxis. Beiträge zur Auseinandersetzung mit Pierre Bourdieus Klassentheorie. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 15–46.
 - Elfert, Jan Christoph (2018): Konzeptionen eines „dritten Reiches“. Staat und Wirtschaft im jungkonservativen Denken 1918–1933. Berlin: Duncker & Humblot (Beiträge zur Politischen Wissenschaft, 194).
 - Eucken, Walter (1932): Staatliche Strukturwandlungen und die Krisis des Kapitalismus. In: Weltwirtschaftliches Archiv 36, S. 297–321
 - Europäische Kommission (11.12.2019): Der europäische Grüne Deal. Online verfügbar unter https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:b828d165-1c22-11ea-8c1f-01aa75ed71a1.0021.02/DOC_1&format=PDF.
 - Eversberg, Dennis (2017): Natürliche Feinde oder heimliche Verbündete? Wird der Postwachstumsansatz von rechts vereinnahmt? In: ÖW 32 (4), S. 8. DOI: 10.14512/OEW320408.
 - Eversberg, Dennis (2018): Gefährliches Werben. Über die Anschlussfähigkeit der Postwachstumsdebatte gegenüber dem autoritären Nationalismus – und was sich dagegen tun lässt. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 31 (4), S. 52–61. DOI: 10.1515/fjsb-2018-0082.
 - FARN (Hg.) (2018): Rechtsextreme Ideologien im Natur- und Umweltschutz. Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz. Berlin. Online verfügbar unter https://www.nf-farn.de/system/files/documents/handreichung1_farn_fuer_web.pdf
 - FARN (Hg.) (2021): Die extreme Rechte zwischen Klimawandeldebatte und Klimanationalismus. Online verfügbar unter https://www.nf-farn.de/system/files/documents/broschuere_farn_klimavonrechts_web.pdf



- Flaßpöhler, Svenja (2017): Macht Arbeit glücklich? In: Philosophie Magazin (Hrsg.): Macht Arbeit glücklich? Stuttgart: Reclam.
- Franke, Berthold (1988): Der Kleinbürger. Begriff, Ideologie, Politik. Frankfurt a.M.; New York: Campus.
- Fritzsche, Klaus (1976): Politische Romantik und Gegenrevolution. Fluchtwege in der Krise der bürgerlichen Gesellschaft: das Beispiel des „Tat“-Kreises. Zugl.: Giessen, Univ., Diss., 1973. 1. Aufl., Erstausg. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Edition Suhrkamp, 778).
- Geden, Oliver (1996): Rechte Ökologie. Umweltschutz zwischen Emanzipation und Faschismus. Berlin: Elefanten-Press.
- Götze, Susanne; Joeres, Annika (2020): Die Klimaschmutzlobby. Wie Politiker und Wirtschaftslenker die Zukunft unseres Planeten verkaufen. 1. Auflage. München: Piper.
- Harwardt, Darius (2019): Verehrter Feind. Amerikabil-der deutscher Rechtsintellektueller in der Bundesrepublik. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Heller, Hermann (1933/1971): Autoritärer Liberalismus. In: Hermann Heller (Hg.): Gesammelte Schriften, Bd. 2. Leiden: Sijthoff, S. 643–653.
- Ishida, Yuji (1988): Jungkonservative in der Weimarer Republik. Der Ring-Kreis 1928 - 1933. Zugl.: Marburg, Univ., Diss., 1987. Frankfurt am Main, Bern, New York, Paris: Lang (Europäische Hochschulschriften Reihe 3).
- Jäger, Siegfried (2015): Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. 7., vollst. überarb. Aufl. Münster: Unrast (Edition DISS, Bd. 3).
- Kellershohn, Helmut (2013): Der völkische Nationalismus der NPD. In: Helmut Kellershohn (Hg.): Die „Deutsche Stimme“ der „Jungen Freiheit“. Lesarten des völkischen Nationalismus in zentralen Publikationen der extremen Rechten. Münster: Unrast (Edition DISS, Bd. 23), S. 30–52.
- Kellershohn, Helmut (2015): Die jungkonservative Neue Rechte zwischen Realpolitik und politischem Existenzialismus. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 63 (9), S. 721–740.
- Kellershohn, Helmut (2016): Das Institut für Staatspolitik und das jungkonservative Hegemonieprojekt. In: Stephan Braun, Alexander Geisler und Martin Geisler (Hg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe - Analysen - Antworten. 2. Aufl. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 439–468.
- Kellershohn, Helmut (2017): Kampf zweier Linien in der Neuen Rechten und der AfD. In: Isolde Aigner, Jobst Paul und Regina Wamper (Hg.): Autoritäre Zuspitzung. Rechtsruck in Europa. Münster: Unrast (Edition DISS, Bd. 40), S. 121–136.
- Kellershohn, Helmut (2020): Identitätspolitik von rechts. In: Chlada, Marvin; Höhmann, Peter; Kastrup, Wolfgang; Kellershohn, Helmut (Hrsg.): Entfremdung-Identität-Utopie. Münster: Unrast, 132–147.
- Kellershohn, Helmut (2020): Solidarischer Patriotismus vs. autoritärer Liberalismus. Anmerkungen zu zwei Neuerscheinungen auf dem rechten Büchermarkt. In: DISS Journal (40), S. 36–40. Online verfügbar unter <http://www.diss-duisburg.de/download/dissjournal-dl/DISS-Journal-40-2020.pdf>.
- Kellershohn, Helmut (2021a): Die Front des ‚völkischen Antikapitalismus‘. Über EinProzent, Zentrum Automobil, Compact und Björn Höcke. unveröffentlichtes Manuskript. Duisburg.
- Kellershohn, Helmut (2021b): Völkischer Neoliberalismus. Anmerkungen zum Bundestagswahlprogramm 2021 der AfD. In: DISS Journal Sonderausgabe (4), S. 9–21.
- Kellershohn, Helmut (2022): Die Front des ‚völkischen Antikapitalismus‘. Über EinProzent, Zentrum Automobil, Compact und Björn Höcke. In: DISS Journal 5 (im Ersch.).
- Kemper, Andreas (2016a): „...die neurotische Phase überwinden, in der wir uns seit siebzig Jahren befinden“. Zur Differenz von Konservatismus und Faschismus am Beispiel der „historischen Mission“ Björn Höckes (AfD). Hg. v. Rosa-Luxemburg-Stiftung. Jena.
- Kemper, Andreas (2016b): Landolf Ladig, NS-Verherrlicher. Online verfügbar unter <https://andreaskemper.org/2016/01/09/landolf-ladig-ns-verherrlicher/>, zuletzt aktualisiert am 17.04.2017.
- Kocka, Jürgen (2006): Mehr Last als Lust. Arbeit und Arbeitsgesellschaft in der europäischen Geschichte. In: Kölner Vorträge und Abhandlungen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 44. Köln: Selbstverlag Forschungsinstitut für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Universität zu Köln.
- Lamb, William F.; Mattioli, Giulio; Levi, Sebastian; Roberts, J. Timmons; Capstick, Stuart; Creutzig, Felix et al. (2020): Discourses of climate delay. In: Global Sustainability 3. DOI: 10.1017/sus.2020.13.
- Leppert-Fögen, Annette (1974): Die deklassierte Klasse. Studien zur Geschichte und Ideologie des Kleinbürgertums, Frankfurt a. M.: Fischer.
- Lütten, John (2021): Zum Gebrauchswert des Klassenbegriffs. In: Dellheim, Judith; Sablowski, Thomas u.a. (Hrsg.): Auf den Schultern von Karl Marx. Münster: Westfälisches Dampfboot, 207–226.
- Mann, Michael E. (2021): Propagandaschlacht ums Klima. Wie wir die Anstifter klimapolitischer Untätigkeit besiegen. 1. Auflage 2021. Erlangen: Solare Zukunft.
- Marx, Karl (1974): Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. 2. Aufl. Berlin (DDR).
- Mayring, Philipp; Fenzl, Thomas (2019): Qualitative Inhaltsanalyse. In: Nina Baur und Jörg Blasius (Hg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. 2. Aufl. 2019. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 633–648.

- Nachtwey, Oliver (2017): Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. Berlin: Suhrkamp.
- Opratko, Benjamin (2022): Hegemonie. Politische Theorie nach Antonio Gramsci. 4., korrigierte Auflage. Münster: Westfälisches Dampfboot (Einstiege, 21).
- Ptak, Ralf (2004): Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. Stationen des Neoliberalismus in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Puls, Hendrik (2012): Antikapitalismus von rechts? Wirtschafts- und sozialpolitische Positionen der NPD. Zugl.: Köln, Univ., Masterarb., 2010. 1. Aufl., Leicht aktual. Fass. d. Masterarb. Münster: edition assemblage.
- Rahmstorf, Stefan (2003): The climate sceptics. Potsdam. Online verfügbar unter http://www.pik-potsdam.de/~stefan/Publications/Other/rahmstorf_climate_sceptics_2004.pdf.
- Reusswig, Fritz; Küpper, Beate; Lass, Wiebke; Bock, Seraja; Schatzschneider, Julia (2021): Populismus und Energiewende. Hg. v. DEMOKON. Potsdam, Mönchengladbach. Online verfügbar unter https://demokon.de/files/downloads/demokon_rp1.pdf.
- Sablowski, Thomas (2020): Klassenkämpfe in der Corona-Krise, in: PROKLA 200, 519-542.
- Schmelzer, Matthias; Vetter, Andrea (2019): Degrowth, Postwachstum zur Einführung. [1. Auflage]. Hamburg: Junius.
- Schmid, Mirko (2020): Neue Verschwörungstheorie über Joe Biden: „Great Reset“ verbindet Mikrochips, Menschenroboter und Sesamstraße. In: Frankfurter Rundschau, 27.11.2020. Online verfügbar unter <https://www.fr.de/politik/great-reset-verschwörungstheorie-joe-biden-mikrochips-menschenroboter-sesamstrasse-90114507.html>.
- Schmitz-Berning, Cornelia (2007): Vokabular des Nationalsozialismus. Reprint 2010. Berlin, Boston: De Gruyter.
- Sombart, Werner (1934): Deutscher Sozialismus. Berlin-Charlottenburg: Buchholz und Weisswange.
- Stelter, Daniel (2020): Coronomics. Nach dem Corona-Schock: Neustart aus der Krise. Frankfurt a. M.; New York.
- Supran, Geoffrey; Oreskes, Naomi (2021): Rhetoric and frame analysis of ExxonMobil's climate change communications. In: One Earth. DOI: 10.1016/j.oneear.2021.04.014.
- Taddicken, Monika (2019): Analyse von Zeitungsartikeln und Online-Nachrichten. In: Nina Baur und Jörg Blasius (Hg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. 2. Aufl. 2019. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 1157–1164.
- Veit, Konstantin (2022): „Gender-Ideologie“ und „Klimahysterie“. Der Natur-Geschlechter-Nexus im rechten und extrem rechten Denken. In: Zeitschrift für Rechts- und Extremismusforschung 2 (1-2022), S. 141–158. DOI: 10.3224/zrex.v2i1.09.
- WBGU (Hg.) (2011): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Hauptgutachten. 2., veränd. Aufl. Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen. Berlin. Online verfügbar unter https://www.wbgu.de/fileadmin/user_upload/wbgu/publikationen/hauptgutachten/hg2011/pdf/wbgu_jg2011.pdf.
- Weber, Max (2010): Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus. München: C.H. Beck.
- Werth, Christoph H. (1996): Sozialismus und Nation. Die deutsche Ideologiediskussion zwischen 1918 und 1945. Opladen: Westdt. Verl.
- Wilmsen, Felix (2019): Ignorant und verharmlosend. Dem Postwachstumsspektrum fehlt ein antifaschistischer Konsens - die politische Rechte weiß das zu nutzen. In: Analyse & Kritik (655). Online verfügbar unter <https://www.akweb.de/bewegung/ignorant-und-verharmlosend/>.
- Winker, Gabriele; Degele, Nina (2010): Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheiten. 2. unveränderte Auflage. Bielefeld: transcript.

